

Ansätze zu einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Forensischen Psychologie

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt von
Werner von Uslar
aus Bonn

1978

Köln 1979

Ansätze zu einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Forensischen Psychologie

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt von
Werner von UsLAR
aus Bonn

Köln 1979



Referent:	Prof. Dr. Dr. H. Hiltmann
Korreferent:	Prof. Dr. W. Middendorff
Sprecher:	Prof. Dr. H. Steger
Tag der Promotion:	15. Dezember 1978

Vorwort

1.	PROBLEMSTELLUNG	5
1.1.	Einführung und Problemaufriß	5
1.2.	Ziel der Arbeit	6
1.3.	Methodologische Überlegungen	8
2.	PRAXISORIENTIERTE FORENSISCH-PSYCHOLOGISCHE TRADITION	11
2.1.	Problemgeschichtlicher Abriß der Forensischen Psychologie	12
2.2.	Verzahnung und Abgrenzung der Forensischen Psychologie	20
2.3.	Fremdbestimmung und Pragmatismus in der Forensischen Psychologie	25
3.	DAS VERHÄLTNIS VON PSYCHOLOGIE UND RECHTSWISSENSCHAFT	40
3.1.	Kontroverse Beziehungen zwischen Juristen und Psychologen	41
3.2.	Unterschiede im Selbstverständnis von Jurisprudenz und Psychologie	44
3.3.	Unvereinbarkeit der anthropologischen Konzepte	49
3.4.	Methodologische Divergenzen	57
3.5.	Hindernisse einer Integration	62
4.	GRUNDLAGEN EINER SOZIALWISSENSCHAFTLICH AUSGERICHTETEN FORENSISCHEN PSYCHOLOGIE	65
4.1.	Wissenschaftstheoretische Feststellungen	67
4.2.	Der Zusammenhang zwischen sozialen und rechtlichen Normen	81
4.3.	Konflikt- und Entscheidungspsychologie	91
4.4.	Ansätze und Modellvorstellungen psychologischer Verhaltensmodifikation	108

5.	ANSÄTZE ZU EINER SOZIALWISSENSCHAFTLICH AUSGERICHTETEN FORENSISCHEN PSYCHOLOGIE	128
5.1.	Zielvorstellungen	129
5.2.	Rechtlicher Hintergrund	131
5.3.	Allgemeine Aufgabenstellung der Forensischen Psychologie	134
5.4.	Anwendungskonsequenzen der ausgewählten Grundlagen	137
5.5.	Zukunftsorientierte Perspektiven	148
	LITERATURVERZEICHNIS	151

VORWORT

Die vorliegende Arbeit entstand im Anschluß an eine Buchpublikation zur Forensischen Psychologie, die in Coautorenschaft mit Hermann Liebel erstellt wurde. Mit der "Forensischen Psychologie" (Liebel und Uslar 1975) sollte eine Einführung in ein Teilgebiet der Angewandten Psychologie gegeben werden, zu dem bis zu diesem Zeitpunkt kein einführendes Werk vorlag. In diesem Buch wurden die klassischen Gebiete der Forensischen Psychologie im Überblick dargestellt. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, Möglichkeiten einer theoretisch fundierten Gesamtkonzeption einer Forensischen Psychologie aufzuzeigen.

Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist es, die in der genannten Publikation begonnenen Überlegungen zur Gesamtkonzeption einer Forensischen Psychologie aufzugreifen und zu erweitern. Infolgedessen knüpft die Arbeit "Ansätze zu einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Forensischen Psychologie" formal und inhaltlich an das zweite Kapitel "Allgemeine Probleme der Forensischen Psychologie" (Liebel und Uslar 1975, S. 11-47) an, das überwiegend vom Autor der hier vorgelegten Schrift bearbeitet wurde. Rückgriffe auf die "Forensische Psychologie" sind daher oftmals notwendig und Überschneidungen lassen sich nicht immer vermeiden.

1. PROBLEMSTELLUNG

1.1. Einführung und Problemaufriß

1.2. Ziel der Arbeit

1.3. Methodologische Überlegungen

1. PROBLEMSTELLUNG

1.1. Einführung und Problemaufriß

Die Psychologie stellt sich als eine vergleichsweise junge Wissenschaft dar. Traditionellerweise geht man von einer gerade hundertjährigen psychologisch-wissenschaftlichen Forschungsarbeit aus (kritisch zu diesem Stereotyp Thomae 1978, S. 17ff). Unter historischem Aspekt betrachtet gebührt der Forensischen Psychologie als eine der ältesten psychologischen Teildisziplinen ein prominenter Platz in der wissenschaftlichen Psychologie. Und so weist sich heute diese tradierte Rolle in einer Vielzahl von Literaturbeiträgen zu forensischen Themen aus, sie hat sich in standespolitisch-organisatorischer Hinsicht manifestiert und zeigt sich nicht zuletzt darin, daß Forensische Psychologie fakultatives Prüfungsfach der Diplom-Hauptprüfung für Psychologen ist.

Dennoch muß festgestellt werden, daß bislang die Grundlagen der meisten anderen Teilgebiete akademischer Psychologie theoretisch und empirisch besser untermauert sind. Das Theoriedefizit hinsichtlich einer umfassenden Grundkonzeption ist eklatant und die Hinwendung und Bescheidung auf Fragen und Bedürfnisse der gerichtlichen Alltagspraxis offenkundig. Dies mag wohl in hohem Grad mit der Tatsache zusammenhängen, daß die Forensische Psychologie in weit stärkerem Ausmaß als die anderen psychologischen Teilbereiche auf interdisziplinäre Zusammenarbeit - in diesem Fall vornehmlich mit den Vertretern der Rechtswissenschaft - angewiesen ist. Die notwendige Kooperation wird aber durch teilweise differente Praxisbedürfnisse und vor allem durch Unterschiede in den Denkansätzen und dem methodischen Vorgehen in Jurisprudenz und Psychologie erschwert. So verwundert es eigentlich nicht, daß die Weiterentwicklung der Forensischen Psychologie trotz der Aktualität ihrer Problemstellungen nur zögernd voranschreitet.

Ausdruck dafür ist der Stand der Fachliteratur zur Forensischen Psychologie. Die diesbezügliche Literatur befindet sich in teilweise veralteten Sammelwerken, in Zeitschriftenaufsätzen und kapitelweise in Büchern zur gerichtlichen Psychiatrie. Vor allem fehlt bislang eine explizite Darstellung auf der Basis einer theoretisch fundierten Gesamtkonzeption - die Arbeit von Liebel und v. Uslar (1975), die diese Thematik aufgreift, kann und will als "Einführung" diesem Anspruch nicht genügen. Daher ergibt sich als naheliegende Aufgabenstellung, Überlegungen zur Planung einer solchen Gesamtkonzeption anzustellen.

1.2. Ziel der Arbeit

Ziel der vorliegenden Arbeit soll es daher sein, das oben angezeigte Defizit in der Forensischen Psychologie verringern zu helfen und zwar soll der Versuch gemacht werden, Ansatzpunkte für ein Modell der Forensischen Psychologie zu sichten, aufzuarbeiten und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.

Unter dieser Zielsetzung wird in einem ersten Abschnitt die Darstellung des Arbeitsfeldes der Forensischen Psychologie und ihrer Abgrenzung gegenüber Kriminalpsychologie und Kriminologie versucht. Aus der Problemgeschichte der Forensischen Psychologie wird anschließend aufzuzeigen sein, daß die forensisch-psychologische Tradition eindeutig praxisorientiert ist und sich in hohem Maße durch theoretische Abstinenz auszeichnet. Im Zusammenhang damit wird aufgezeigt, daß das forensisch-psychologische Arbeitsfeld durch Fremdbestimmung begrenzt und strukturiert ist.

Das dann folgende Kapitel geht auf zugrundeliegende Ursachen des Theoriedefizits und der Fremdbestimmung in der Forensischen Psychologie ein: sie können in der Schwierigkeit der interdisziplinären Zusammenarbeit von Juristen und Psychologen nachgewiesen werden. Diese Schwierigkeiten lassen sich im einzelnen weitgehend auf die unterschiedlichen

Denkweisen in normativen und empirischen Wissenschaften zurückführen, außerdem auf die Unterschiede im Selbstverständnis von Jurisprudenz und Psychologie, auf die Unvereinbarkeit ihrer anthropologischen Konzepte und auf ihre methodologischen Divergenzen.

Die Darstellung der funktionalen Zusammenhänge zwischen ausgewiesenen Defizitfeldern der Forensischen Psychologie und Stellung, Anspruch und Handlungswirklichkeit der Jurisprudenz, die Verdeutlichung des Bildes über die aufgefundenen Strukturen durch das Miteinbeziehen der historischen Entwicklung, kurz, die versuchte Analyse des Ist-Zustandes der Forensischen Psychologie geben Grundlage und Hintergrund ab für die ansatzweise Entwicklung einiger Bestimmungsstücke für das Modell einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Forensischen Psychologie. Die im Verlauf des Arbeitsprozesses zur Erstellung des Ist-Zustandes anklingende immanenten Forderungen nach Modifikation und Neuorientierung wurden aufgegriffen und mitberücksichtigt.

Die vorliegende Arbeit kann nur einen Teil der eine forensisch-psychologische Gesamtkonzeption konstituierenden Faktoren umgreifen. Die selektierten Bereiche - wissenschaftstheoretische Probleme, der Zusammenhang sozialer und rechtlicher Normen, konflikt- und entscheidungspsychologische Perspektiven und die Handlungsrelevanz psychologischer Verhaltensmodifikation können jedoch in ihren Anwendungskonsequenzen von besonderer Bedeutung für die Grundlegung einer Gesamtkonzeption der Forensischen Psychologie angesehen werden.

Die Vorstellung, bereits mit dieser Schrift ein das Theorie-defizit eliminiert habendes, fertig ausgearbeitetes forensisch-psychologisches Modell anbieten zu können, ist nicht nur als zu wenig realitätsbezogen abzulehnen, sondern auch schon aus prinzipiellen Erwägungen: das Konzept einer auf interdisziplinäre Arbeit angewiesenen wissenschaftlichen Disziplin sollte erst nach dem Vorliegen von Ansätzen und

Entwürfen verschiedenster Provenienz in Angriff genommen werden, wobei es dann die Einzelentwürfe ermöglichen, daß sich nun das Gesamtkonzept durch Zunahme von Komplexität und Differenziertheit zu organisieren vermag.

Neben diesem Ziel soll die vorliegende Arbeit nicht zuletzt auch einen Beitrag dazu leisten, einem besseren Verständnis und damit als Konsequenz auch einem engeren und fruchtbareren Verhältnis zwischen Jurisprudenz und Psychologie die Wege zu ebneten.

1.3. Methodologische Überlegungen

Das eben inhaltlich umschriebene Ziel der vorliegenden Arbeit bedarf der Ergänzung durch Angabe und Reflexion des formalen Weges, um eben jene gesetzte Intention zu erreichen. Da es sich hier nicht um ein experimentelles Design, um Versuchspläne, Stichprobenerhebungen, Hypothesenprüfung, Skalenniveau, also nicht um empirische Forschungsmethoden handeln kann, ist die dieser Arbeit adäquate Methodologie zu selegieren; in diesem Zusammenhang scheint eine kurze, grundlegende Hinwendung auf das, was man unter geisteswissenschaftlichen Methoden versteht, unumgänglich.

Arbeit in einer Wissenschaftsdisziplin ist als Analyse und Reflexion ihrer inhaltlichen Bestimmungsstücke zu begreifen und zwar unter Einhaltung jener spezifischen Kriterien, die diese Wissenschaft als hilfreich für ihre analytischen und konstruktiven Bemühungen bereitgestellt hat. Wissenschaftliche Aussagen sind durch ein System objektiv überprüfbarer Regeln charakterisiert. Nun kann aber nicht "jede Aussage eines Wissenschaftlers bereits eine wissenschaftliche abgesicherte Aussage sein, sondern erst der ausgewiesene Weg, mit dem er zu dieser Aussage gekommen ist, erlaubt es, die Bedeutung dieser Aussage als wissenschaftlich einzuschätzen. Dieser Weg ist nicht willkürlich, zufällig oder beliebig, sondern er ist mehr oder weniger deutlich erprobt: Es sind die gebräuchlichsten und am meisten bewährten Forschungsmethoden der betreffenden Wissenschaft" (L. Roth 1978, S. 11).

Psychologie - und damit natürlich auch die Forensische Psychologie - wird weitgehend übereinstimmend als erfahrungswissenschaftliche Disziplin verstanden. In einer weiteren Untergliederung reiht man sie - wie beispielsweise auch die klassische Physik - unter die "law-finding-Wissenschaften" ein, also unter die Wissenschaften, die sich darum bemühen, Gesetze in der Abfolge bestimmter Ereignisse aufzudecken (vergleiche dazu Laucken u. Schick 1971, S. 18ff). Da Ziel der vorliegenden Arbeit nicht ein Inhalt, ein Gebiet innerhalb der Forensischen Psychologie ist, sondern "die Forensische Psychologie als solche" - genauer: bestimmte Aspekte der Forensischen Psychologie - wird der adäquate Standort des methodischen Konzepts der Abhandlung innerhalb der geisteswissenschaftlichen Methoden zu suchen sein, wobei hier insbesondere die sog. Hermeneutik als Methode der Wahl infrage kommt.

Hermeneutik - auf der untersten Stufe - läßt sich mit der "Kunst des Verstehens" umschreiben. Da jeder Wissenschaft Geschriebenes, Texte zugrunde liegen, kommt man nicht ohne die sinnerschließende Interpretation aus; damit ist die nächste Stufe der Hermeneutik angesprochen. Die Kriterien für den wissenschaftlichen Anspruch einer Hermeneutik liegen nach Beckmann (1977, S. 48) darin, mit welcher Behutsamkeit und mit wieviel Akribie die Sinnerschließung vorgenommen wird.

Das was mit wissenschaftlicher Hermeneutik gemeint ist, wird m.E. transparenter durch die von Groothoff aufgestellten fünf Regeln der Hermeneutik (zitiert nach Beckmann 1977, S. 49):

"Anfangs muß versucht werden, den allgemeinen Sinn einer Äußerung ungefähr zu erfassen, um dann über eine genauere Analyse den genauen Sinn einer Äußerung zu erschließen. Bei Texten ist genau zu prüfen, von welcher Qualität er ist, d.h. ob er z.B. authentisch oder verfälscht ist.

Bedeutsam ist, das Gegenüber bzw. den Verfasser eines Textes absolut ernst zu nehmen und zu unterstellen, daß der andere vernünftige und begründete Aussagen gemacht hat. Zu achten ist auf die Voraussetzung, die der Autor als selbstverständlich mit einbringt.

Eine Theorie steht nicht am Anfang der Hermeneutik, sondern erst am Ende".

Auch die Beachtung der Groothoff'schen Regeln schützt nicht vor dem, was als "hermeneutischer Zirkel" verstanden wird: Jeder Interpret bringt in den Prozeß des Deutens und Analysierens ein Vorverständnis mit ein, das diesen Prozeß mitbestimmt und zugleich das Vorverständnis modifiziert. Ein Text, zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt, wird daher mit einem anderen Vorverständnis interpretiert (prinzipiell zu dieser Problematik sei auf Kapitel 4.1. "Wissenschaftstheoretische Feststellungen" verwiesen).

Wissenschaftliche Hermeneutik im Sinne von immanentem Verstehen und transzendierender, kritischer Reflexion vorliegender Texte oder aufgefundener Ereignisabfolgen drängt zu einer Schau des Gesamtzusammenhanges und damit zur Theoriebildung. "Ziel bleibt für die Wissenschaft die Theorie, d.h. die Aufarbeitung der Forschung zu einem offenen System ihrer maßgeblichen Zusammenhänge" (H. Roth 1966, S. 92).

Hermeneutik bezieht sich mit ihrem Anspruch auf eine offene Systematik auf eine Wissenschaft, "deren Aussagen der empirischen Kontrolle sowohl zugänglich sind als auch ihrer bedürfen" (ibid., S. 92). Allgemein gültige (absolute) Aussagen sind von einer Hermeneutik nicht zu erwarten, die Aussagen sind gebunden an eine jeweilige historische und individuelle Situation, die Aussagen sind darüberhinaus - da nicht aus Deduktion normativer Sätze gewonnen - veränderbar und veränderungsbedürftig (Beckmann 1978, S. 50).

2. PRAXISORIENTIERTE FORENSISCH-PSYCHOLOGISCHE TRADITION

2.1. Problemgeschichtlicher Abriß der Forensischen Psychologie

- 2.1.1. Entwicklung aus Gerichtsmedizin und Kriminalistik
- 2.1.2. Beginn der psychologischen Sachverständigentätigkeit
- 2.1.3. Die Psychologie der Aussage
- 2.1.4. Forschungen zur Tatbestandsdiagnostik
- 2.1.5. Die Entwicklung ab 1930

2.2. Verzahnung und Abgrenzung der Forensischen Psychologie

- 2.2.1. Forensische Psychologie und Kriminalpsychologie
 - 2.2.1.1. Kriminalpsychologie als Teil der Forensischen Psychologie
 - 2.2.1.2. Kriminalpsychologie als Überbegriff
 - 2.2.1.3. Praktizistische diskriminatorische Abstinenz
 - 2.2.1.4. Eigenständigkeit der beiden Disziplinen
- 2.2.2. Forensische Psychologie und Kriminologie
 - 2.2.2.1. Begriff und Inhalt der Kriminologie
 - 2.2.2.2. Gemeinsamkeit von (Forensischer) Psychologie und Kriminologie

2.3. Fremdbestimmung und Pragmatismus in der Forensischen Psychologie

- 2.3.1. Theoretische Abstinenz in der Forensischen Psychologie
- 2.3.2. Fremdbestimmung in der Forensischen Psychologie
 - 2.3.2.1. Umgrenzung des Problembereichs "Fremdbestimmung"
 - 2.3.2.2. Historische Aspekte zum Problem der Fremdbestimmung
 - 2.3.2.3. "Richtergehilfe" als Ausdruck der Fremdbestimmung
 - 2.3.2.4. Überidentifikation mit der Gehilfenrolle
- 2.3.3. Standortreflexion gegen unreflektierten Pragmatismus
 - 2.3.3.1. Inkompatible wissenschaftstheoretische Ausrichtung
 - 2.3.3.2. Konkurrierende Persönlichkeitsmodelle
 - 2.3.3.3. Konkurrierende Verhaltensmodelle

2. PRAXISORIENTIERTE FORENSISCH-PSYCHOLOGISCHE TRADITION

2.1. Problemgeschichtlicher Abriß der Forensischen Psychologie

In den meisten Wissenschaften ist die Vernachlässigung problemgeschichtlicher Zusammenhänge - nicht zuletzt wegen der Überfülle aktuellen Detailmaterials - begreiflich. Doch bei einer Disziplin wie der Psychologie, die nicht nur von Fakten, sondern ganz wesentlich von Ideen bestimmt wird, ist dadurch das Verständnis erschwert - nicht nur für Außenstehende, sondern auch für den Fachmann, dem eine historisch-retrospektive Abstinenz leicht das Erlebnis eigener Originalität verschaffen kann (Janzarik 1972, S. 604).

2.1.1. Entwicklung aus Gerichtsmedizin und Kriminalistik

Die ersten Ansätze der Kriminalpsychologie und der Forensischen Psychologie (zur terminologischen Abgrenzung der beiden Begriffe siehe Kap. 2.2.1.) lassen sich in der Forensischen Medizin und in der Kriminalistik bzw. Kriminologie ausmachen.

Die Voraussetzungen für eine medizinische Tätigkeit im Gerichtswesen war - von einigen Vorläufern abgesehen - mit der 1532 geschaffenen Constitutio Criminalis Carolina gegeben. Jetzt werden als Reichsgesetze die "Wundärztl" und "Sachverständig" eingeführt. So soll bei einer Kindstötung eine Hebamme beigezogen werden (Artikel 36) und bei einem Totschlag ein Wundarzt gehört werden (Artikel 147). Diese kriminologische Vorgehensweise ist die konkrete Anwendung des Prinzips der Erforschung der materiellen Wahrheit, eine Haltung, die nach Loslösung von mittelalterlichen Vorstellungen durch die ubiquitäre Suche nach Erkenntnis charakterisiert ist (Kaiser 1973a, S. 13).

Als eigentlicher Begründer der gerichtlichen Medizin gilt allgemein Paolo Zacchia (1584-1659), Leibarzt zweier Päpste und Konsolent am kurialen Gerichtshof. Von seinen Quaestiones

medico-legales befassen sich eine ganze Reihe auch mit psychischen Auffälligkeiten. Trotz dieser langen Tradition forensisch-psychiatrischer Wissenschaft führt noch 1852 Friedreich ("System der gerichtlichen Psychologie") Stellungnahmen verschiedener forensischer Fachleute (Mediziner und Juristen) an, die behaupten, daß eine psychische Krankheit nach dem gesunden Menschenverstand beurteilt werden könne.

Mit Heinroth (1825; 1833) ist sich die somatisch orientierte Gerichtspsychiatrie einig, daß der Mensch es sich selbst zuschreiben muß, wenn er geisteskrank wird. Durch eigene Schuld hat der, der als seelisch Kranker eine Straftat begeht, "die Diathesis zur Seelenzerstörung erworben; und wiederum durch seine Schuld hat er das Prinzip der Seelenstörung, die Vernunftberaubtheit, und mit ihr die Unfreiheit herbeigerufen... Er sollte entschuldigt, er sollte freigesprochen werden, weil er in Verstandesverwirrung und Willensgebundenheit gehandelt? Nein! Beide, diese Verwirrung und diese Gebundenheit, sind sein Werk, seine Schöpfung, die Frucht seiner Thaten, seines Lebens, die Krone seiner Schuld. Und so möge er sich denn immerhin straf-unfähig gemacht haben, aber straf-los ist er nicht" (Heinroth 1833, S. 198). Diese Lehrmeinung wurde zwar im Verlauf des letzten Jahrhunderts bereits aufgegeben, aber als eine Art Populärpsychopathologie im gerichtlichen Raum haben sich diese Gedanken zumindest beim Formenkreis der sog. Psychopathien gehalten - und hier nicht nur bei psychiatrischen Laien!

Eine weitere historische Schulmeinung, die besonders in juristischen Argumentationen immer wieder auftaucht, kann als fester Bestandteil einer Vulgärpsychologie gewertet werden; von dort her scheint sie mit verjüngter Terminologie neuerdings wieder vorzudringen: "Je 'unnatürlicher', 'gemeiner', 'thierischer', ein Verbrechen, umso geneigter sind viele Autoren, die sich hier besonders auf Grohmann (1818/19) stützen, eine Aufhebung der 'moralischen' Freiheit und damit Zurechnungsunfähigkeit anzunehmen" (Janzarik 1972, S. 606).

"Die Notwendigkeit psychologischer Kenntnisse bei der Beurteilung der Verbrechen" (1791) betonte ausdrücklich der Kriminalist v. Eckartshausen schon vor nahezu zwei Jahrhunderten. In dieser Zeit, in der die Psychologie als eigenständige Wissenschaft noch nicht existierte, konnte die aufkommende Kriminalpsychologie eher als eine "psychologische Betrachtung über das Verbrechen vom Standpunkt des Juristen" (Kaiser 1973b, S. 196) angesehen werden. In diesem Zusammenhang ist auch auf den Kriminalisten Feuerbach zu verweisen, der mit seiner Sammlung "Merkwürdiger Criminalrechtsfälle" (1808) psychologische Gesichtspunkte in die juristische Gedankenwelt brachte.

Kräftige Impulse erhielt die langsam im Entstehen begriffene forensisch-psychologische Disziplin durch die vom herrschenden Positivismus initiierte Konstituierung der wissenschaftlichen Kriminologie. Als deren Begründer gelten gleichermaßen der Psychiater Cesare Lombroso mit seiner kriminalanthropologischen Lehre vom geborenen Verbrecher (1876) als auch Enrico Ferri mit seiner programmatischen Schrift "Das Verbrechen als soziale Erscheinung" (1881; deut. 1896). Aus den Auseinandersetzungen um das Primat der biologischen oder milieubedingten Ursachen krimineller Verhaltensweisen ging die Vereinigungstheorie von Liszt (1905) hervor, nach der das Verbrechen ein Produkt aus der Eigenart des Täters und der ihn umgebenden äußeren Verhältnisse ist.

2.1.2. Beginn der psychologischen Sachverständigentätigkeit

Die forensisch-psychologische Gutachtertätigkeit begann 1903, als W. Stern erstmalig als Sachverständiger vor Gericht auftrat. K. Marbe wurde 1911 zur Begutachtung im Prozeß zum Müllheimer Eisenbahnunglück herangezogen. In größeren zeitlichen Abständen wurden immer wieder Psychologen als Sachverständige gehört, doch insgesamt blieb diese Tätigkeit auf Jahre hinaus eine Seltenheit.

2.1.3. Die Psychologie der Aussage

Schon kurz vor der Jahrhundertwende begann die Aussagepsychologie das Interesse der Forensischen Psychologie auf sich zu ziehen. In erster Linie waren es die Probleme der Zeugenaussage bei Kindern und Jugendlichen und die Glaubwürdigkeit von Zeugen und Beschuldigten, die für die nächsten Jahrzehnte das Hauptarbeitsfeld der Forensischen Psychologie in Deutschland ausmachen sollten. Hier sind vor allem die Namen W. Stern, O. Lipmann, E. Claparède und A. Binet zu nennen (vergleiche Dorsch 1963, S. 171).

Hatte für die Strafrechtler der Zeugenbeweis seinen dogmatisch festgelegten Platz und damit einen gesicherten Stellenwert, so galt den mehr empirisch ausgerichteten Kriminalwissenschaftlern und ebenso auch den Psychiatern die Zeugenaussage als recht unsicher und suspekt. In seiner "Lehre vom Beweise im Deutschen Strafprozess" (1834) hebt denn auch der Rechtswissenschaftler Mittermaier hervor, daß eine Aussage über einen bestimmten Tatbestand nur in seltenen Ausnahmefällen objektiv und wahrheitsgemäß erfolgen könne, da Mängel der Wahrnehmung, des Gedächtnisses und der Phantasie einen verfälschenden Einfluß auf die Aussage ausübten.

Das intensive Bemühen der Forschung, Probleme der Aussage auf wissenschaftlich-experimenteller Basis zu lösen, fand ihren Ausdruck in ersten, recht spektakulären Ergebnissen und zudem in Beachtung und Anerkennung der forensischen Wissenschaftler auf internationaler Ebene. Die durch die Anfangserfolge hochgespannten Erwartungen konnten allerdings im weiteren Verlauf nicht erfüllt werden und so ließ das Interesse an der experimentellen Aussageforschung bereits in den zwanziger Jahren erheblich nach.

Die experimentellen Untersuchungen zur Aussagepsychologie begannen mit Laboratoriumsexperimenten, wo es um Wahrnehmungs- und Gedächtnisleistungen, um das Problem der Suggestion und Suggestibilität, um differenzierende Leistungen des männlichen und des weiblichen Geschlechts und um den Einfluß von Aufmerksamkeit, Ermüdung und Interesse ging. Es stellte sich jedoch recht bald heraus, daß die in diesen Experimenten ge-

wonnenen Ergebnisse für die Gerichtspraxis wenig ergiebig waren. Nach dem "Prinzip der Lebensnähe" ging man daher zu sogenannten "Wirklichkeitsversuchen" über, die darin bestanden, daß man kleine, vorher gut einstudierte Szenen als ein tatsächliches, plötzlich eintretendes Ereignis vorspielte.

Die Ergebnisse der experimentellen Aussageforschung zeigten ein deprimierendes Bild: exakte, fehlerfreie Aussagen waren weder bei den Laboratoriumsexperimenten noch bei den Wirklichkeitsversuchen zu erhalten. So verwundert es nicht, wenn nach Mönkemöller (1930, S. 28) manche Experten der Meinung waren, die Zeugenvernehmung und -aussage ganz aus dem Gerichtsverfahren auszuschließen, besonders wenn es um die problematischsten Zeugen, Kinder und pubertierende Mädchen ging. So zeigt die Bestandsaufnahme der Fallsammlungen von forensisch tätigen Gutachtern (Döring 1924; Stern 1926; Plaut 1929) eine nahezu ausnahmslos negative Stellungnahme zur Glaubwürdigkeit von Aussagen.

Die Auswirkungen, die die aussagepsychologische Forschung und Tätigkeit der 20er und 30er Jahre auf die damalige forensische Praxis hatte, faßt Undeutsch (1967, S. 36) wie folgt zusammen: "Während man der Forderung, Sachverständige zur Begutachtung der Glaubwürdigkeit von Zeugen zuzuziehen, nur zögernd, ja widerstrebend und nur in geringen Umfang nachkam, fand die aus der aussagepsychologischen Forschung gewonnenen Überzeugungen verhältnismäßig schnell und auf breiter Front Eingang in die Rechtspflege. Es ist selbstverständlich, daß die von psychologischer Seite gehegte Skepsis gegenüber den belastenden Angaben von Kindern und Jugendlichen ein offenes Ohr fanden in der Rechtsanwaltschaft. Die Strafverteidiger machten in weitem Umfang von den Ergebnissen der Aussagepsychologie Gebrauch und schlachteten sie weidlich zugunsten ihrer Mandanten aus. Aber auch das Gros der medizinischen Sachverständigen übernahm die von der Psychologie erarbeiteten Gesichtspunkte in Bausch und Bogen, machte sie sich zueigen und operierte fortan mit ihnen. Auch in den Kreisen der Strafrichter fanden schließlich die neuen Gedanken Eingang und führten zu großer Zurückhaltung in der Bewertung von Aussagen nicht-
wachsener Zeugen."

Es läßt sich heute eine Reihe von Gründen anführen, warum die damalige Aussagepsychologie den realen Verhältnissen der forensischen Praxis so wenig entsprechen konnte; Undeutsch (1967) hat die Ursachen in einigen Punkten zusammengefaßt (siehe dort Seite 38ff).

Gegen Ende der zwanziger Jahre setzten sich allmählich praktische Erfahrung und eine bessere Methodik durch, doch gleichzeitig ließ von juristischer Seite das Interesse an der psychologischen Aussageforschung plötzlich nach. In der Phase nach dem 2. Weltkrieg setzte geradezu eine Umkehrung der von den psychologischen Pionieren aufgestellten Thesen ein und man konnte nun in den psychologischen Gutachten lesen, daß die Aussagen minderjähriger Zeugen nach Meinung der Sachverständigen in der überwiegenden Zahl der Fälle der Wahrheit zu entsprechen scheinen (vergleiche dazu neben Undeutsch 1967, auch Arntzen 1970, Trankell 1971 und Leferenz 1972).

2.1.4. Forschungen zur Tatbestandsdiagnostik

Die Analyse und rechtliche Wertung von Aussagen des Angeklagten oder Zeugen setzt zumindest voraus, daß diese Personen bezüglich des relevanten Problembereichs aussagewillig sind. Wenn dies nicht der Fall ist, könnte sich anbieten, mit Methoden der psychologischen Tatbestandsdiagnostik zu versuchen, die anstehenden Fragen auch gegen die bewußte Sperrung des Befragten "herauszubekommen".

Generell muß hieran der Strafrichter besonderes Interesse haben, denn im Gegensatz zur im Zivilprozeß geltenden Verhandlungsmaxime gilt hier die Inquisitionsmaxime: das Gericht ist nach dem Officialprinzip gehalten, die materielle Wahrheit zu erkunden (vor allem nach §§ 155 und 244 StPO).

Diesem kriminalpsychologischen Anliegen haben sich als erste die Gross Schüler Wertheimer und Klein (1904) und Mitarbeiter Bleulers, vor allem C.G. Jung (1905), gewidmet und dafür den Namen "Tatbestandsdiagnostik" eingeführt. Im folgenden begann darüber, vor allem bis zum ersten Weltkrieg, von Psychologen, Medizinern, Strafrechtlern und Kriminologen eine intensive Publikationstätigkeit.

Historische Grundlage der Tatbestandsdiagnostik ist der Assoziationsversuch (näheres zur Assoziations-Methode siehe

bei Hiltmann (1964, S. 533ff). Der Proband wird einer Wort-Liste ausgesetzt, die aus unverfänglichen, neutralen und aus jeweils auf die Person und den fraglichen Tatbestand bezogenen Worten besteht. Aus der Reaktionszeit auf kritische (= tatbestandsbezogene) und irrelevante Reizworte und aus bestimmten Auffälligkeiten im Verhalten des "Inquisiten" wird auf seine Beteiligung an der infragestehenden Tat geschlossen. Dieses Vorgehen stellt den Versuch dar, einen Teilbereich der gerichtlichen Wahrheitserforschung durch empirische Methoden der Verhaltenswissenschaft zu optimieren (Tent 1967, S. 186).

Das methodische Prinzip aller der Tatbestandsdiagnostik zugrundeliegenden Verfahren basiert auf der Hypothese, daß das einmal Erlebte sich in späteren Verhaltensreaktionen manifestiert. "Das einmal Erlebte hinterläßt gleichsam Spuren ..., dies um so mehr, je eindringlicher, intensiver oder stärker affektbehaftet das Erlebnis war"; wird der Proband mit diesem Erlebnis konfrontiert, "so müßte die mit Furcht vor Entdeckung verknüpfte Motivation zu einer verstärkten Störung der normalen physiologischen, motorischen und verbalen Abläufe führen" (Tent 1967, S. 186). Dies ist auch das Prinzip des Polygraphen oder sog. "Lügendetektors", bei dem der Proband an eine Apparatur angeschlossen ist, die je nach Bauart verschiedene physiologische Meßdaten liefert. Auch hier kommt es auf ein Abweichen von den "normalen" physiologischen Werten bei Vorgabe eines kritischen Reizes an.

Der hoffnungsvolle Wunsch von Wertheimer (1905), "die Seele eines Menschen auf allgemeine psychische Folgen eines Tatbestandes hin zu durchforschen" (zit. n. Dorsch 1963, S. 172) und zu diesem Zweck entsprechende Methoden zu entwickeln, ist nach Dorsch (1963) mittlerweile (zumindest partiell) realisiert worden: "Die Auslösung besonderer Bewußtseinszustände wurde vervollkommenet und hat seither viel von sich reden gemacht. Pharmaka der verschiedensten Art sind ausprobiert worden. Eine Art 'Persönlichkeitsumbau' durch Mischung von brutalem Verhör und Drogen lernte man

technisch beherrschen. Die Begriffe 'Gehirnwäsche' und 'Lügendetektor' sind heute bekannt genug. Doch solche Methoden lagen gewiß nicht in der Erwartung des Jahrhundertbeginnes. Sie belegen vielmehr die Gefährlichkeit, die der Ausbau der Tatbestandsdiagnostik seither gebracht hat" (Dorsch 1963, S. 172).

2.1.5. Die Entwicklung ab 1930

Auch nach Beginn der zweiten Phase forensisch-psychologischer Tätigkeit (etwa ab 1930 - Einteilung nach Undeutsch 1967) verlief die Entwicklung der psychologischen Gutachtertätigkeit wechselhaft. Dennoch hat die Forensische Psychologie ihren Platz im juristischen Bereich bis heute behauptet, eine Tatsache, die nicht verwundern dürfte, da die Intentionen von Jurisprudenz und Psychologie in nicht geringem Umfang gleichgerichtet sind. So steht bei beiden Disziplinen die Maxime im Hintergrund, gesellschaftlich relevante Verhaltensweisen direkt bzw. indirekt zu beeinflussen und soziale Konflikte zu lösen bzw. für sie Lösungsmöglichkeiten zu entwerfen. Doch diese partiellen Gemeinsamkeiten können über die unterschiedlichen Wege und die oft konfliktbelasteten Begegnungen nicht hinwegtäuschen (Kaiser 1973b, S. 204; 196). Allerdings stehen Bedeutung und Beitrag der Psychologie für das Rechtswesen noch immer deutlich im Schatten der seit langem bezüglich ihrer forensischen Relevanz nicht mehr angezweifelten Gerichtlichen Medizin und Forensischen Psychiatrie. Auch oder gerade die Beiträge, die die Tiefenpsychologie der Kriminalpsychologie zugedacht hat (vergleiche dazu Reik 1925; Alexander und Staub 1929; Reiwald 1948; Moser 1971; Herren 1973; Ostermeyer 1975), werden in ihrer Bedeutsamkeit für das Recht vornehmlich von juristischer Seite angezweifelt, so daß sie bisher eher zur Konfrontation als zur Kooperation von Psychologie und Jurisprudenz beigetragen haben.

2.2. Verzahnung und Abgrenzung der Forensischen Psychologie

Im vorhergehenden Abschnitt, dem geschichtlichen Abriß, ist angeklungen, daß die Forensische Psychologie in ihrer Entstehung auf verschiedene Wurzeln zurückzuführen ist. Die in historischen Bedingungen liegende, im Verlauf der Zeit ständig oszillierende Verzahnung mit manchen anderen Wissenschaftsdisziplinen macht eine heutige Standortbestimmung und Kompetenzabgrenzung der Forensischen Psychologie notwendig. Ein erster Schritt dazu stellt ein Abgrenzungsversuch gegenüber den Disziplinen dar, mit denen die Forensische Psychologie in Teilbereichen in einem konkurrierenden Verhältnis steht.

Dieses Problem der Kompetenz und Abgrenzung wird erschwert, weil die Forensische Psychologie einer Reihe von Nachbardisziplinen offen gegenüberstehen muß, um deren methodologische und empirische Erkenntnisgewinne übernehmen zu können. Diese Doppelfunktion - Kompetenzfragen und Rezeption von Erkenntnissen - zeigt sich vor allem in der Beziehung zu zwei Disziplinen, nämlich der Kriminologie, die sich selbst als interdisziplinäre Wissenschaft begreifend um Identität bemüht, und der Kriminalpsychologie, unter der höchst Unterschiedliches verstanden wird - teilweise wird sie als identisch mit der Forensischen Psychologie angesehen.

Da die Forensische Psychologie ein Teilgebiet der Angewandten Psychologie darstellt, nimmt sie Bezug auf Fachbegriffe, Methoden und Ergebnisse aus den Grundlagenfächern der wissenschaftlichen Psychologie: Allgemeine Psychologie (Wahrnehmung, Lernen, Motivation), Entwicklungs-, Persönlichkeits- und Sozialpsychologie. Abrenzungsprobleme lassen sich hier leichter lösen, bzw. stellen sich erst gar nicht; so ist es auch gegenüber den Teildisziplinen der Angewandten Psychologie, die für die Forensische Psychologie von tragender Bedeutung sind: Klinische, Pädagogische und Diagnostische Psychologie (Liebel u. Uslar 1975, S. 29).

2.2.1. Forensische Psychologie und Kriminalpsychologie

Über Zuordnung und Grenze der Kriminalpsychologie zur forensischen Psychologie gibt es in der Literatur keine einheitliche Auffassung. Dies kann nicht verwundern, denn weder für die Forensische Psychologie und noch viel weniger für die Kriminalpsychologie gibt es eine in der Wissenschaft allgemein akzeptierte Definition.

2.2.1.1. Kriminalpsychologie als ein Teil der Forensischen Psychologie

So wird von einigen Autoren die Kriminalpsychologie als ein Teilgebiet der Forensischen Psychologie angesehen. So deckt beispielsweise - um als historisches Beispiel Karl Marbe (1913) zu zitieren - die Forensische Psychologie alle die Bereiche der Psychologie ab, die "für das Gerichtswesen im weitesten Sinne des Wortes von Interesse" (S. 22) sind. Dagegen sieht er die Kriminalpsychologie eingegrenzt auf das "Feststellen und Beurteilen von Verbrechen" (S. 12). Auch Bader (1948, 447f) sieht die Kriminalpsychologie als einen Ausschnitt aus der Forensischen Psychologie, wobei unter letzterem alles das zusammengefaßt werden soll, "was zur Durchdringung der Rechtspflege erforderlich ist".

2.2.1.2. Kriminalpsychologie als Überbegriff

Dem steht die Auffassung gegenüber, daß die Forensische Psychologie der Kriminalpsychologie zu subsumieren ist. So beispielsweise bei Krüger (1950), der die Kriminalpsychologie als "die Anwendung der Psychologie auf das Gesamtgebiet von Rechtsbruch und Rechtsbrechern, von Rechtsprechung und Strafvollzug" umschreibt; Forensische Psychologie ist dagegen lediglich die Psychologie, die speziell "nur bei der Gerichtsverhandlung zur Geltung" kommt (S. 254). Grossmann (1971, S. 114) stellt die Forensische Psychologie neben die Strafvollzugs- und Polizei-Psychologie unter den Sammelbegriff der Kriminalpsychologie.

2.2.1.3. Praktizistische diskriminatorische Abstinenz

Eine ausgesprochene Praxisbezogenheit und eine auffallende Abneigung gegen terminologische Diskriminationsversuche findet man beispielsweise bei Undeutsch (1967) und Leisner (1974). In seiner Publikation "Forensische und Kriminalpsychologie" unternimmt Leisner keine Definition der beiden im Titel genannten Begriffe und auch aufgrund der Inhalte läßt sich keine genügend klare Differenzierung finden. Nach Undeutsch, dem Herausgeber des derzeit gängigen Handbuchs der "Forensischen Psychologie" war dieser Band als "Forensische und Kriminalpsychologie" geplant; man hatte sich dann aber wegen des geringen Gewichts der Kriminalpsychologie auf die Forensische Psychologie konzentriert. Aus den editorischen Bemerkungen Undeutschs (1967, Vorwort) wird deutlich, daß eine zumindest fragmentarische terminologische Abgrenzung im Hintergrund gestanden haben muß; explizit wird sie aber nicht mitgeteilt. Will man sie implizit über die Inhalte gewinnen, so wird dieser Versuch wegen den in den Band aufgenommenen und nicht leicht zu integrierenden Kapiteln "Kriminalprognose" kaum mit Erfolg abgeschlossen werden können.

2.2.1.4. Eigenständigkeit der beiden Disziplinen

Nach Durchsicht der diesbezüglich relevanten Literatur, den darin gefundenen verschiedenen Umschreibungen für beide Disziplinen und dem Versuch, die von ihnen jeweils behandelten Themenbereiche zu ordnen, wird erkennbar, "daß die Kriminalpsychologie und die Forensische Psychologie zwei eigenständige Wissenschaftsbereiche darstellen, die sich allerdings in Teilbereichen überschneiden (vergleiche dazu ausführlich v. Kagenneck 1974). Dabei zielen die hauptsächlichen Fragen der Kriminalpsychologie auf die Psychologie des Täters und des Opfers und auf die sozialpsychologischen Aspekte der Kriminalität in der Gesellschaft. Die Forensische Psychologie dagegen beinhaltet alles das, was zur psychologischen Durchdringung des Gerichts- und Rechtswesens erheblich ist: Begutachtung eines Täters oder Zeugen, Psychologie des Gerichtsverfahrens, psychologische Aspekte richterlicher Urteilsbil-

dung, Therapie im Strafvollzug, der Prozeß der Gesetzgebung usw." (Liebel u. Uslar 1975, S. 30).

Nach dem bisher Aufgeführten kann man dem definitorischen Versuch Schneiders (1971, S. 417) zur Kriminalpsychologie zustimmen: Kriminalpsychologie ist "die Psychologie des Täters und der Tätergruppen, Psychologie des Opfers und der Kriminalitätsursachen in der Gesellschaft, Psychologie der strafen-den Gesellschaft und deren Repräsentanten in der Strafgesetzgebung und Strafrechtspraxis".

2.2.2. Forensische Psychologie und Kriminologie

2.2.2.1. Begriff und Inhalt der Kriminologie

Durchsucht man die Literatur nach einer Definition der Kriminologie, die allgemeine Anerkennung genießt, so wird man bald enttäuscht werden. Was man - in Übereinstimmung mit G. Kaiser (1973a, S. 1) - lediglich finden wird, ist Einigkeit darin, daß man die Kriminologie zu den empirischen Wissenschaften zählt, daß ihr Gegenstand das Verbrechen und der Rechtsbrecher ist, und daß sie sich mit Sanktionen, Behandlung und Prognose befaßt.

In seinem weitverbreiteten Lehrbuch der Kriminologie betont Göppinger (1973, S. 1) neben dem empirischen Charakter der Kriminologie insbesondere deren interdisziplinären Aspekt. Die wissenschaftliche Kriminologie befaßt sich nach ihm "mit den im menschlichen und gesellschaftlichen Bereich liegenden Umständen, die mit dem Zustandekommen, der Begehung und der Verhinderung von Verbrechen sowie mit der Behandlung von Rechtsbrechern zusammenhängen. Mit interdisziplinärem, multifaktoriellem Ansatz richtet sie dabei ihre Forschungen im Erfahrungsbereich auf alles, was sowohl mit den Rechtsnormen als auch mit der Persönlichkeit des Rechtsbrechers und ihren Verhältnissen in Verbindung mit dem von der Rechtsordnung bzw. Sozialordnung mißbilligten Verhalten zusammenhängt". Den von Göppinger betonten interdisziplinären Ansatz hat auch Herren (1973, S. 4) herausgestellt, wenn er die Psychoanalyse, Psychiatrie, Soziologie etc. als Grundwissenschaften der Kriminologie bezeichnet. Die umfangreiche Rezeption von Erkenntnissen aus der Psychologie ist daher naheliegend.

2.2.2.2. Gemeinsamkeit von (Forensischer) Psychologie und Kriminologie

Das gemeinsame Interesse, das Psychologie und Kriminologie verbindet, liegt in der Beobachtung, Beschreibung und Analyse von Verhaltensreaktionen, Einstellungen, Motiven etc. von Individuen oder Gruppen von Individuen, die mit Gesetznormen in Konflikt geraten sind. Die Psychologie untersucht diese Probleme mit ihren fachbezogenen Erkenntnismitteln, ihrer spezifischen Methodologie. Die Kriminologie folgt hingegen "von vornherein dem weitgefaßten interdisziplinären Konzept. Ebenso wie bei Rechtsmedizin und Gerichtspsychiatrie steht auch bei der forensischen Psychologie jeweils die Persönlichkeit als Täter, Zeuge und Opfer oder eine Gruppe von Rechtsbrechern im wissenschaftlichen Blickpunkt. Dies trifft wohl auch beim klinischen Ansatz innerhalb der Kriminologie zu. Jedoch nimmt darüber hinaus die Kriminologie andere Fragestellungen, etwa soziologischer Art, mit auf, ohne sich diesen auszuliefern" (Kaiser 1973a, S. 45).

Die eigentlichen Berührungspunkte zwischen Psychologie und Kriminologie liegen in dem Bereich, den die Kriminalpsychologie abdeckt. Die Kriminalpsychologie stellt denn auch eine Grund- oder Bezugswissenschaft der Kriminologie dar; nach Schneider (1971, S. 416) besitzt sie hier eine ausgesprochene Schlüsselposition. Die Gemeinsamkeiten von Forensischer Psychologie und Kriminologie lassen sich nun dort finden, wo sich die Arbeitsgebiete von Forensischer Psychologie und Kriminalpsychologie überschneiden.

2.3. Fremdbestimmung und Pragmatismus in der Forensischen Psychologie

2.3.1. Theoretische Abstinenz in der Forensischen Psychologie

Überblickt man die Entwicklung der Forensischen Psychologie, so fällt auf, daß sie sich fast ausschließlich den Bedürfnissen der juristisch determinierten Praxis verpflichtet sieht. Das umfassendste neuere forensisch-psychologische Sammelwerk, der 11. Band des "Handbuchs der Psychologie" (Undeutsch 1967), steht ganz in dieser pragmatisch orientierten Tradition. Das Fehlen einer theoretisch abgesicherten Grundkonzeption wird nirgends als Mangel artikuliert, vielmehr scheint es als Selbstverständnis erlebt zu werden. So schreibt Undeutsch (1967, Vorwort), es sei die Absicht bei der Planung und Konzipierung des Handbuchs gewesen, einen möglichst umfassenden Überblick über das stark verzweigte Gebiet der Forensischen Psychologie zu geben. "Entsprechend dem Charakter der Forensischen Psychologie als einer Disziplin der Angewandten Psychologie ist auf die Bedürfnisse der gerichtlichen Praxis in größtmöglichem Umfang Rücksicht genommen worden. Damit ist schon gesagt, daß für den Aufbau des Bandes mehr das derzeitige Arbeitsfeld der Forensischen Psychologie als ein theoretischer Gesichtspunkt maßgebend war. Die einzelnen Teilgebiete der Forensischen Psychologie sind etwa entsprechend ihrer Bedeutung für den gerichtlichen Alltag und für die berufliche Praxis der auf diesem Gebiet tätigen Psychologen behandelt worden" (ibd., Vorwort). Gegen diese Auffassung wendet sich Waller (1970) mit vehementer Kritik. Seiner Argumentation ist - wenn auch nicht immer in der manchmal dogmatisch klingenden Rigorosität - so doch im wesentlichen beizupflichten, und daher wird auf seine Kritikpunkte im folgenden häufig Bezug genommen.

Der Vorwurf, einseitig auf die Bedürfnisse des gerichtlichen Alltags einzugehen, ist nicht nur gegenüber Undeutsch (1967) anzubringen, er trifft ganz allgemein auf die forensische Literatur zu. Undeutschs "Forensische Psychologie" ist nur als

ein Beispiel dieser Tradition herausgenommen, wenn auch als ein besonders gravierendes, denn insbesondere mit einem voluminösen Handbuch der Psychologie sollte der Anspruch verbunden sein, etwas mehr als die Ausbreitung des derzeitigen Arbeitsfeldes anzubieten. Gegen diese Haltung richtet sich auch Waller, er bedauert "das damit implizierte Selbstverständnis der Psychologie" und "lehnt sie aus wissenschaftstheoretischen Gründen" ab. Denn "die Selbstdarstellung einer Angewandten Disziplin darf sich nicht darin erschöpfen, ihr 'Arbeitsfeld' auszubreiten und Handlungsanweisungen für die Bewältigung praktischer Fragestellungen zu geben... Eine Angewandte Disziplin, die ihren Standort ausschließlich nach ihrer instrumentellen Funktion und ohne Besinnung auf die Zielbestimmungen ihres Auftrages definiert, degradiert sich zu einer bloßen Technologie und setzt sich damit dem Verdacht aus, für beliebige Ziele einsetzbar zu sein" (Waller 1970, S. 42).

2.3.2. Fremdbestimmung in der Forensischen Psychologie

2.3.2.1. Umgrenzung des Problembereichs "Fremdbestimmung"

Das von Waller exemplarisch am Handbuch von Undeutsch aufgezeigte und kritisierte Theoriedefizit in der Forensischen Psychologie ließe sich gleichermaßen an einem älteren Standardwerk, der "Gerichtlichen Psychologie" (1962) von Blau und Müller-Luckmann nachweisen. Dieses Theoriedefizit ist für eine "angewandte" Disziplin untragbar, insbesondere, wenn diese Disziplin, wie die Forensische Psychologie, in ihrer Funktion weitgehend durch Fremdbestimmung gekennzeichnet ist. Gerade bei der Forensischen Psychologie wäre wegen den "aus der Fremdbestimmung ihres Auftrages resultierenden Implikationen ... ein Minimum an Reflexion" über ihre Aufgabe (Waller 1970, S. 42) naheliegend.

Eine angewandte Wissenschaft kann von sich aus in eigenständiger Verantwortung und Kontrolle Hilfen und Lösungsmöglichkeiten für fachfremde und/oder praktische Probleme anbieten.

Sie kann aber auch in das "nomological network" einer anderen Disziplin hineingezogen werden und unter Verleugnung der Standards eigener Wissenschaftlichkeit Detailwissen feilbieten. Letztere Möglichkeit ist besonders dann nahe-liegend, wenn eine etablierte, schon lange anerkannte Wis-senschaft eine 'andere Disziplin als Hilfswissenschaft für eine bestimmte Aufgabenerfüllung an sich zieht. In dieses Schema lassen sich - ohne dabei die Metapher des Prokru-stesbettes ganz zurückweisen zu können - Jurisprudenz und Forensische Psychologie ohne größere Schwierigkeiten ein-fügen.

Von Fremdbestimmung ist dann zu sprechen, wenn nicht die Standards und Methoden einer wissenschaftlichen Disziplin, der eine Handlung durch inhaltliche und/oder funktionale Bestimmung zugehört, allein maßgebend sind, sondern gravie-rend auch derjenigen Disziplin, der die Handlungsanweisung entstammt.

Die begriffliche Umschreibung dessen, was wir insbesondere im Nachvollzug von Wallers (1970) Ausführungen als Fremd-bestimmung verstehen wollen, soll im folgenden durch einige Beispiele anschaulicher und deutlicher werden.

Kaiser (1973b, S. 200f) schreibt, daß das heute geltende Sachverständigenmodell mit der Entscheidungskompetenz des Juristen so ausgerichtet ist, daß der Psychologe es als "verunglückt" beurteilt. Übernimmt er die Rolle des Sach-verständigen, kann er nicht umhin, seine beruflichen Anforder-ungen, seine berufsethischen Verpflichtungen und die Standards seiner Wissenschaft partiell aufzugeben und dem juridischen System unterzuordnen. Und so müsse der Sachver-ständige "alle vorhandenen reformatorischen Absichten und Überzeugungen bei der Erledigung seines Gutachtenauftrages außer acht lassen (ibd., S. 200).

Um den Terminus Fremdbestimmung weiterhin zu exemplifizieren, sei ein Blick auf den Problemkreis der Beurteilung der

Verantwortlichkeit, hier die der Reifebeurteilung nach § 3 JGG, geworfen. Neben der geistigen und sittlichen Einsichtsfähigkeit ist im Rahmen dieses Paragraphen noch die Handlungsfähigkeit oder Willensbildungsfähigkeit zu beurteilen. Mit letzterem solle eine Fähigkeit hypostasiert werden, die basierend auf bislang gewonnenen Einsichten den Willen des Individuums in einer ganz bestimmten Weise lenken kann und damit verbunden auch sein Handeln. Dieses über dem § 3 JGG stehende "psychologische" Modell muß der forensisch tätige Psychologe übernehmen, er muß sich ihm voll anpassen. Und dies, obgleich solch ein Modell der Handlungsfähigkeit in der psychologischen Wissenschaft längst als zu elementaristisch-mechanistisch abgelehnt wird. Denn wie der Autor an anderer Stelle (siehe Liebel u. Uslar 1975, S. 94f) dargelegt hat, kann "von einer autonomen, abgetrennten 'Willensfähigkeit' keine Rede sein; Willensfähigkeit - was immer man darunter verstehen mag - ist überhaupt nur in engem Zusammenhang mit der Gesamtpersönlichkeit zu sehen" (ibid., S. 94).

2.3.2.2. Historische Aspekte zum Problem der Fremdbestimmung

Die keineswegs allein aus der Funktion einer Hilfswissenschaft zwingend hervorgehende Fremdbestimmung stellt ein grundsätzliches, von Anfang an bestehendes und keineswegs aktuell überstrapaziertes Problem in der Forensischen Psychologie dar. Dazu seien - neben dem Verweis auf Kap. 2.1. - exemplarisch zwei Punkte genannt.

1. Das psychologisch-forensische Sachverständigenwesen entwickelte sich primär aus der Gerichtsmedizin, die selbst, zumindest seit Zacchia (ab 1621), psychologische Fragestellungen im forensischen Raum mitübernahm. Die von der Jurisprudenz bestimmte Hilfsrolle der Medizin übertrug sich unschwer auf die Psychologie.

Die Auswirkungen dieser historischen Entwicklung gehen soweit, daß einige Autoren wie z.B. Dechêne (1975) die Forensische Psychologie nicht ganz ohne polemisierenden Unterton "als Appendix der mit der Justiz paktierenden Gerichtspsychiatrie" (S. 254) bezeichnen. Nach seiner Meinung ist eine der Folgen der frühen Selbstbeschneidung des Psycholo-

gen, daß das forensische Feld "weithin kampflos den meist konservativen (und schon damit ziemlich justiznahen) schulpsychiatrischen Sachverständigen auch in eigentlich psychologischen Fragen überlassen blieb" (S. 259). Dechêne mag in diesem Zusammenhang den Gerichtspsychiatern übrigens keinen großen Vorwurf machen, denn wenn sich die Forensischen Psychologen "auf der Flucht" vor der Diskussion und in die Introversion hinein befinden, ist die "Verbannung aus dem Justizbetrieb" als Konsequenz naheliegend. Diese teils selbstverschuldete, "teils masochistisch hingenommene" Folge war, "daß fortan das, was psychologisch relevant sei, von im Grunde Fachfremden beliebig definiert oder ignoriert werden konnte" (S. 259). Damit konnte das Gerichtswesen von psychologischen Erkenntnissen und Ansprüchen natürlich weitgehend frei bleiben.

2. Die Kriminologie und Kriminalistik, der Rechtswissenschaft zugehörig bzw. ihr verwandt, befaßten sich schon lange selbst mit psychologischen und psychopathologischen Problemen im forensischen Bereich. Die Beurteilung menschlichen Verhaltens und Erlebens gilt als ihr ureigenstes Arbeitsfeld. Wenn von der Jurisprudenz die psychologische Gutachtertätigkeit als ein Eindringen in ihren angestammten Rollenbereich angesehen wird, und besonders die Richterschaft damit einen Kompetenzanspruch in psychologischen Fragen bekundet, so ist es - für den Juristen - nur folgerichtig, daß auch der psychologische Sachverständige sich dem juristischen Bezugsrahmen einzufügen hat und von dort die Fremdbestimmung seiner Tätigkeit erfolgt.

Auch "allgemein-anthropologische" Probleme suchte die Jurisprudenz systemimmanent zu beantworten, so zum Beispiel Fragen nach der Willensfähigkeit und Steuerbarkeit des Menschen, nach seinem sittlichen und intellektuellen Reifestand, nach seiner Einsichtsfähigkeit, seiner moralischen Verhaltensintegrität und vieles andere mehr. Die Rechtswissenschaft stellte und umriß die Fragen in ihrer Diktion, sie gab für die Beantwortung dieser Fragen dann ihren konkreten Bezugsrahmen vor, sie selegierte die Methoden zur Lösung der Fragen nach ihren Wissenschaftsvorstellungen und umgab den für die jeweilige Frage sachlich zuständigen Fachvertreter mit einer Reihe von Pflichten, bzw. engte seinen Handlungsspielraum durch Vorschriften ein.

2.3.2.3. "Richtergehilfe" als Ausdruck der Fremdbestimmung

Die Position, die der Psychologe gegenwärtig vor Gericht einnimmt, ist durch den Ausdruck "Gehilfe" (des Richters) plastisch widergegeben (zum Problem des "Richter-Gehilfen" siehe auch Kap. 4.1.4.1.). Wie Waller (1970) ausführt, identifiziert sich der psychologische Sachverständige selbst mit dieser Rolle und die ausgeprägte theoretische Abstinenz auf forensisch-psychologischem Gebiet ist beredter Ausdruck des Selbstverständnisses der Gehilfen-Rolle. Diese Einstellung manifestiert sich nur zu deutlich in dem paradigmatischen 11. Band des Handbuchs der Psychologie, in dem "die praxis-orientierte Konzeption des Herausgebers sich als unreflektierter Pragmatismus qualifiziert", hinter dem eine Haltung steht, die "eher demjenigen eines mit seinen (ihm angewiesenen) Aufgaben präokkupierten 'Gehilfen' entspricht... als dem eines kompetenten Experten" (Waller 1970, S. 42).

Die Forderung der Jurisprudenz, die Psychologie solle in bestimmten Fällen ihre Sachkunde zur Verfügung stellen, wurde in der Prozeßordnung des Straf- und Zivilrechts fixiert und äußert sich in Einordnung des Sachverständigen, insbesondere des Psychologen als Richtergehilfe. Doch dieses Sachverständigenmodell mit der Entscheidungskompetenz des Richters bringt nach Kaiser (1973b, S. 200) "den Sachverständigen in eine Prozeßrolle, die der Psychologe als 'verunglückt' beurteilt. Denn alle vorhandenen reformatorischen Absichten und Überzeugungen müsse der Sachverständige bei der Erledigung seines Gutachtenauftrages außer acht lassen".

Die Forensische Psychologie befaßt sich in der Mehrzahl der Fälle mit Personen, die in Konflikt mit gesetzlich kodifizierten Normen geraten sind; der Psychologe tritt also in Interaktion mit Probanden, die einer - in rechtlicher Hinsicht - von der Norm abweichenden Population angehören. In diesen Klassifikationsprozeß ist der Psychologe nicht eingeschaltet, er hat die Feststellung der "Abnormität" als von außen vorgegeben hinzunehmen. Auch aus dieser Blickrichtung zeigt sich schon von den Präliminarien her die Unterordnung der Forensischen Psychologie unter die Jurispru-

denz. "Damit aber ist der engere Aufgabenkreis der Forensischen Psychologie im traditionellen Sinn deutlich vorgezeichnet: Generell hat sie Hilfsfunktion für die ihr übergeordneten Wissenschaften vom Recht und die staatlichen Instanzen der Rechtsprechung" (Leisner 1974, S. 232). Die schon historisch gewordene, spezifische Implikation des Forensischen Psychologen in die des Rechts reduziert daher seine Möglichkeit, als autonomer Experte tätig zu sein, der die soziale Funktion und die seiner Wissenschaft eigenverantwortlich wahrnimmt, auf die Rolle eines (Erfüllungs-) Gehilfen des Richters.

2.3.2.4. Überidentifikation mit der Gehilfen-Rolle

Der historische Weg der Forensischen Psychologie aus der Gerichtsmedizin (wie er in Kap. 2.1.1. andeutungsweise skizziert wurde), erweist sich noch in einer weiteren Hinsicht als bedeutungsvoll. Die medizinischen Disziplinen gelten allgemein als etablierte, durchgängig anerkannte forensische Hilfswissenschaften. Der Aufforderung von juristischer Seite, die Psychologie möge, wie es die Psychiatrie schon lange tue, ihre Hilfe dem Recht und seinen Institutionen zur Verfügung stellen, versuchte die Forensische Psychologie mit Eifer nachzukommen. In dem Bemühen, in ihrer Rolle als Sachverständige vor Gericht anerkannt zu werden, was gleichzeitig hieß, sich von historisch verbundenen Teilen der Medizin zu emanzipieren, gerieten die Psychologen in ein Konkurrenzverhältnis zu ihren Kollegen vor allem aus der Forensischen Psychiatrie. So bemerkt Kaiser (1973b, S. 204) sicher nicht zu Unrecht, daß die Psychologie in der Sachverständigenfrage noch ganz "im Bann der Rivalität mit der gerichtlichen Psychiatrie stehe" und daß es den Psychologen trotz großer Anstrengungen noch nicht gelungen sei, die Monopolstellung der Psychiatrie z.B. in der wichtigsten Klassifikationsfrage, der Zu- bzw. Unzurechnungsfähigkeit, aufzuheben. "Was Psychologen hier erreichen, ist bestenfalls ein Platz 'im zweiten Glied'" (ibd., S. 205).

Die in der Forensischen Psychologie vorherrschende, auffallend unkritische Übernahme der Gehilfen-Rolle ist auch bei Waller (1970, S. 43) angesprochen: Die unreflektierte Identifikation mit der Rolle des juristischen Erfüllungsgehilfen "birgt, wie aus der Sozialpsychologie dieser Rolle bekannt ist und wie nicht zuletzt der vorliegende Band (Undeutsch, Forensische Psychologie 1967; d. Aut.) zeigt, die Gefahr in sich, daß der Psychologe, qua 'Gehilfe', der Faszination des normativen Systems der Jurisprudenz erliegt".

Wenn hier von Identifikation gesprochen wird, so ist dieser Terminus nicht im Sinne des frühen Freud zu verstehen. Bekanntlich wurde der Begriff der Identifikation von Freud erstmalig in seiner Traumdeutung dargelegt. Im Anschluß daran stellt er eine enge Beziehung zwischen der hysterischen Imitation und der Identifizierung fest. Was er hier mit Identifizierung meint, ist - wie Heiss (1964, S. 294) es ausdrückt - "jenes Einsfühlen und jene Einswerdung mit einer anderen Person, in der das eigene Ich an deren Stelle tritt und nun deren Rolle übernimmt". Mit der Einbeziehung des Akts der oralen Einverleibung in den Identifikationsbegriff wird dieser jetzt mehrdeutig und unscharf. Die Funktion der Identifikation stellt sich nach Freud einmal als "triebhafter, fast physiologischer Akt" (Heiss S. 296) dar und andererseits erscheint sie "als eine mehr seelische Funktion" (S. 296). Die Amplifikation des Identifizierungsbegriffs geht damit bei Freud vom Vorgang der oralen Einverleibung bis hin zur Verschmelzung mit einer anderen Person.

Nach Wyss (1970) gebraucht Freud die Identifikation, die sich als empirische Beobachtung hauptsächlich in der Nachahmung festmachen läßt, als weitgehenden Versuch, "die Existenz des Subjekts zu leugnen, dieses soll vielmehr, getreu der cartesischen Grundkonzeption, ganz im Pseudoobjekt, zu dem der Andere gemacht wird, aufgehen" (S. 358). Hier schließt sich das Problem an, daß die Identifikation verschiedene Instanzen (Es, Ich, Über-Ich) gerecht werden soll und damit stellt sich die Frage, welcher Teil der Person sich identifiziert.

Dieser offene Fragenkomplex hat nach Wyss zu einer Fülle von Annahmen und Hypothesen geführt, die aber zu einer Aufhellung des Problems wenig beigetragen haben.

Ohne auf die durch die Theoriekonstruktionen Freuds und seiner Schüler bedingte Problematik des Identifikationsbegriffs einzugehen, versteht Elhardt (1971, S. 44) unter diesem Terminus "die Möglichkeit einer Konfliktlösung, sich mit den Motiven, Anschauungen, Meinungen, Befehlen und Verhaltensweisen einer anderen Person gleichzusetzen"; die Identifikation ist als Schutzmechanismus zu verstehen, ihre Loslösung vermittelt "Selbständigkeit, aber auch oft Einsamkeit, ein Weg zur Reife, dem schon aus diesem Grund Grenzen gesetzt sind" (ibid., S. 46).

Der Identifikationsbegriff findet - wie andere Freudsche Termini auch - heute nicht nur im psychoanalytischen Kontext Verwendung, sondern ist zu einem allgemein in der wissenschaftlichen (und der populären) Psychologie benutzten Begriff geworden. In der Beschreibung Elhardts wird dies deutlich und ebenso klingt es in dem definitorischen Bemühen von Toman (1976) an, für den die psychoanalytischen Konstrukte nur noch bedingt beim Umgang mit dem Identifikationsbegriff eine Rolle spielen. Toman sieht den unmittelbaren, subjektiv empfundenen Gewinn, der durch die Identifikation erbracht wird, in dem Gefühl, jene anstrebenswerte bzw. Frustration setzende Person zu sein. "Ziel der Identifikation ist die Reduzierung des Angst- und temporären Regressionszustandes, der durch die Motivdeprivation oder -frustration entstanden ist" (S. 158).

In der Sozialpsychologie wird Identifikation im Sinne von Identifikationslernen verwendet, so etwa klassisch bei Bandura. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß von der Imitation zur Identifikation gleitende Übergänge gegeben sind. So wird länger andauernde Imitation, "insbesondere von Verhalten, dem längerfristige und komplexere Motive zugrunde liegen, zu Identifikation" (Toman 1976, S. 159). Unter sozialer Identifikation versteht man den Vorgang, daß ein Individuum eine starke Verhaltens- oder Denkkongruenz zu einem "Modell" oder Vorbild entwickelt, auf das es dann kognitiv oder emotional stark eingeengt orientiert ist.

Der Status des Forensischen Psychologen als Gehilfe kann in der Identifikation oder Überidentifikation sowohl mit gerichtlichen Psychiatern als auch mit Juristen eine teilweise Erklärung finden. Aus der Sozialpsychologie und hier vor allem aus der Gruppenforschung ist die allgemeine Neigung zur Imitation bekannt. Als Grundphänomen sozialen Lebens wurde Imitation schon von Tarde als Zentralbegriff soziologischer Systembildung begriffen. Imitation und deren Folgewirkung, Konformität, entspringen weniger der rationalen Überzeugung, überkommene Verhaltensformen seien "besser", sondern sie werden in der Gewißheit geübt, durch die Angleichung ein Gefühl der Sicherheit und Bestätigung zu erfahren. Es gibt Hinweise, daß einige Menschen in bestimmten Bereichen, die ihre eigenen Belange wenig berühren, sich ausgesprochen überkonform verhalten. Sie schaffen sich dadurch "sozialen Kredit", sozusagen einen Vorschuß an Wohlwollen und Vertrauen, auf den sie dann später, wenn sie sich in ihrer Bezugsgruppe einmal nicht-konform verhalten, als "Guthaben" zurückgreifen können, um mögliche, durch ihre Nicht-Konformität ausgelöste, aggressive Tendenzen neutralisieren zu können (Schoeck 1969, S. 197f).

Norden (1969) spricht hier direkt von einem "Konformitätsmarkt" mit einer Angebots- und Nachfrageseite. So können Konformität und soziale Anerkennung aufgrund eines bestimmten Regelsystems zwischen den Interaktionspartnern ausgetauscht werden, wobei Anerkennung konformes Verhalten belohnt und Mißbilligung Abweichung bestraft (Brandt und Köhler 1972, S. 1762).

Auf einen weitreichenden Rollen- und Identifikationskonflikt weist Maisch (1973, S. 190) hin: der psychologische oder psychiatrische Sachverständige steht einmal im "Funktions- und Rollen-Kontext von Justiz und Gesellschaft" und gleichzeitig ist er in das Feld integriert, das die eigentliche Basis des Psychologen bzw. Psychiaters ausmacht, nämlich die "Beziehung von Helfenden und Hilfsbedürftigen, wie sie im Arzt-Patienten-Verhältnis konstelliert ist". Sicher ist dieser Rollenkonflikt nicht allen Sachverständigen bewußt: er mag

verdrängt sein oder - worauf Maisch aufmerksam macht - durch Überidentifikation mit dem Richter verdeckt werden. "Die dem Sachverständigen zudiktierte Rollenausrichtung auf den Richter und die darin implizit enthaltene Erwartungshaltung bergen die große Gefahr einer folgenreichen Identifikation oder Überidentifikation mit dem Richter ... Weite Kreise der Straffjuristen scheinen sich offenbar gar nicht im klaren darüber zu sein, daß das implizite Identifikationsangebot des Gehilfen-Konzepts oder der explizite Identifikations-Druck die Beziehung des Sachverständigen zum Angeklagten bereits determinieren, den methodischen Gang der Untersuchung entscheidend und einseitig beeinflussen und zu einer Vorfixierung des Gutachter-Resultates wesentlich mitbeitragen können" (S. 191). Maisch sieht das Ergebnis einer derartigen Rollen-Identifikation sehr deutlich in der Begutachtungspraxis zu Tage treten, was er anschaulich mit einer Reihe von Beispielen belegt.

2.3.3. Standortreflexion gegen unreflektierten Pragmatismus
Inwieweit andere angewandte Wissenschaften von einem reinen Pragmatismus getragen werden, kann hier nicht entschieden werden. Im Falle der Forensischen Psychologie ist diese Einstellung jedoch - wie versucht wurde zu zeigen - wegen der dieser Disziplin inhärenten ausgeprägten Fremdbestimmung besonders gravierend. Die Definition eines Wissenschaftsgebietes allein durch den von außen gesetzten Aufgabenbereich läßt sie als indifferent gegenüber den Zielen des Auftraggebers erscheinen und somit als beliebig einsetzbar.

Waller (1970, S. 42), der diese Problematik pointiert angesprochen hat, fordert darüber hinaus besonders für die Forensische Psychologie eine ausführliche Standortreflexion und zwar umso mehr, "als Psychologie und Jurisprudenz menschliches Verhalten, soweit es Bestandteil ihres gemeinsamen Objektbereiches ist, unter differierenden theoretischen Bezugsrahmen betrachten - d.h.: auf dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen über die Struktur und Dynamik der Persönlichkeit bzw. über die Determination menschlichen Verhaltens, kurz: auf dem Hintergrund konkurrierender Verhaltensmodelle -, abgesehen von der inkompatiblen wissenschaftstheoretischen Orientierung beider Disziplinen."

2.3.3.1. Inkompatible wissenschaftstheoretische Ausrichtung

Für die Jurisprudenz findet man Bezeichnungen wie Kultur- oder Sollenswissenschaft, für die Psychologie Natur- oder Seinswissenschaft. Man spricht auch von einer normativen bzw. empirischen Wissenschaft oder sagt, der Jurist gehe von einer rechtlich-normativen Betrachtungsweise aus, der Psychologe (oder Mediziner) argumentiere von einer seinsmäßig-empirischen Beurteilungsgrundlage aus. Schon dieses Vokabular deutet auf eine verschiedenartige, möglicherweise unvereinbare wissenschaftstheoretische Ausrichtung hin. Zwar finden sich in beiden Disziplinen sowohl empirische als auch

wertende Elemente, wenn auch jeweils mit unterschiedlichem Stellenwert, im Denk- und Forschungsprozeß, "doch gelangen Aufgaben, Betrachtungs- und Vorgehensweisen in Strafrecht und (forensischer) Psychologie nicht zur Deckung ... Es ist wohl richtig gesehen, daß die Strafrechtswissenschaft vor allem das Entscheidungsdenken, die normative Abgrenzung, die Auslegung und die theoretische Strukturanalyse des Verbrechens sowie die prozessualen Voraussetzungen und Wege der Verbrechensverfolgung behandelt. Demgegenüber geht es der Psychologie um die Beschreibung bzw. Messung der Variation von Verhalten und Erleben, um die Analyse der Bedingungen dieser Variation und um die Vorhersage des Verhaltens auf Grund von Gesetzmäßigkeiten" (Kaiser 1973b, S. 201). Die Thematik der verschiedenartigen Ausrichtung von Jurisprudenz und wissenschaftlicher Psychologie soll hier nur "vorgestellt" werden, eine ausführlichere Behandlung erfolgt in Kap. 3.2.

2.3.3.2. Konkurrierende Persönlichkeitsmodelle

Eine Standortreflexion ist weiterhin zu fordern zur Klärung der in Jurisprudenz und Psychologie unterschiedlichen Beurteilung von Struktur und Dynamik der Persönlichkeit. "Das normative Menschenbild der Jurisprudenz und die empirisch gewonnenen Daten menschlichen Verhaltens sind meist nur unter Schwierigkeiten oder gar nicht zur Deckung zu bringen" stellt Müller-Luckmann (1973, S. 217) kurz und treffend fest. Die Differenziertheit und Komplexität empirisch-experimenteller Persönlichkeitsforschung (siehe u.a. Herrmann 1972; Catell 1973; Roth 1974) kann nur schwer Eingang in das normative Menschenbild finden, denn hier steht das Bedürfnis nach Überschaubarkeit, Stringenz und Klarheit im Vordergrund. So liegt es nahe, daß die Ergebnisse der Differentiellen und Persönlichkeitspsychologie von juristischer Seite selektiv aufgenommen werden. Der dadurch entstandene Informationsverlust birgt die Gefahr in sich, psychologische Fakten und Zusammenhänge zu simplifizieren und einer Fehlinterpretation auszusetzen.

Das Interesse der Jurisprudenz an einem überschaubaren und "handlichen" Persönlichkeitsmodell klingt auch aus den Worten Kaisers (1973b, S. 205), der feststellen muß, daß "sich die Erwartungen der Strafrechtler gegenüber den Psychologen dort nicht erfüllen, wo sie ihrer Hilfe in erster Linie bedürften, nämlich in der Frage eines strafjuristisch übersetz- und nachvollziehbaren, also rezeptionsfähigen Persönlichkeitsmodells".

Das mittlerweile überholte Konzept der Schichtenlehre der Persönlichkeit (u.a. Lersch 1938; Rothacker 1938) kam den juristischen Bedürfnissen sehr entgegen. Es übte auf die Vertreter der Rechtswissenschaft eine nicht geringe Faszination aus und wurde anderen, damals von der pluralistischen Psychologie angebotenen Persönlichkeitsmodellen (z.B. Typologien, tiefenpsychologische Modelle) vorgezogen. Gab schon die Mißachtung der Relativität des Schichtenmodells bei der Rezeption für die Rechtswissenschaft von psychologischer Seite Anlaß zur Kritik, so ließen die Erkenntnisse über dynamische und prozeßhafte psychische Vorgänge (vergl. Heiß 1948; Thomae 1955) dieses Modell als zu statisch und damit wissenschaftlich nicht mehr haltbar erscheinen.

2.3.3.3. Konkurrierende Verhaltensmodelle

Die Forderung nach Reflexion des eigenen Standorts ist von Waller (1970, S. 42) deswegen erhoben worden, weil Rechtswissenschaft und Psychologie zwar ein Zielobjekt, das menschliche Verhalten, gemeinsam haben, ihrer Sichtweise aber ein jeweils anderer Bezugsrahmen zugrunde liegt. Neben der unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Orientierung und dem unterschiedlichen Persönlichkeitsmodell läßt sich als dritter Schwerpunkt in diesem Problemkreis die mangelnde Übereinstimmung in der Ansicht über den menschlichen Verhaltensablauf anführen.

So weist Waller (1970) darauf hin, "daß in das normative System der Jurisprudenz Vorstellungen über das menschliche Verhalten eingehen, die, wie z.B. das idealistische Relikt der Willensfreiheitslehre oder ähnliche ratiomorphe Konstruktionen, einer empirisch fundierten Verhaltenstheorie widersprechen" (S. 43). Und an einer anderen Stelle heißt es über die sog. "Schuldtheorie", eines der essentiellen Elemente der Jurisprudenz, daß sie "mit einem ratiomorphen Verhaltensmodell operiert, das, soweit überhaupt rekonstruierbar, auf dubiosen psychologischen Theorien bzw. traditionellen Philosophemen beruht und keineswegs mit den ... Grundzügen eines psychologischen Verhaltensmodells übereinstimmt" (S. 44).

Taten werden als kriminell bezeichnet, wenn sie gegen gesetzlich fixierte Soll-Normen, die eine jeweilige Gesellschaft jeweils als gültig betrachtet, verstoßen. Diese Soll-Normen sind an einem Verhaltensmodell orientiert, das die grundsätzliche individuelle Verantwortlichkeit des Menschen bezüglich seiner Handlungen postuliert. D.h. aus juristischer Sicht ist die willentlich gewollte und gesteuerte Tat und damit die Bewußtheit menschlicher Reaktionen die Regel. Individuelles Verhalten als Resultat vielschichtiger intra-psychischer Interaktionsprozesse läßt sich mit diesem auf einem quasi-psychologischen Vorverständnis beruhenden Modell nicht erklären.

3. DAS VERHÄLTNIS VON PSYCHOLOGIE UND RECHTSWISSENSCHAFT

3.1. Kontroverse Beziehungen zwischen Juristen und Psychologen

3.2. Unterschiede im Selbstverständnis von Jurisprudenz und Psychologie

3.2.1. Wesen und Anspruch der Jurisprudenz

3.2.2. Wesen und Anspruch der Psychologie

3.2.2.1. Das Heterostereotyp des Psychologen

3.2.2.2. Zur Begriffsbestimmung der Psychologie

3.2.2.3. Der Anspruch der Psychologie

3.3. Unvereinbarkeit der anthropologischen Konzepte

3.3.1. Das juristisch favorisierte statische Persönlichkeitsmodell

3.3.2. Die Schuldtheorie als Ausdruck des juristischen Anthropologiekonzeptes

3.3.3. Anthropologische Vorstellungen der modernen Psychologie

3.4. Methodologische Divergenzen

3.4.1. Juristische Denk-Methoden

3.4.1.1. Das Kausalprinzip

3.4.1.2. Kausalitätstheorien

3.4.2. Naturwissenschaftlich-empirische Methoden

3.4.2.1. Das Wahrheitsproblem

3.4.2.2. Genauigkeit von Aussagen

3.5. Hindernisse einer Integration

3. DAS VERHÄLTNIS VON PSYCHOLOGIE UND RECHTSWISSENSCHAFT

Der starken Fremdbestimmtheit in der Forensischen Psychologie und ihrem Theoriedefizit liegen bestimmte Ursachen zugrunde. Zu einem nicht geringen Teil sind sie in den methodologischen Divergenzen, in den unterschiedlichen Denk- und Arbeitsweisen, in dem andersgearteten Wissenschaftsverständnis von Sollens- und Seinswissenschaft zu vermuten und darüber hinaus sicherlich auch in dem jeweils anders gearteten Selbstverständnis von Jurisprudenz und Psychologie und ihren inkompatiblen anthropologischen Modellen. Da diese Faktoren Hindernisse für eine effektive Kooperation zwischen Juristen und Psychologen darstellen und in besonderem Ausmaß, solange sie "unterschwellig" wirken und konkret-rational nicht faßbar sind, soll im folgenden Kapitel versucht werden, diese Bedingungen transparenter werden zu lassen.

3.1. Kontroverse Beziehungen zwischen Juristen und Psychologen

Jurisprudenz und Psychologie unterscheiden sich in ihrer Denk- und Arbeitsweise, sie sind sich hier in vielfacher Weise fremd, teilweise direkt konträr. Die Ordnung zwischenmenschlicher Beziehungen zu schützen und zu erhalten, charakterisieren richterliches Bestreben, psychologische Zielsetzung und Aktivität dagegen orientiert sich an allgemeinen psychohygienischen Erfordernissen und dem individuellen Bedürfnis des Klienten. Der forensisch tätige Jurist wirkt in den wesentlichen Phasen seiner beruflichen Tätigkeit vor einem Publikum, also in der Öffentlichkeit. Das Arbeitsfeld des (klinischen) Psychologen hat dagegen in der Regel privaten, oft nahezu intimen Charakter. Die während Berufsausbildung und -praxis an den juristischen und psychologischen Rollenträger herangeführten jeweils unterschiedlichen Erwartungshaltungen verstärken in emotionaler und intellektueller Hinsicht die Rolleninkompatibilität. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn G. Kaiser (1973b, S. 196), die Frage danach stellt, warum "die wissenschaftliche Begegnung zwischen Psychologie

und Strafrecht so heikel und konfliktbelastet sowie die bisherigen Versuche der Zusammenarbeit in ihrem Ertrag so dürftig ausgefallen sind".

Der Versuch, an die Beantwortung dieser Frage heranzugehen, führt über das obengenannte hinausgehend als erstes auf die Unterschiedlichkeit kognitiver Prozesse bei der vorherrschend normativen Betrachtungsweise des Juristen und der naturwissenschaftlich-kausalen des Psychologen. Würtenberger spricht (1954, S. 211) in diesem Zusammenhang von einer Kluft, die zwischen der vornehmlich seinsmäßig-empirischen Betrachtung des naturwissenschaftlichen Sachverständigen und der rechtlich-normativen Sichtweise des Juristen besteht. Und Jessnitzer (1973, S. 56f) schreibt dazu: "Der Richter denkt anders als der Philosoph, der Historiker, der Künstler, der Pädagoge, der Volkswirt, der Verwaltungsbeamte, der Arzt usf. Zwar legen alle Vorgenannten ihren Denkvorgängen die Gesetze der Logik zugrunde, aber Ausrichtung und Ziel ihres Denkens stimmen nicht immer überein, da die verfolgten Zwecke verschiedene sind ... Die Naturwissenschaft sammelt Erfahrungen durch Beobachtung des Naturgeschehens und Experimente, leitet hieraus Naturgesetze ab und stellt Theorien auf. Sie ist seinsbezogen. Die Rechtswissenschaft, deren letzter Zweck in der Ordnung der menschlichen Beziehung liegt, ist wertbezogen".

Literatur und Praxis lassen unschwer erkennen, daß es dem Psychologen in allgemeinen nicht leicht fällt, "in das juristische insbesondere in das strafrechtliche, oft als dogmatisch bewertete Denksystem einzudringen. Der Platz, der ihm dort als Sachverständiger eingeräumt wird, empfindet er oft als zu eng, die seiner Wissenschaft impliziten emanzipatorischen Selbstverständlichkeit fühlt er beschnitten und sich im traditionellen Rollenkonzept Richter-Sachverständiger durch die Entscheidungsallmacht des Juristen degradiert.

Auf der anderen Seite sind Rolle und Aufgabe der Psychologie von juristischer Seite umstritten. Die zunehmende Einflußnahme auf das Strafrecht wird als bedenklich oder sogar als entbehrlich angesehen" (Liebel u. Uslar 1976, S. 11f).

Dieser Meinung steht aber beispielsweise die Auffassung gegenüber, daß mit der Psychologisierung die Gefahr einer allmählichen Verdrängung des Richters durch den Sachverständigen herbeigeführt wird. Und Bockelmann (1968, S. 252) kennzeichnet sogar die "gegenwärtige Epoche der Entwicklung des Strafrechts ... als die seiner Emanzipierung von der Moral, aber zugleich als die seiner Unterwerfung unter die Psychologie".

Bereits diese kurzen Ausführungen verdeutlichen die Vielschichtigkeit des Verhältnisses zwischen Psychologie und Jurisprudenz. Dabei scheinen sich die kontroversen Aspekte nicht so sehr aus der bei den Rechtsgelehrten umstrittenen Rolle des Psychologen zu rekrutieren, sondern, was das Verhältnis kompliziert, sind nach G. Kaiser (1973b, S. 200) vor allem "unterschiedliche Fragestellungen, Denkweisen, Begriffe und Sprachen, sehr verschiedene berufliche Sozialisationsformen und Verfahrensweisen, die einer engen Zusammenarbeit Grenzen setzen. Lassen sich für das Verhältnis von Kriminologie und Strafrecht im Gegenstand, dem Verbrechen, sowie in der Funktion der Verbrechenskontrolle noch Gemeinsamkeiten finden, zwischen Strafrecht und Psychologie werden die Hindernisse zum Teil unüberwindlich. Wohl ist es der forensisch orientierten Psychologie als angewandter Wissenschaft vielfach gelungen, die trennenden Gräben zeitweise zu überbrücken. Aber das herkömmliche Sachverständigenmodell mit der Entscheidungszuständigkeit des Juristen bringt den Sachverständigen in eine Prozeßrolle, die der Psychologe als 'verunglückt' beurteilt. Denn alle vorhandenen reformatorischen Absichten und Überzeugungen müsse der Sachverständige bei der Erledigung seines Gutachtenauftrages außer acht lassen". Bevor nun detaillierter und differenzierter auf die Momente eingegangen wird, die die Divergenz in erster Linie bedingen - anthropologische Konzepte und Methodologie - soll angedeutet werden, wo die Unterschiede im Selbstverständnis von Jurisprudenz und Psychologie im wesentlichen liegen. Durch den Versuch, Wesen und Anspruch der beiden Disziplinen zu charakterisieren, soll dies erreicht werden.

3.2. Unterschiede im Selbstverständnis von Jurisprudenz und Psychologie

3.2.1. Wesen und Anspruch der Jurisprudenz

Die Jurisprudenz oder Rechtswissenschaft rechnet man meist zu den "Geisteswissenschaften" (Engisch 1972, S. 39) - andererseits gibt es immer wieder Stimmen, "die der Jurisprudenz den Charakter einer 'Wissenschaft' überhaupt absprechen" (Larenz 1975, S. 5). Auf dem Boden eines positivistischen Wissenschaftsverständnisses, nach dem man - außer in der Mathematik und Logik - nur von beobachtbaren Tatsachen wissenschaftliche Erkenntnisse gewinnen kann, gilt als einzig mögliche Wissenschaft vom Recht die formale Rechtslehre. Neigt man dieser neukantianistischen Denkweise nicht zu, wird man mit Larenz (1975) die Jurisprudenz als Wissenschaft ansehen, da "sie Methoden entwickelt hat, die auf eine rational nachprüfbare Erkenntnis des geltenden Rechts abzielen"; die Rechtswissenschaft ist darüberhinaus "eine 'verstehende' Wissenschaft, die ein ihr gegebenes 'Material', nämlich Normen und Institute eines 'positiven' Rechts, in bestimmter Weise zu deuten unternimmt" (S. 6).

Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, die die Wirklichkeit erklären wollen und im Gegensatz zu den Sozialwissenschaften, die sie erklären und deuten wollen, versucht die Jurisprudenz, die Rechtsnormen oder -regeln in ihrem inneren Zusammenhang verstehend herauszuarbeiten und Inhalt und Strukturen dieser Regeln systematisch zu deuten. Dabei stützt sie sich auf die traditionelle juristische Methodik von System, Konstruktion und Interpretation. Die Interpretation der (Straf-) Gesetze wird nach verschiedenen Auslegungsmethoden vorgenommen: der grammatisch-philologischen Auslegung liegt die denotative Wortbedeutung zugrunde; die systematisch-dogmatische Auslegung zielt auf den Bedeutungszusammenhang der Rechtsnorm und die ihr zugrunde liegende begriffliche Systematik ab; die historische Auslegung orientiert sich an der Entstehungsgeschichte des Gesetzes und der Regelungsabsicht des Gesetzgebers; die objektiv-teleologische Auslegung ist auf Sinn und

Zweck, den ein Gesetz verwirklichen soll, ausgerichtet (Venzlaff 1973, S. 11ff; Larenz 1975, S. 307ff).

Die (Straf-) Rechtswissenschaft wird zu den Wertlehren gerechnet. Sie ist eine "normative Wissenschaft" und damit zugleich Geisteswissenschaft, denn "Normen sind vom menschlichen Geist geschaffene Gebilde, deren Gehalt sich nur dem für alle Geisteswissenschaften charakteristischen 'Verstehen' erschließt" (Engisch 1972, S. 39). Rechtsnormen verstehen sich als Sollens-Sätze, sie sind keine Ist-Sätze, denn sie geben nicht wieder, was real ist oder geschieht, sondern nur, was unter ganz bestimmten Voraussetzungen sein soll oder eintreten soll.

Diese Zuwendung der Jurisprudenz zu den normativen Wissenschaften hat es mit sich gebracht, daß an ihrer "Wissenschaftlichkeit" Zweifel angemeldet wurden, denn ganz allgemein ist die Berechtigung von normativen Wissenschaften teilweise in Frage gestellt worden. So hat etwa Kelsen in seiner "Reinen Rechtslehre" (1934) und in anderen Schriften zu beweisen versucht, daß eine Wissenschaft, deren Basissätze überwiegend aus Normen bestehen, nicht möglich sei, und daß logische Argumentationsformen nicht auf Normen anwendbar seien (Weingartner 1971, S. 133). Der Wissenschaftstheoretiker Weingartner (1971) hat diese von vielen Rechtstheoretikern aufgegriffenen Behauptungen kritisch zurückgewiesen und die Möglichkeit normativer Wissenschaften betont.

Weingartner (1971, S. 133) bezeichnet eine Wissenschaft dann "und nur dann" als normativ, wenn diejenigen Sätze, die in der betreffenden Wissenschaft erklärt werden, normative Sätze, d.h. Normen, Regeln (vorwiegend: Basisnormen) sind.

Die Erklärung besteht bei den normativen Wissenschaften vorwiegend darin, daß Sätze (Normen), die individuell Gebotenes (individuell Verbotenes, individuell Erlaubtes) ausdrücken, aus universellen Gesetzen, Theorien, Normensystemen, die normative Strukturen darstellen, mit Hilfe von einschränkenden

Bedingungen deduktiv abgeleitet werden. Man kann sagen, daß diese Normen dadurch erklärt sind, aber auch - mehr realistisch gesprochen - daß das von ihnen dargestellte individuell Gebotene dadurch erklärt ist. Zu den normativen Wissenschaften kann die (normative) Rechtswissenschaft gerechnet werden".

Wenn der Jurist von der Norm her einzelne Sachverhalte beurteilt, so fragt er, ob sich ein Geschehen einer Norm subsumieren läßt oder ob es einer Norm entgegensteht. So lautet ein "Axiom der Rechtswissenschaft: Jedwedes menschliche Handeln läßt sich beurteilen als Beachtung oder Mißachtung von Rechtsnormen - oder aber als rechtlich irrelevant. Solche Einstellung kennzeichnet die Jurisprudenz als normative Wissenschaft, d.h. als Disziplin, die ihren Gegenstand nach Regeln beurteilt oder bewertet: wie etwa die Ästhetik Dinge als schön oder häßlich, die Ethik menschliches Verhalten als gut oder böse, die Logik Aussagen als richtig oder falsch. Der Jurist denkt normativ, weil er stets Normen impliziert und appliziert. Von Normen her sucht er das Sozialgeschehen aufzugliedern und zu verstehen, und jede Aussage hierüber wird aus dem Sinnzusammenhang der Gesamtrechtsordnung erschlossen. Die spezifisch juristische Methode ist gerade darauf gerichtet, diesen ständigen Normenbezug her- und sicherzustellen. Dies unterscheidet sie von soziologischen Methoden der Wirklichkeitserschaffung" (Dubischar 1968, S. 10f).

Die Unterschiedlichkeit der Normen gestatten der Jurisprudenz keinen hohen Grad an Homogenität und Peters (1967) weist ausdrücklich auf die verschiedensten Elemente hin, die hier zusammenkommen. Grundvorstellungen, die dem ethisch-sittlichen Bereich entstammen überlagern sich mit historisch und kulturell gewachsenen Normen. Ergänzend hierzu stehen Vorschriften aus komplexen sozialen, ökonomischen und politischen Bereichen. Weitere Unterschiede ergeben sich dadurch, daß einige gesetzliche Regelungen vornehmlich der Gerechtigkeitsidee verpflichtet sind, andere sind mehr auf die Rechtssicherheit hin orientiert, andere wiederum beruhen hauptsächlich auf Zweckmäßigkeitsüberlegungen. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, nämlich die künstlich-kunstvolle Formung mancher Gesetzesbestimmungen zu dem Zweck, sie einem wissenschaftlich-methodischen System formallogisch passend einzugliedern.

3.2.2. Wesen und Anspruch der Psychologie

3.2.2.1. Das Heterostereotyp des Psychologen

In das Selbstverständnis einer Wissenschaft geht u.a. auch das Fremdbild mit ein, das Außenstehende von ihr besitzen. So wird die Psychologie nicht zuletzt von Meinungen und Erwartungen geprägt, die Gruppen oder "die Gesellschaft" von ihr haben. Es scheint nun so, daß gerade die Psychologie durch ambivalente Erwartungshaltungen und Einstellungen gekennzeichnet ist. Hartmann (1970, S. 14) meint, "es gehört zum Stereotyp des Psychologen, daß sein Kompetenzbereich und seine Fähigkeiten selten sachgerecht eingeschätzt, sondern in der Regel überschätzt oder unterschätzt werden ... Dieses ambivalente Heterostereotyp wird in der affektiv geladenen Situation, in der man einen Psychologen braucht, außerordentlich verstärkt." Und an einer anderen Stelle heißt es, daß das öffentliche Image des Psychologen und sein Selbstbild noch wenig klar umrissen sind; dagegen ist beispielsweise der Arztberuf "in seiner jahrtausendealten Tradition fest im Wert- und Rollensystem der Gesellschaft verankert; der Psychologe, dessen Wissenschaft und Berufspraxis nicht älter sind als dieses Jahrhundert, ist noch auf der Suche nach einem umschriebenen Selbstbild und nach einer berufsständischen Ordnung und Sicherung" (ibd., S. 17).

Wie unterschiedlich die Vorstellungen über das Fach "Psychologie" selbst in einer ausgewählten Stichprobe von psychologischen Studienanfängern, mittleren Semestern und examinerten Psychologen sind, stellten Orlik et al. (1971) in einer empirischen Untersuchung heraus, in der die Meinungen der drei Gruppen miteinander verglichen wurden.

Das Sozialprestige des Psychologen läßt sich mit dem des Arztes, obgleich beide Berufsrollen viele Gemeinsamkeiten aufweisen, nicht vergleichen. Besonders wenn der Psychologe mit anderen Berufsgruppen zusammenarbeitet, zeigt sich sein relativ geringes Prestige, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß er nicht selten zum Hilfspersonal gezählt wird (Hartmann 1970, S. 19).

3.2.2.2. Zur Begriffsbestimmung der Psychologie

"Psychologie scheint ein sehr eingebürgerter, aber auch ein sehr unverbindlicher Begriff zu sein" stellen Gattig und Viebahn (1972, S. 14) nicht zu Unrecht fest. Denn was Psychologie ist, kann heute nicht verbindlich und in allgemeinem Konsens gesagt werden. Aus der Vielzahl der Meinungen sei ein recht überzeugender Definitionsversuch vorgestellt. Die wissenschaftlich-empirische Psychologie ist nach einer Definition von Thomae (1970, S. 1f) der Versuch, das Verhalten und Erleben des Menschen wissenschaftlich-methodisch zu erfassen. Das heißt mit anderen Worten, der Psychologe beschreibt bzw. mißt die Variation von Verhalten und Erleben, er analysiert die Bedingungen und er versucht, soweit es geht, das Verhalten aufgrund von Gesetzmäßigkeiten vorherzusagen. Eine Reihe von Forschungsansätzen, die als gleichwertig, aber teilweise sehr unterschiedlich angesehen werden müssen, fühlt sich diesem Anspruch verpflichtet und macht gleichzeitig deutlich, daß wissenschaftliche Psychologie heute als ein "pluralistisches System" begriffen werden muß. Mit der Charakterisierung der juristischen und psychologischen Wissenschaftsdisziplin wurde deren Heterogenität und Vielschichtigkeit deutlich. Diese Komponente sieht allerdings Müller-Luckmann (1973, S. 215f) geradezu als Stärke der wissenschaftlichen Psychologie an, nämlich daß sie sich aus einer Vielzahl von Denkansätzen rekrutiert und daß ihre Forschungsergebnisse durch Differenziertheit und Komplexität gekennzeichnet sind. Denn letztlich könne dem "Gegenstand Mensch" nur eine Vielzahl von flexibel gehandhabten methodischen Ansätzen gerecht werden. Bei aller Vielfalt konstatiert die Autorin jedoch in einem Punkt Einmütigkeit unter den Psychologen: das am Experiment orientierte Prinzip ist anerkannte Maxime. Demnach sollten also alle Aussagen über menschliches Verhalten und Erleben, deren zugrundeliegende Bedingungen und mögliche Entwicklungen empirisch überprüfbar sein.

3.2.2.3. Der Anspruch der Psychologie

Auch ohne Beschäftigung mit psychologischen Theorien hat jeder Vorstellungen und Erfahrungswerte von anderen Menschen. Man vertraut auf seine Menschenkenntnis. Inhaltlich unterscheidet sich dabei die Psychologie von der allgemeinen Menschenkenntnis in vielen Bereichen nicht wesentlich. Das relevante Unterscheidungskriterium ist, daß wissenschaftlich-psychologische Erkenntnisse im Gegensatz zur Alltagspsychologie mit bestimmten, genau festgelegten Methoden gewonnen werden. Im Anspruch der wissenschaftlichen Psychologie liegt das Bemühen, Beobachtbares unter Zugrundelegung von bestimmten Gesetzmäßigkeiten erklären und vorherzusagen zu können. Dabei besteht nach Ekman und Lundberg (1969, S. 169) bei der Erklärung eines konkret beobachteten Phänomens der Wunsch, "einen 'Context' der allgemeinen Prinzipien vorgelegt zu bekommen, in die das Phänomen eingefaßt werden kann".

Wenn man im täglichen Leben ständig auf Menschenbeurteilung angewiesen ist - um nur ein Beispiel zu nennen -, diese aber mit dem "gesunden Menschenverstand" nur sehr beschränkt durchzuführen vermag, dann dürfte der Anspruch der Psychologie, mit ihren wissenschaftlichen Möglichkeiten "Besseres zu leisten", nicht ohne sachliche Begründung zurückgewiesen werden.

3.3. Unvereinbarkeit der anthropologischen Konzepte

3.3.1. Das juristisch favorisierte statische Persönlichkeitsmodell

Wie Müller-Luckmann (1973, S. 217) überzeugend ausführt, läßt sich zwischen dem normativen Anthropologie-Konzept der Jurisprudenz und dem empirisch abgesicherten Person-Konzept der Psychologie keine oder nur eine teilweise Übereinstimmung finden: "Das normative Menschenbild reduziert die auf dem Wege empirischer und experimentell arbeitender Forschung gewonnenen Erkenntnisse in der Regel und muß folgerichtigerweise mehr oder weniger von der Realität abweichen."

"Der Mensch ist kein leicht und endgültig klassifizierbares Objekt, er ist vielmehr ein einzigartiges, mannigfaltiges Gefüge von Wesenszügen, das sich fortwährend in der Veränderung befindet. Zur Bezeichnung dieser menschlichen Eigenart hat man in der Psychologie den Begriff 'Persönlichkeit' geprägt, eine Bezeichnung, die im einzelnen sehr unterschiedlich definiert wird - der amerikanische Psychologe G.W. Allport konnte schon 1937 nicht weniger als 50 Persönlichkeitsdefinitionen zusammenstellen -, die aber doch allgemein die genannten Merkmale der Einzigartigkeit, Veränderlichkeit und der zusammenhängenden Einheit des Menschen umfaßt" (Gattig u. Viebahn 1972, S. 11). Diese Auffassung eines dynamischen Persönlichkeitsmodells kann den juristischen Bedürfnissen wenig entgegenkommen, die eher auf ein klares und statisches Klassifikationskonzept ausgerichtet sind.

Man geht kaum fehl, wenn man das Modell vom Menschen, das der juristischen Argumentation und Literatur als Bild "vorschwebt", einer Persönlichkeitspsychologie zuordnet, die Rohr (1972, S. 14) als einen unvermittelten Ausdruck philosophisch, abendländischer Tradition bezeichnet, und zwar, weil sie sich, meist unausgesprochen, einer individualistischen Anthropologie und einer idealistischen Philosophie anschließt, beides Richtungen, denen das Primat von dem der Umwelt gegenüber unabhängigen Individuum inhärent ist.

In diesem Persönlichkeitsmodell wird die Separierung von substantieller Innenwelt als Psyche und substantieller Außenwelt als Natur bzw. objektive Realität dogmatisch eingehalten. Außerdem wird die Veränderung der menschlichen (erwachsenen) Person in der Zeit als nicht-existent ignoriert oder die Veränderung wird, wenn sie in einer Analyse unübersehbar wird, als störende Ausnahmeerscheinung eliminiert. "Man geht aus von der Vorannahme, daß eine Person oder eine Gruppe aus einem relativ beharrenden statischen Gefüge von Elementen besteht, daß jedes Einzelelement seinen Beitrag zum Funktionieren, zur Integration und zur Aufrechterhaltung dieses Gefüge leistet und zwischen den Elementen Affinität,

Harmonie, Gleichgewicht, Konsensus herrscht als Bedingung der Unveränderlichkeit des personalen oder des Gruppensystems" (Rohr 1972, S. 13).

So findet man in der juristischen Literatur noch überwiegend die Auffassung vertreten, die menschliche Psyche lasse sich sozusagen in verschiedene "Bereiche" einteilen; so werden kognitive, emotionale, voluntative Bezirke gegeneinander abgegrenzt. Es ist offensichtlich, daß dabei, wenn auch nicht immer explizit ausgedrückt, das in der Jurisprudenz favorisierte, aber mittlerweile antiquierte Modell vom Schichtenaufbau der Persönlichkeit im Hintergrund steht.

Diese Vorstellung beinhaltet, daß - als oberste Schichten - rationale und voluntative Kontrollfunktionen grundsätzlich "einsatzbereit" sind; damit wäre auch das menschliche Verhalten als nahezu durchgängig durch Bewußtheit charakterisiert. Mit dieser Präferenz statischer Persönlichkeitskonzepte, werden Modelle bevorzugt, "in denen sich nicht-normorientierte gegen normorientierte Bereiche abheben lassen, deren sich der 'gesunde, normale Mensch' nur zu bedienen braucht, um rechtens zu handeln" (Müller-Luckmann 1973, S. 217).

Die Vorstellung unterschiedlicher seelischer Schichten (im Einklang mit "frühen" und "späten" Phasen der Ontogenese) ist eine der ältesten anthropologischen Gedanken. Bereits Plato unterschied eine "anima vegetativa", "anima sensitiva" und den "nus".

Die eigentlich psychologischen Schicht-Modelle der Persönlichkeit wurden vor allem von Hoffmann (1935), Lersch (1938), Thiele (1940) und Rothacker (1941) entwickelt. Generell umschreiben die tieferen, biologisch älteren Schichten den "primitiven Teil" der Person, also Trieb-, Instinkt- und Affektbereich. Die darüber gelagerten höheren, biologisch jüngeren Schichten umfassen den Oberbau des Menschen. Teilweise werden den einzelnen Schichten physiologisch-anatomische Korrelate zugesprochen: die tiefen Schichten sind an die phylogenetisch älteren Teile des Gehirns, das Stammhirn, gebunden, der Oberbau an den Kortex. Wenn sich auch die ein-

zernen Schichten in relativer Selbständigkeit abgrenzen lassen, so muß man sie sich gleichzeitig als in hierarchischer Anordnung funktionell verbunden vorstellen. Generell üben die jeweils höheren Schichten auf die unter ihnen liegenden einen regulierenden und dominierenden Einfluß aus.

Die Ontogenese des Menschen wird als Überschichtung der primitiven, frühen durch höhere, kortikale Schichten bzw. als deren sukzessiver Aufbau beschrieben. Bei geistiger Erkrankung spricht man dagegen von einem Schichtabbau - eine Vorstellung von besonderer Relevanz für die Jurisprudenz. Zuerst sind die höheren Schichten betroffen, so daß die Qualitäten der unteren, also Triebhaftigkeit, unbeherrschte Affektivität u.a., sich ungehemmt auswirken können.

Mit dem Modell des Schichtenaufbaus der Persönlichkeit habe, wie neben anderen Juristen auch Maurach (1971) meint, die Psychologie die funktionelle Dominanz des personellen Oberbaus und damit die "personale Freiheit" nachgewiesen. Abgesehen von grundsätzlichen Einwänden gegen das in der forensischen Literatur vielfach anzutreffende Konzept einer funktionellen Dominanz von "personellem Oberbau" über den "endothyment Grund", von "Personenschicht" über "Tiefenperson" oder von "Ich" über "Es", entbehrt es selten einer nicht unerheblichen Simplifizierung. Zudem wird häufig die dem Schichtenmodell systembedingt implizite statische Komponente überbetont.

3.3.2. Die Schuldtheorie als Ausdruck des juristischen Anthropologiekonzeptes

Die Schuldtheorie durchzieht die gesamte Rechtswissenschaft und erweist sich als eines ihrer bedeutendsten Prinzipien; für das Strafrecht stellt sie das Fundament dar. Die Schuldtheorie kann nicht als Resultat empirisch-naturwissenschaftlicher Tradition angesehen werden, vielmehr muß man hier von einer unzweideutig philosophischen Prämisse sprechen (Jescheck 1962, S. 210).

'Nach der Maxime "keine Strafe ohne Schuld" geht das Strafrecht davon aus, daß der Täter für eine inkriminierte Tat nur dann verantwortlich ist, wenn er sich auch anders hätte verhalten können, wenn er nur gewollt hätte. An dieser Stelle, nämlich der Möglichkeit der freien Willensbildung, ist der Streit um den strafrechtlichen Schuldbegriff zentriert. Die Entscheidung wurde und wird zwischen den Polen des Determinismus und des Indeterminismus gesucht. Der erste Standpunkt besagt bekanntlich, daß die menschlichen Willenshandlungen durchgängig durch innere und äußere Faktoren umfassend bestimmt seien und daß es daher keine Willensfreiheit gäbe. Demgegenüber meint der Indeterminismus, daß Wollen und Handeln in völliger Beliebigkeit des Individuums stehen. Der Jurist stellt sich nun (nach Jescheck 1962, S. 210) die Willens- und Entscheidungsfreiheit so vor, daß das Individuum entscheidenden Anteil an der Auswahl der Antriebe hat, die sein Handeln bestimmen" (Liebel u. Usler 1975, S. 113f).

Mit der Problematik des Schuldprinzips sieht sich die Jurisprudenz zwangsläufig mit Fragen nach ihrem Anthropologie-Bild konfrontiert. In einer oft zitierten Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 18.3.1953 werden die Konturen dieses Bildes umrissen: "Schuld ist Vorwerfbarkeit. Mit dem Unwerturteil der Schuld wird dem Täter vorgeworfen, daß er sich nicht rechtmäßig verhalten, daß er sich für das Unrecht entschieden hat, obwohl er sich rechtmäßig verhalten, sich für das Recht hätte entscheiden können. Der innere Grund des Schuldvorwurfs liegt darin, daß der Mensch auf freie, verantwortliche, sittliche Selbstbestimmung angelegt und deshalb befähigt ist, sich für das Recht und gegen das Unrecht zu entscheiden, sein Verhalten nach den Normen des rechtlichen Sollens einzurichten und das rechtlich Verbotene zu vermeiden, sobald er die sittliche Reife erlangt hat und solange die Anlage zur freien sittlichen Selbstbestimmung nicht durch die in § 51 StGB genannten krankhaften Vorgänge vorübergehend gelähmt oder auf Dauer zerstört ist".

Die Schuldlehre läßt neben ihrem dogmatischen Teil die Rezeption nicht weniger Elemente der psychologischen Forschung erkennen. So finden sich in ihr Vorstellungen über die kognitive, emotionale und voluntative Genese, über Persönlichkeitsstypologien und -strukturen, über Entscheidungsprozesse und Konfliktlösungen etc. Aber nicht alle psychologischen Annahmen wurden der zuständigen Wissenschaftsdisziplin entnommen. Zwar verfahren so - wie Thomae und Schmidt (1967, S. 328) schreiben - im allgemeinen die Juristen Mezger, Welzel, Lange oder Jescheck, andererseits aber berief man sich von Seiten der juristischen Autoren bezüglich "der fundamentalen Einsichten über den Zusammenhang von Motivation und Handlung auf das Zeugnis des gesunden Menschenverstandes (Bockelmann)" und andererseits "auf Wiedererweckungen 'anthropologischer' (d.h. idealistischer) Konzeptionen in der Psychologie (Lange 1964)".

Wenn z.B. Maurach (1971, S. 424) und Jescheck (1957, S. 275) die Meinung vertreten, die strafrechtliche Willensfreiheitslehre bzw. das Schuldprinzip sei durch naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse der modernen Psychologie abgedeckt, so steht hinter dieser Ansicht das Modell des Schichtenaufbaus der Persönlichkeit und seine Rezeption in das Strafrecht.

"Mit der Reduktion des Problems der strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf das der funktionellen Dominanz des personellen Oberbaus" wurde nach Thomae und Schmidt (1967, S. 331) von den Strafrechtslehrern Maurach, Jescheck und Welzel die Fähigkeit zur normgerechten Verhaltenssteuerung in den Funktionsbereich einer bestimmten Schicht des statischen Persönlichkeitsmodells hineinverlegt. Mit diesem Rückgriff auf eine psychologische Konzeption im Sinne von Rothacker und Lersch vermeinte man von juristischer Seite ein empirisch untermauertes Fundament zu besitzen.

Bis zu einem gewissen Grade stimmen Thomae und Schmidt dieser Konstruktion zu: "Da die normorientierte Reaktion, die 'Überformung', immer dann wahrscheinlicher wird, wenn die Situation eine Aufforderung an übergreifende und planende Instanzen der Persönlichkeit richtet, können die Voraussetzungen für das Vorliegen von 'Einsichts-' und 'Willensfähigkeit' 'im allgemeinen' als gegeben angesehen werden"

(S. 331). Einen Widerspruch zwischen empirisch anthropologischen Verhaltenstheorien und der Lehre vom Schuldstrafrecht sehen die Autoren allerdings bei der Definition des "allgemeinen" Falls: Denn "die Reichweite jener 'im allgemeinen' gegebenen Fähigkeit zur prospektiven Überformung des Verhaltens, d.h. zur Einsichts- und Willensfähigkeit kann von einer statischen Auffassung der Persönlichkeit her bestimmt werden. Dann sind 'personeller Oberbau' bzw. 'Ich' feste, beharrende Gefüge, die auf einem ebenfalls als relativ 'fest' angesehenen 'Grund' aufrufen" (S. 332). Diese Auffassung entspricht allerdings nicht mehr den verhaltens- und persönlichkeits-theoretischen Vorstellungen der modernen Psychologie.

3.3.3. Anthropologische Vorstellungen der modernen Psychologie

Das menschliche Individuum ist, wie bereits gesagt, kein leicht und vollkommen klassifizierbares Objekt, sondern ein komplexes Gebilde mit einer Vielfalt von Einstellungen, Motivationen, Reaktionsweisen etc. Man spricht vom Menschen als einem "Wesen mit Möglichkeiten", wobei die inter- und intraindividuell verschiedenen Möglichkeiten nicht endgültig festgelegt sind. Dieser anthropologischen Sichtweise entspricht auch die These von der "Weltoffenheit" des Menschen, "deren primäres Merkmal ja die Ausgesetztheit an die Aufforderungscharaktere der jeweils einwirkenden Situation, und nicht etwa die Unempfindlichkeit gegenüber diesen Aufforderungscharakteren ist" (Thomae und Schmidt 1967, S. 334). Von diesem Standpunkt aus kann das menschliche Verhalten nicht mehr als "das Resultat des 'Gebrauchs' oder 'Nichtgebrauchs' einer generell vorauszusetzenden dominanten Steuerungsfunktion erscheinen, sondern als das einer Vielfalt von Interaktionsprozessen, welche auch jene Dominanzverhältnisse beeinflussen können" (ibd., S. 334).

Spätestens durch die Arbeiten von Heiß (1948) und Thomae (1955) mußte die Vorstellung von einem statischen Persönlichkeitsmodell zugunsten einer dynamischen Persönlichkeitsinterpretation aufgegeben werden. Außerdem war das "Grundkonzept einer Möglichkeit zur Ordnung der Welt durch die Annahme einer dauerhaft nach Prinzipien des Rechts geordneten Persönlichkeitsstruktur" (Thomae und Schmidt 1967, S. 333) durch tiefenpsychologische Erkenntnisse fragwürdig geworden,

nach der von einer ständigen Veränderung der Dominanzverhältnisse von "Ich" und "Es" im Sinne von Freud auszugehen ist. Der Glaube, "man könne die beabsichtigte Verewigung des Schuldstrafrechts durch wissenschaftlich-empirische Argumente stützen" (ibd., S. 333), wurde jedoch weniger durch die Freudsche Tiefenpsychologie erschüttert als durch die Gutachtertätigkeit namhafter Psychologen (vor allem Un-
deutsch, Metzger und Thomae), bei denen das Konzept eines statischen Persönlichkeitsaufbaus mit einer klaren Trennung der jeweiligen psychischen Bereiche keinen Platz mehr hatte.

Den theoretischen Hintergrund über die Vorstellung menschlichen Verhaltens, dem sich nicht nur die genannten Autoren verpflichtet fühlen, sondern der zum Selbstverständnis heutiger Psychologie zu zählen ist, hat Graumann (1970, S. 125f) wie folgt formuliert: "Die Zeit der isolierten Betrachtung von Trieben, Bedürfnissen und Motiven wird Geschichte. An ihre Stelle tritt die Einsicht, daß die Interaktion von motivierender Situation und motiviertem Subjekt das Grundthema wird. Motivierende Situation ist eben nicht identisch mit Reizkonstellation. Gemeint ist vielmehr der immer dem Lebewesen etwas bedeutende Bezugsrahmen seines Verhaltens, der sich nach Anreizen, Aufforderungs-Charakteren, Gefahren und Verlockungen, Warnungen und Hinweisen, Mitteln und Zwecken artikuliert; der Normen impliziert, die im Verlauf eines Sozialisationsprozesses durch Erziehungsstile sehr verschiedener Ausprägung vermittelt und internalisiert werden; der Informationen enthält, die für bestimmte Zwecke ausreichend, für andere unzulänglich, für wieder andere widersprüchlich sind.

Motiviertes Subjekt meint nicht einfach stimulierter Organismus, gleich ob wir dabei nur an Außenreize oder auch an propriozeptive Reizung denken. Gemeint ist vielmehr, daß ein wahrnehmendes und handelndes Subjekt von dem Eigenschaftsrelief seiner Umwelt und Mitwelt in verschiedenster Weise affiziert wird, die es berührenden Gegebenheiten gefühls-

mäßig oder urteilend einschätzt und sich mit ihnen auseinander setzt; es nimmt Künftiges vorweg und geht Risiken ein, indem es sich entscheidet, sich in dieser oder jener Hinsicht zu seiner Umwelt und seinen Mitmenschen zu verhalten. Überdauernde Motivationslagen und aktuelle situationsspezifische Motive wirken dabei in komplexer Weise zusammen".

3.4 Methodologische Divergenzen

Das Verhältnis von Psychologe und Jurist wird nicht nur von Unterschieden im Selbstverständnis von Rechtswissenschaft und Psychologie und durch die Unterschiedlichkeit ihrer anthropologischen Konzepte bestimmt, sondern von nicht zu unterschätzender Bedeutung stellen sich auch methodologische Divergenzen zwischen beiden Wissenschaftsdisziplinen heraus. Im folgenden soll daher auf die naturwissenschaftlich-empirischen Methoden (des Psychologen) und die juristischen Denkmethoden eingegangen werden.

Sprache und Begriffe, Fragestellung und Techniken von Psychologe und Jurist - also der jeweilige methodische Ansatz ihrer Wissenschaften - sind, wie bereits mehrfach erwähnt, zum Teil prinzipiell verschieden. "So zeichnen sich die Begriffe des Juristen durch einen relativ hohen Abstraktionsgrad und durch scharfe definitorische Abgrenzungen aus. Die Begriffe des Naturwissenschaftlers sind dagegen mehr typisierend, auf den Schwerpunkt ausgerichtet; ihre Grenzen sind weniger scharf (Wuermeling 1967, S. 611; vergleiche auch dort das nach einem BGH-Urteil vielzitierte Beispiel der medizinischen und strafrechtlichen Bestimmung des Wortes "Beischlaf").

Das sog. Grenzwert-Denken ist für den Juristen typisch. In vielen gesetzlichen Regelungen imponiert eine ausgesprochene Prägnanz der Grenzziehung, wobei die jeweiligen Rechtsfolgen erheblich differieren können" (Liebel u. Usler 1975, S. 14). So interessiert den Juristen in der forensischen Zusammenarbeit mit dem medizinischen Sachverständigen in der Regel nicht die Krankheit (eines bestimmten Klienten) als solche, sondern er fragt ganz gezielt, ob bei der vorliegenden Krankheit eine ganz bestimmte Grenze erreicht sei oder nicht. Den unterschiedlichen Krankheitsbegriff schildert Schellworth (1956, S. 10f) ausführlich. Die diagnostische Frage des Arztes

nach der Krankheit ist wenig oder gar nicht Interesse des Juristen. Relevant für ihn ist vielmehr die Alternativfrage: Krankheit oder keine Krankheit; und wenn eine Krankheit zu konstatieren ist, dann ist allein ihr Ausprägungsgrad wichtig, weil davon dann gewisse juristische Konsequenzen abhängen können.

Bezogen auf das psychologisch-forensische Arbeitsfeld ist daher für den Juristen, insbesondere den Straffjuristen, im Gegensatz zum psychologischen Sachverständigen die möglichst weitgehende Erfassung der Verhaltens- und Erlebensweise eines Individuums nicht Selbstzweck, sondern schafft ihm nur Voraussetzung, mit juristischer Methodik daran anzuknüpfen. Desweiteren bewegen sich die Denkvollzüge des Juristen in einem Rahmen, der auf formale Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit ausgerichtet ist; den Inhalt stellen bewußt wertende Urteile dar. Dagegen ist für den Psychologen das Denk- und (Be-)handlungskonzept primär auf individuelle Effektivität abgestimmt. Der Psychologe wird dabei versuchen, die Abgabe von Werturteilen auf ein Minimum zu reduzieren.

3.4.1. Juristische Denkmethoden

Der auf forensischem Gebiet theoretisch oder praktisch tätige Sachverständige sollte zumindest ansatzweise mit den Grundzügen juristischer Denkmethodik vertraut sein. Das Kausalprinzip bzw. die Kausalitätstheorien bieten sich als Einstiegs-möglichkeiten günstig an (ausführlicher dazu: Liebel u. Uslar 1975, S. 15f; Diemer 1973, S. 219f, Jessnitzer 1973, S. 65ff).

3.4.1.1. Das Kausalprinzip

Ein Fundamentalbegriff der Rechtswissenschaft, der Kausalbegriff, ist kein juristisches Spezifikum, sondern geht vom ontologischen Kausalprinzip aus. Man spricht vom Kausalprinzip, wenn ein Ereignis immer ein gleichbleibend anderes zur Folge hat, wenn man also meinen kann, das erste sei die Ursache des zweiten.

Um nun aus der denkbar möglichen Unzahl von ursächlichen Bedingungen diejenigen auszuwählen, die rechtliche Relevanz

besitzen, hat die Rechtswissenschaft verschiedene Kausalitätstheorien entwickelt und zwar spezifiziert auf das Straf-, Zivil- und Sozialrecht.

3.4.1.2. Kausalitätstheorien

Von den einzelnen Kausalitätstheorien trifft auf das Strafrecht die Äquivalenztheorie (oder Bedingungstheorie) zu, auf das Zivilrecht die Adäquanztheorie und auf das Sozialrecht die Theorie der wesentlichen Bedingung.

Die Äquivalenztheorie des Strafrechts stellt Prinzipien auf zur Sichtung von Kausalzusammenhängen und zur Elimination fehlender Kausalitäten. Dabei steht der Gedanke voran, daß ein Ereignis immer auf eine Reihe ursächlicher Bedingungen zurückzuführen ist und daß die Summe der Bedingungen das Ereignis bewirkt hat. Folglich sind alle Bedingungen kausal äquivalent.

Die Adäquanztheorie des Zivilrechts besagt demgegenüber, daß ursächlich nur die Bedingungen bedeutsam sind, die nach der Lebenserfahrung generell in Frage kommen, den Erfolg des Ereignisses zu bewirken. Nur die Kausalität, die mit dem eingetretenen Ereignis in einen adäquaten Zusammenhang zu bringen sind, erscheinen zivilrechtlich relevant.

Das Modell der Kausalitätseinschränkung gilt auch für das Sozialrecht. Man spricht hier von der Kausalitätsnorm der wesentlichen Bedingung: nach Maßgabe ihres Wertes gelten als Ursache bzw. Mitursache nur die Bedingungen, die in einer besonderen Beziehung zum erfolgreich eingetretenen Tatbestand stehen.

Die allgemeine Eignung für den Erfolg festzulegen, ist eine rechtlich-normative Wertung; daher fällt die Beurteilung der Adäquanz eines Kausalzusammenhangs in den Kompetenzbereich des Richters.

3.4.2. Naturwissenschaftlich-empirische Methoden

3.4.2.1. Das Wahrheitsproblem

Die Zuordnung des Attributs "wahr" zu einer Aussage oder einem Tatbestand wird in der Rechtswissenschaft und der empirischen Psychologie unterschiedlich gehandhabt. Ebenso verhält es sich mit dem "Grad von Gewißheit", mit dem eine Annahme (Hypothese) angenommen werden kann oder abgewiesen werden muß.

Doch zuvor einige grundlegende Bemerkungen zum Begriff der Wahrheit. Die Übereinstimmung einer Aussage (bzw. einem Satz) mit dem entsprechenden Erkenntnisobjekt stellt sich als ein vergleichsweise naiver Wahrheitsbegriff dar. In der semantischen Wahrheitslehre ist "wahr" ein Satz oder eine Aussage in einem sprachlichen Gebilde; hier wird also ein System der Sprache vorausgesetzt und die Aussage kann nur wahr sein im jeweiligen spezifischen Sprachsystem. Absolute Genauigkeit (Wahrheit) ist aber nur in einer "geschlossenen Sprache", d.h. in einem abstrakt-geschlossenem System (Mathematik, symbolische Logik) möglich; in der Alltagssprache ist also Wahrheit nicht hinreichend definierbar.

Immer wieder wurde in der Philosophie versucht darzulegen, daß es zwischen wahr und nicht-wahr (=falsch) kein Drittes gäbe. Die moderne Logistik (Patzig 1973) dagegen spricht von Übergangswerten; so weist die mehrwertige Logik Zwischenwerte auf, die zahlenmäßig zwischen 0 und 1 liegen.

Der Naturwissenschaftler, insbesondere der medizinische und partiell auch der psychologische Sachverständige, steht ständig vor dem Problem, über "wahr" und "falsch" Aussagen abzugeben. Als empirisch arbeitender Wissenschaftler wird er jeweils angeben, mit welchem Grad an Genauigkeit oder mit welcher Wahrscheinlichkeit sich seine Aussage mit der hypothetisch angenommenen "Wahrheit" vergleichen läßt.

3.4.2.2. Genauigkeit von Aussagen

Der naturwissenschaftlich-empirisch orientierte Psychologe gewinnt seine wesentlichen Beobachtungsdaten vorwiegend aufgrund von Messungen, teilweise auch durch Zählungen. Die Realität kann aber durch Zahlenwerte nur dann absolut genau wiedergege-

ben werden, wenn es sich bei dem Objekt um verschiedene unteilbare Beobachtungseinheiten - um Teile einer diskreten Folge - handelt. Zahlen, die durch Messungen gewonnen werden, können nur als Annäherungswerte angesehen werden, denn sie stellen lediglich Maßzahlen in einem stetigen Kontinuum dar.

Messen ist ein Vergleich: das Objekt wird mit einer Norm, der Maßeinheit, in Beziehung gesetzt. Allerdings kann die Realität aus einem prinzipiellen und einem praktischen Grund nicht absolut, sondern nur annäherungsweise erfaßt werden. Die Maßzahl im stetigen Kontinuum könnte nur dann in volle Übereinstimmung mit der Meßgröße gebracht werden, wenn die Meßeinheiten unendlich klein wären. Dieser prinzipiellen Unmöglichkeit absoluter Meßgenauigkeit stehen als praktische Hinderungsfaktoren die in der Biostatistik bekannten Größen des Zufallsfehlers und des systematischen Fehlers zur Seite (vergleiche dazu: Liebel u. Uslar 1975, S. 17ff; darüberhinaus sei auf die Lehrbücher der Statistik verwiesen, z.B. Haseloff u. Hoffmann 1970, Lienert 1973).

Der naturwissenschaftlich-empirisch arbeitende Sachverständige, der sich "nur" auf Wahrscheinlichkeiten stützen kann und dem subjektive Überzeugtheit und Evidenzgefühl für eine wissenschaftliche Aussage nicht ausreichen, wird immer darum bemüht sein, seine Aussagen mit exakten Daten bezüglich Geltungsbereich, Verallgemeinerungsfähigkeit und Vertrauensgrenzen zu präzisieren. Der Rechtswissenschaftler stützt sich auf andere Grundüberlegungen und Methoden. So zieht er beispielsweise den Grundsatz "in dubio pro reo" in sein Denkmodell mit ein, er reagiert in manchen Problembereichen mit dem Grenzwertdenken und er verläßt sich auf sein Evidenzgefühl.

Der psychologische Sachverständige wird in der Regel seine Aussagen mit einem jeweils spezifischen Wahrscheinlichkeitsgrad verbinden. Der Richter dagegen ist - wie bereits gesagt - auf sichere und wahre Sachverhalte angewiesen, will er nicht in einen für ihn problematischen Methodensynkretismus geraten. Er muß sein Urteil auf einem so hohen Grad von subjektiver Überzeugung aufbauen, daß sie ihm als Wahrheit erscheint (vergleiche dazu ein Urteil des Reichsgerichts - das als klassisch gilt - zitiert bei Wuermeling 1967, S. 622).

3.5. Hindernisse einer Integration

Nach der Erörterung und Darstellung des Selbstverständnisses von Jurisprudenz und Psychologie, ihren unterschiedlichen anthropologischen Konzepten und ihren methodologischen Divergenzen muß man berechtigterweise fragen, ob im Verhältnis von Psychologie und Rechtswissenschaft Verständigung oder gar Integration überhaupt für möglich gehalten werden können.

Jessnitzer (1973, S. 6) kann sich hier einen Kompromiß nicht vorstellen. Er sieht den Richter alleinverantwortlich seine Entscheidungen treffen, der Sachverständige kann ihm dabei lediglich in der Rolle des Helfers Material liefern; daher "kann im Bereich der Rechtssprechung einzig und allein die juristische wertbezogene Denkweise zur Anwendung gelangen".

"Verschiedene Denkweisen und Sprachschwierigkeiten sieht auch Wuermeling (1967, S. 611) als gravierende Hindernisse zwischen Jurist und naturwissenschaftlichem Sachverständigen. Er meint aber, bei dieser Erkenntnis dürfe man nicht stehenbleiben und resignieren; vielmehr müsse man versuchen, in die Denkweise des anderen einzudringen, damit seien zwar die Schwierigkeiten nicht beseitigt, "aber zu meistern". In diesem Sinn plädiert auch Kaiser (1973b, S. 203) dafür, Kenntnis der Begrenzung der eigenen und Verständnis für die andere Wissenschaftsdisziplin anzustreben. Damit wäre schon viel gewonnen, denn es wäre schließlich "naiv anzunehmen", zwischen Psychologie und Strafrecht einhellige Übereinstimmung erzielen zu können. Dieser Argumentation wird man sich nicht verschließen können, zumindest nicht, solange der status quo in Ziel und Struktur der beiden Disziplinen unverändert bleibt (Liebel u. Uslar 1975, S. 19f).

Mit sarkastischem Unterton konstatiert Müller-Luckmann (1973, S. 217), daß sich mit der Jurisprudenz und der Psychologie zwei Wissenschaften getroffen hätten, die in zwei Bereichen, allerdings auch nur in diesen, wesentliche Gemeinsamkeiten aufwiesen: nämlich in der Vielgestaltigkeit und der Diffizilität der Überschaubarkeit. Nach Ostermeyer (1975, S. 43) muß man die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den empirischen und juristischen Wissenschaften im einzelnen kennen, um in ein Gespräch kommen zu können.

In die Zukunft gesehen kann dies nach ihm nur in der Weise geschehen, daß sich die Jurisprudenz für empirische Methoden öffnet und sich so zu einer "Sozialwissenschaft der Rechtsnormen" entwickelt.

Das Verhältnis von Psychologie und Rechtswissenschaft, wie es in der Literatur diskutiert wird und hier ansatzweise wiedergegeben versucht wurde, ist weit mehr durch Schwierigkeiten in der Verständigung belastet und gekennzeichnet als durch erfolgreiche Kooperation charakterisiert. Die den Ansätzen zu einer fachpsychologischen Beratung des (Straf-) Juristen und einer echten Zusammenarbeit der beiden Disziplinen entgegenstehenden Hindernisse hat Kaiser (1973b, S. 207) in einer Reihe von Punkten zusammengefaßt. Seine Ausführungen sollen durch weitere Aspekte ergänzt und modifiziert im folgenden wiedergegeben werden:

1. Das pluralistische System der Psychologie und die Konkurrenz mit anderen Sozialwissenschaften erschweren die Rezeptionsfähigkeit für das Recht.
2. Verschiedene wissenschaftliche Systeme mit unterschiedlichen Sprachen und Sozialisationsformen treffen mit dem Anspruch der Ausschließlichkeit aufeinander, wodurch eine Kompromißlösung erschwert wird.
3. Die beiden Disziplinen haben unterschiedliche Vorstellungen und Begriffe über die Wahrscheinlichkeit und Sicherheit einer Aussage oder Tatsache; diese Verschiedenheit ist im wesentlichen bedingt durch differente wissenschaftstheoretische Positionen und berufliche Rollenfunktionen.
4. Juristen verlangen von den Aussagen empirischer Wissenschaften einen kaum zu leistenden Sicherheitsgrad oder sie verwerfen die fachpsychologische Äußerung als irrelevant.
5. Es bestehen fachpsychologische Hemmungen gegenüber einer interdisziplinären Zusammenarbeit insbesondere mit der Strafjustiz.

6. Psychologie reizt zur Popularisierung und damit zur Banalisierung und Verfälschung; ein Populär-Psychologismen verhafteter Jurist hält sich selber für kompetent und den Fachpsychologen für überflüssig.

7. Die Juristen sind besorgt, aus ihrem ureigenen Wirkungsfeld, nämlich der Feststellung und Bewertung von Tatsachen, und damit aus ihrer Verantwortung, gedrängt zu werden.

8. Progressive oder pseudo-progressive Äußerungen von Vertretern der Psychologie - polemisch vorgetragen - führen auf juristischer Seite zu Aversions- und Vermeidungsreaktionen, die sich dann auf die gesamte Psychologie ausdehnen können.

9. Das traditionelle Sachverständigen-Modell erscheint dem Psychologen - gemessen an den Standards seines Faches - zu eng und läßt ihm zu wenig Handlungsmöglichkeiten.

- 4. GRUNDLAGEN EINER SOZIALWISSENSCHAFTLICH AUSGE-
RICHTETEN FORENSISCHEN PSYCHOLOGIE
- 4.1. Wissenschaftstheoretische Feststellungen
- 4.1.1. Wissenschaftstheoretische Perspektiven und Fragestel-
lungen
- 4.1.2. Zur Gemeinsamkeit von Psychologie und Wissenschafts-
theorie
- 4.1.2.1. Standards der Wissenschaftlichkeit
- 4.1.2.2. Objektbereich und Aufgabenstellung der Wissenschafts-
theorie
- 4.1.3. Voraussetzungslosigkeit und Wertproblem
- 4.1.3.1. Zum Werturteilsstreit um Max Weber
- 4.1.3.2. Über den Begriff der Wertfreiheit
- 4.1.3.3. Zum Positivismusstreit in den Sozialwissenschaften
- 4.1.4. Kritische Wissenschaftstheorie und Handlungslegiti-
mation
- 4.1.5. Relevanz der Holzkampschen Kritischen Psychologie
- 4.2. Der Zusammenhang zwischen sozialen und rechtlichen
Normen
- 4.2.1. Norm als sozialwissenschaftlicher Grundbegriff
- 4.2.1.1. Soziologische Normdefinition
- 4.2.1.2. Normen als Elemente des Verständigungszusammenhangs
- 4.2.2. Die Regeln des Rechts in den sozialen Normensystemen
- 4.2.2.1. Norm-Vorstellungen der Jurisprudenz
- 4.2.2.2. Der spezifische Ort der Rechtsnormen
- 4.2.3. Wechselwirkung zwischen sozialen und rechtlichen
Normen
- 4.2.3.1. Die Relativität der Rechtsordnung
- 4.2.3.2. Rechtsnormen und soziale Wirklichkeit
- 4.2.3.3. Die soziologische Geltung des Rechts

4.3. Konflikt- und Entscheidungspsychologie

- 4.3.1. Konflikt und Entscheidung in der wissenschaftlichen Psychologie
- 4.3.2. Theoretische Ansätze zum Konflikt- und Entscheidungsverhalten
 - 4.3.2.1. Spieltheoretische Ansätze
 - 4.3.2.2. Sozialpsychologische Ansätze
 - 4.3.2.3. Motivationspsychologische Ansätze
- 4.3.3. Konfliktlösungsformen
 - 4.3.3.1. Klassifikationsversuche
 - 4.3.3.2. Entscheidung und affektive Konfliktlösung
 - 4.3.3.3. Normative Konfliktlösungsform
- 4.3.4. Ein Modell menschlicher Entscheidungshandlungen

4.4. Ansätze und Modellvorstellungen psychologischer Verhaltensmodifikation

- 4.4.1. Definitiorische Probleme
- 4.4.2. Grundsätzliche Fragen zur Verhaltensmodifikation
 - 4.4.2.1. Veränderungswiderstand im öffentlichen und wissenschaftlichen Bewußtsein
 - 4.4.2.2. Verhaltensänderung als Verhaltenskontrolle
 - 4.4.2.3. Selbststeuerung gegen externe Veränderung
- 4.4.3. Behandlungsmodelle
 - 4.4.3.1. Das medizinische Behandlungsmodell
 - 4.4.3.2. Das sozialwissenschaftliche Behandlungsmodell
- 4.4.4. Beitrag der Lernpsychologie
 - 4.4.4.1. Lerntypen
 - 4.4.4.2. Lernprinzipien
- 4.4.5. Psychotherapie
 - 4.4.5.1. Der verändernde therapeutische Einfluß
 - 4.4.5.2. Psychotherapeutische Verfahren

4. GRUNDLAGEN EINER SOZIALWISSENSCHAFTLICH AUSGERICHTETEN FORENSISCHEN PSYCHOLOGIE

4.1. Wissenschaftstheoretische Feststellungen

4.1.1. Wissenschaftstheoretische Perspektiven und Fragestellungen

Es ist trivial, daß man nicht über die Grundlegung einer Forensischen Psychologie sprechen kann, ohne die eine Grundlegung determinierenden Bedingungen zu reflektieren, d.h. ohne zumindest einige Fragen wissenschaftstheoretischer Provenienz aufzugreifen. Voll zuzustimmen ist daher Schneewind (1977, S. 11), der schreibt: "Wer heutzutage Psychologie betreibt und dies mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit tut, kommt schwerlich umhin, über die wissenschaftstheoretische Fundierung der Psychologie nachzudenken". Auch nach Ansicht Rombachs (1974, S. 9) gehört Wissenschaftstheorie notwendig zum Studium einer jeden Wissenschaft, "da Wissenschaft nicht nur Wissen um Sachverhalte, sondern immer auch Wissen um das Entstehen des Wissens, um seine Bedingungen und Voraussetzungen, um die Ziele und Zusammenhänge, Querverbindungen und Grenzen enthält, kurz: die Theorie der Wissenschaft. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Wissenschaftsgeschehens und geht darum immer schon in den Forschungsprozeß ein".

Eigentliche Wissenschaftlichkeit wird vornehmlich durch die grundlegende Doppelseitigkeit des Erkenntnisprozesses charakterisiert. Einmal ist der Erkenntnisprozeß auf Kenntniserweiterung ausgerichtet, zum anderen umfaßt die Erkenntnisgewinnung - und erst jetzt wird sie wissenschaftlich - auch die Bedingungen der Kenntniserweiterung. Dieses sog. "wissenschaftstheoretische Grundgesetz" expliziert Rombach (1974, S. 9) wie folgt: "Wissenschaft schreitet immer nach zwei Seiten vor. Einmal erarbeitet sie neue Kenntnisse, indem sie sich immer weiter in die Gegenstandsstrukturen hineingräbt und diese nach Umfang, Zusammenhang und Begründung ausforscht; zum andern arbeitet sie sich zurück in die eigenen Voraussetzungen, indem sie sich immer differenzierter die Bedingungen ihres gezielten Zugangs auf das Seiende verdeutlicht, ebenso die Vorfestlegung und Beschränkungen solcher

Bedingungen, die Notwendigkeit von Neuentwürfen in der Erkenntnis- und Verstehensbasis etc. Wissenschaft kann immer nur soweit (nach außen) voranschreiten, wie sie (nach innen) an Boden und Voraussetzung schafft und klärt".

Die Vorstellung, Wissenschaft schreite langsamer oder schneller, zumindest aber stetig voran, ist naiv. Es gibt Phasen, in denen der Erkenntnisgewinn enorm zunimmt und sich im Anwendungsnutzen niederschlägt - schließlich erfährt Wissenschaft in der nutzvollen Anwendung ihrer Erkenntnisse eine erste, einleuchtende Legitimation (Rombach 1974, S. 10).

Dann gibt es wieder Phasen verstärkter Hinwendung an die Grundlagen, die dann nicht nur verbreitert, sondern vor allem "tiefer" angelegt werden. So hat, um ein bekanntes Beispiel der Physik heranzuziehen, die Einsteinsche Allgemeine Relativitätstheorie Newtons Allgemeine Mechanik und dessen Gravitationsgesetz überholt: "Nach Einstein sind also, strenggenommen, die sämtlichen Newtonschen Formeln falsch" (Weizsäcker 1971, S. 121). Sehr oft ist ein Fortschritt der Wissenschaft mit einem Verzicht auf scheinbare Sicherheit und etabliertes Wissen verbunden (Heisenberg 1959, S. 9).

Bei der Beschäftigung mit wissenschaftstheoretischen Fragestellungen läßt sich nur schwer vermeiden, der eigenen Wissenschaft ohne Skepsis entgegenzutreten, ihre Erkenntnisse als nicht relativ zu betrachten und Neuerungen verschlossen gegenüberzustehen.

4.1.2. Zur Gemeinsamkeit von Psychologie und Wissenschaftstheorie

4.1.2.1. Standards der Wissenschaftlichkeit

Der Objektbereich der Realwissenschaft "Psychologie" umgreift das menschliche Verhalten und Erleben; hierauf beziehen sich die bestimmte wissenschaftliche Standards beachtende Aussagesysteme der Psychologie. Die Wissenschaftstheorie wird ihren Gegenstand überall dort haben, wo Sätze oder Aussagen nach

umschriebenen Kriterien der Wissenschaft als wissenschaftlich zu bezeichnen sind. Der Gegenstandsbereich der Wissenschaftstheorie setzt sich daher aus allen Wissenschaftsdisziplinen - einschließlich der Wissenschaftstheorie selbst - zusammen.

Zur Legitimation als Wissenschaft bedürfen notwendigerweise Psychologie und Wissenschaftstheorie ganz bestimmter Voraussetzungen, d.h. sie müssen explizit umschriebenen Kriterien der Wissenschaftlichkeit genügen. Nun ist allerdings die Bereitstellung solcher Kriterien bereits eine der Aufgaben der Wissenschaftstheorie. Die von ihr entwickelten und explizierten Standards der Wissenschaftlichkeit müssen dabei sowohl für die Wissenschaftstheorie selbst als auch für die Einzelwissenschaften bindend sein. Daraus folgert Schneewind (1977, S. 13): "die Wissenschaftstheorie und die von ihr behandelten Einzelwissenschaften können hinsichtlich der an sie zu stellenden Ansprüche an Wissenschaftlichkeit nicht leistungsfähiger sein als es die bisherigen Leistungen der Wissenschaftstheorie zulassen".

Es kann hier nicht der Ort sein, Kriterien der Wissenschaftlichkeit zu reflektieren und zu diskutieren (dazu sei beispielsweise auf Wohlgenannt 1969 und Stegmüller 1973 verwiesen). Es soll lediglich auf diese Art von Grundvoraussetzungen hingewiesen und aufmerksam gemacht werden. Wohlgenannt hat in seiner Schrift "Was ist Wissenschaft?" (1969) ein Förderungsprogramm mit 11 Kriterien aufgestellt, die (zumindest die ersten 7) erfüllt sein müssen, um eine Einzelwissenschaft als wissenschaftlich bezeichnen zu können. Der transformierte definitorische Ausdruck des Förderungsprogramms lautet: "Unter 'Wissenschaft' verstehen wir einen widerspruchsfreien Zusammenhang von Satzfunktionen (Aussageformen) oder geschlossenen Satzformeln (Aussagen), die einer bestimmten Reihe von Satzbildungsregeln entsprechen und den Satztransformationsregeln (logische Ableitungsregeln) genügen oder aber wir verstehen darunter einen widerspruchsfreien Beschreibungs- oder Klassifikations- und/oder Begründungs- oder Ableitungszusammenhang von teils generellen, teils singulären, zumindest indirekt intersubjektiv prüfbaren, faktischen Aussagen, die einer bestimmten Reihe von Satzbildungsregeln entsprechen und den Satztransformationsregeln (logischen Ableitungsregeln) genügen" (Wohlgenannt 1969, S. 197).

4.1.2.2. Objektbereich und Aufgabenstellung der Wissenschaftstheorie

Wissenschaftstheorie stellt sich übereinstimmend als Wissenschaft von der Wissenschaft dar. Sie steht bildlich gesprochen "über" den Wissenschaften, da deren Aussagesysteme ihren Gegenstandsbereich abgeben; Wissenschaftstheorie ist daher eine Metatheorie. Ihr Gegenstandsbereich läßt sich in zwei Hauptgebiete aufteilen: 1. der Objektbereich der Einzelwissenschaften einschließlich der Hinterfragung der Bedingungen der Kenntniserlangung und 2. die Reflexion über die Voraussetzungen der eigenen Wissenschaftlichkeit.

Darüberhinaus läßt die Wissenschaftstheorie eine Reihe von Segmentierungsmöglichkeiten ihres Gegenstandsbereiches als sinnvoll erscheinen. Nicht zuletzt dadurch wird das weite Spektrum ihrer Arbeitsgebiete deutlich.

Nicht nur die bereits besprochene Hinwendung zu den Produkten wissenschaftlichen Handelns ist ein Arbeitsfeld der Wissenschaftstheorie, sondern auch der Themenbereich des wissenschaftlichen Handelns als solchem (der Wissenschaft als Tätigkeit) und drittens der Fragenkomplex, der sich aus dem Verwertungszusammenhang von Wissenschaften ergibt.

Die Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Wissenschaftstheorie sollen mit der Bemerkung abgeschlossen werden, daß es "die" Wissenschaftstheorie im Sinne eines verbindlichen Aussagesystems nicht gibt. Als weniger mißverständlich und weniger eine uneinlösbare Hoffnung provozierend wird daher teilweise vorgeschlagen, den Terminus "Wissenschaftswissenschaft" zu gebrauchen.

Als grundlegende Aufgabenstellungen der Wissenschaftswissenschaft lassen sich nach Schneewind (1977, S. 21ff) die Beschreibung, die Erklärung, die Prognose und die Veränderung von wissenschaftlichen Produkten und Prozessen angeben. Unter Bezug auf Schneewind heißt dies im einzelnen:

a. Beschreiben: Ergebnisse und Formen wissenschaftlicher Tätigkeit sind hier genau und ausführlich zu beschreiben. Neben die statische Betrachtung (Zustandsbeschreibung) tritt die dynamische der Veränderungsbeschreibung. In der Normbeschreibung

werden Sollsetzungen und Normen für wissenschaftliches Handeln deskriptiv erfaßt.

b. Erklären: Zustands-, Veränderungs- und Normbeschreibung als Aussagen einer wissenschaftlichen Disziplin werfen die Frage nach ihrem Zustandekommen auf. Hier kommen Erklärungen - die weiter in Erklärungen erster und zweiter Ordnung zu differenzieren sind - zum tragen.

c. Vorhersagen: "Die mit einer Bedingungsanalyse wissenschaftlichen Handelns einhergehenden empirischen Abklärungen und theoretischen Konstruktionen lassen sich auch für die Prognose zukünftiger wissenschaftlicher Erträge und Formen wissenschaftlicher Tätigkeit einsetzen" (ibd., S. 22).

d. Verändern: In den Aufgabenbereich der Wissenschaftswissenschaft gehört es auch, Normen und Maßstäbe für wissenschaftliche Strategien und Handlungen zu entwickeln. Im Gegensatz zur Normbeschreibung werden hier Normen festgesetzt, die intentional in den Wissenschaftsprozess eingreifen.

4.1.3. Voraussetzungslosigkeit und Wertproblem

Es unterliegt noch heute dem Selbstverständnis vieler Sozialwissenschaftler, daß das Ziel der Forschung - ganz im Sinne des naiven Empirismus - die Gewinnung der wahren Erkenntnis sei; dabei bedürfen Zweck und Funktion ihrer Wissenschaftsdisziplin keiner Befragung und Rechtfertigung mehr. Weiterhin übernehmen die Sozialwissenschaften in der angestrebten Identifikation mit der naturwissenschaftlichen Methodik gleichzeitig das von Max Weber (unter dem Einfluß eines positivistisch ausgerichteten Neukantianismus) formulierte Prinzip der Wertfreiheit.

4.1.3.1. Zum Werturteilsstreit um Max Weber

Die Kontroverse um das Wertproblem ist alt. Schon vor dem Ersten Weltkrieg initiierte Weber den sog. Werturteilsstreit, der heute in modifizierter Form noch immer aktuell, d.h. keineswegs endgültig entschieden ist.

Gegen die Auffassung einer hermeneutisch ausgerichteten Wissenschaftskonzeption, daß nämlich Realität und Wertung in einem derartigen Zusammenhang stehen, daß weder der eine noch der andere Faktor isoliert behandelt werden kann, wendet sich Weber mit dem Postulat der "Objektivität" in den Sozialwissenschaften, was beinhaltet, "daß es niemals Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft sein kann, bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte ableiten zu können" (Weber 1904, S. 4). Wertende Beurteilung und Erfahrungswissen sind "prinzipiell unterschieden" (ibid. S. 15). Den Bereich des Wertens und Verstehens versteht Weber allerdings nicht als vor-rational und qualifiziert ihn keineswegs als überflüssig ab (Kanz 1974, S. 38), jedoch gebe Wissenschaft eben keine Antwort auf die Fragen: Was sollen wir tun? Wie sollen wir leben?, und daher sei die strikte Trennung zwischen Werturteil und Tatsachenfeststellung unumgänglich. Für die wertende Beurteilung der Wirklichkeit gibt es keinen empirischen, objektiven Zugang und damit auch keine Wissenschaftlichkeit.

Allerdings beruhen, so folgert Rombach (1974, S. 13), gerade die Wissenschaften, die vorgeben, "wertungsfrei" und rein "erfahrungswissenschaftlich" zu sein und ihre Voraussetzungen für ahistorisch und reflexionsunbedürftig halten, auf einer latenten Wertung der Erfahrung. Es scheint sehr schwer begreifbar zu sein, "daß die Wissenschaftsauffassung, die sich gegen allen Dogmatismus wendet und sich wesensmäßig und a priori dagegen für gefeit hält, selbst der härteste Dogmatismus sein kann. Wer glaubt zu wissen, was 'die Wissenschaft' ist, ist ebenso unwissenschaftlich wie derjenige, der 'weiß', was 'das Sein' oder 'die Welt' oder 'das Leben' ist" (Rombach 1974, S. 13).

4.1.3.2. Über den Begriff der Wertfreiheit

Nun wird über den Begriff der "Wertfreiheit der Wissenschaften" allein schon deswegen in verschiedener Weise gesprochen, weil er unterschiedliche Bedeutungen enthält. Von seinem eher positivistischen Standpunkt aus meint Weingartner (1971, S. 178ff), drei verschiedene Sichtweisen bezüglich der Wertfreiheit der Wissenschaften erkennen zu können: 1. Die Tätigkeit des Wissenschaftlers ist auf das gesetzte Ziel, gültige Aussagen zu machen, ausgerichtet. Die Verpflichtung aller Wissenschaften auf dieses, einen "Wert" implizierende Ziel läßt demnach keine Wissenschaft als wertfrei erscheinen. Faßt man dagegen Wissenschaft als ein System von Sätzen auf und sind diese Sätze sich selbst Ziel, so ist - zumindest nach Weingartner - jede Wissenschaft grundsätzlich wertfrei. 2. In einem anderen Sinn hält man eine Wissenschaft dann für wertfrei, wenn die von ihr erklärten Sätze frei von Wertprädikaten und Normen sind und rein deskriptiven Charakter haben. 3. Im Vergleich von Wissenschaften wie beispielsweise Physik und Ethik wird ein weiterer Aspekt der Wertfreiheit sichtbar. Und zwar ist eine wissenschaftliche Disziplin in einem dritten Sinn wertfrei, "wenn sowohl die von ihr erklärten Sätze als auch die in ihr zur Erklärung (Begründung) benützten Sätze (die erklärenden Prämissen) keine Wertprädikate enthalten und keine normativen Sätze sind" (S. 179).

Nach Weingartner (1971) kann man also aus der unter Punkt 1 genannten Sichtweise allen Wissenschaften - je nach Ausgangspunkt - Wertfreiheit zusprechen oder sie zurückweisen. Wertfreiheit im zweiten und dritten Sinn ist dagegen nur einem Teil der Wissenschaftsdisziplinen zugehörig. Die Aufschlüsselung des Terminus Wertfreiheit durch Weingartner macht ein differenzierteres Umgehen mit diesem vorbelasteten Begriff möglich und erhöht dessen Transparenz. Bezüglich der substantiellen Aussage sind jedoch grundsätzliche Bedenken anzumelden. Das Fundament einer solcherart ausgerichteten Kritik gibt die sog. kritische Wissenschaftstheorie ab.

4.1.3.3. Zum Positivismusstreit in den Sozialwissenschaften

Unter Positivismusstreit versteht man vornehmlich die heftigen Kontroversen, die in den 60er Jahren in den deutschsprachigen soziologischen Wissenschaften ausgetragen wurden. Diese Methodendiskussion läßt sich u.a. auch gradlinig auf den Werturteilsstreit von und um Max Weber zurückführen und, sucht man nach älteren Quellen, ebenso auf methodologische Thesen von Pascal - der damit die Falsifikationstheorie Poppers vorbereitet hat - oder auf den Leibnizschen Relationalismus, der dann in Einsteins Relativitätstheorie vollendet wurde (vgl. dazu Rombach 1966, S. 99ff und 1974, S. 25f).

Im aktuellen Positivismusstreit stehen sich die Vertreter einer neopositivistischen (empirisch-deskriptiven) Wissenschaftsauffassung (u.a. Popper und Albert) und einer dialektisch-marxistischen Gesellschaftstheorie (u.a. Adorno und Habermas) gegenüber (vergleiche dazu den Sammelband von Maus, Fürstenberg und Benseler: "Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie", 1969, 1975⁴).

Die fehlende Einbeziehung der die Erkenntnis steuernden Interessen läßt nach dialektischer Auffassung "die scheinbar rationale Wissenschaft zu einem bloßen Mittel herabsinken, Zwecke zu erfüllen, die in irrationaler Entscheidungswillkür gesetzt sind" (Beck 1974, S. 43). Demzufolge lasse sich die positivistische Wissenschaftsauffassung auch leicht zu einem ideologischen Herrschaftsinstrument machen und in eine auf Herrschaft ausgerichtete Gesellschaft integrieren (Habermas 1963, S. 168). Denn "weder der vom Positivismus behauptete Wert der wertfreien Wissenschaft noch der der Wahl der jeweiligen Forschungsgegenstände, noch der der gewählten wissenschaftlichen Sprache, ihrer Kategorien, ihre logischen Verknüpfungsregeln und Prüfungsbedingungen lassen sich nach positivistischer These von einem objektiven Sinnzusammenhang des Seienden selbst her wissenschaftlich begründen; maßgebend ist lediglich das subjektive Interesse, die empirischen Gegebenheiten intellektuell perfekt zu beherrschen" (Beck 1974, S. 43). Bei Adorno heißt es dazu bereits in der "den

Streit" initiierenden programmatischen Rede: "Der Positivismus, dem Widersprüche anathema sind, hat seinen innersten und seiner selbst unbewußten daran, daß er der Gesinnung nach äußerster, von allen subjektiven Projektionen gereinigter Objektivität nachhängt, dabei jedoch nur desto mehr in der Partikularität bloß subjektiver, instrumenteller Vernunft sich verfängt" (1975, S. 12).

Ist der Positivismus weitgehend mit der Lehre vom genetischen Primat der Erfahrung gleichzusetzen, so hat der Neopositivismus diese Position mit der Erkenntnis aufgegeben, daß wissenschaftliches Forschen nicht mit Erfahrung beginnen könne, da diesem Prozeß bereits Selektionsmechanismen vorausgehen. Denn die Natur sage einem nicht, worauf man seine Beobachtungen richten soll, der Forscher muß also selbst Auswahlkriterien zur Hand haben, d.h. es sind seine theoretischen Konzeptionen und Hypothesen, seine außerwissenschaftlichen Gebundenheiten, die den Selektionsvorgang bestimmen (Delius 1973; Holzkamp 1973, S. 81f). Stegmüller (1973, S. 346) spricht hier von einer "konventionellen" Komponente, die in allen Aussagen des empirisch beobachtenden Wissenschaftlers und damit in der Basis jeglicher Erfahrungserkenntnis mitenthalten ist.

Im Neopositivismus oder logischem Empirismus ist Wissenschaft nach Holzkamp (1973, S. 82) "ein System von Sätzen, die im Verhältnis von Begriffspyramiden oder axiomatischen Systemen zueinander stehen und nach dem Prinzip der Widerspruchsfreiheit aufgebaut sein müssen. Die Sphäre des Sprachlichen im weitesten Sinne wurde dabei häufig ... als prinzipiell nicht transzendierbar betrachtet: Wissenschaft besteht aus Sätzen und nur aus Sätzen. Aus dieser Festlegung entstanden dem logischen Empirismus beträchtliche Schwierigkeiten bei der Klärung der Frage, auf welche Weise die wissenschaftlichen Sprachsysteme denn in der Realität verankert sein könnten". Einer solchen Wissenschaftsauffassung liegt es nahe, die "Realgeltung von Aussagen" stark zu vernachlässigen und in den Vordergrund der Bemühungen einzig die Erarbeitung von

subtilen Regeln zu rücken, die auf präzise Art die Transformation von Sätzen in andere Sätze ermöglichen sollen (Holzkamp 1973, S. 84).

Eine Wissenschaftstheorie, wie die des Positivismus, die sich weitgehend auf die isolierte Reflexion von Methodologie beschränkt und ein Defizit in der Reflexion von Forschungsinhalten und -richtungen aufweist, muß Ergänzung und Kritik einer marxistisch-dialektischen Gesellschaftstheorie gewärtig sein, die an der positivistischen Trennung von Faktizität und Gesellschaft - "ein Kunstprodukt der Reflexion" (Adorno 1975, S. 20) - naheliegenderweise ansetzt. Die kritische Reflexion über den Zusammenhang von Erkenntnisinteresse und gesellschaftlichen Faktoren führt zu der dialektischen Sichtweise, daß Erkenntnis als Einzelphänomen durch das Ganze des Gesellschaftlichen bedingt ist. Adorno (1975, S. 126f) führt dazu aus: "Das Erkenntnisideal der einstimmigen, möglichst einfachen, mathematisch eleganten Erklärung versagt, wo die Sache selbst: die Gesellschaft nicht einstimmig, nicht einfach ist ... Dem muß die Verfahrensweise der Soziologie sich beugen. Sonst gerät sie, aus puristischem Eifer gegen den Widerspruch, in den verhängnisvollsten: den zwischen ihrer Struktur und der ihres Objekts... Ohne Antezipation jenes strukturellen Moments, des Ganzen, das in Einzelbeobachtungen kaum je adaequat sich umsetzen läßt, fände keine einzelne Beobachtung ihren Stellenwert". Das funktionalistische System des Positivismus ist damit ersetzt durch den dialektischen Begriff des Ganzen, "der adaequat durch empirische Einzelfakten weder verifizierbar noch falsifizierbar ist, der aber in seiner 'hermeneutischen Antezipation' diese erst in ihrem objektiven geschichtlichen Sinnzusammenhang verstehen läßt... und eine sinn- und wertbezogene Praxis ermöglicht" (Beck 1974, S. 44).

In Entgegnung auf die Offensive der "Kritischen Theorie" führt Albert (1975, S. 198f) an, daß der dialektische Begriff des Ganzen einer empirischen oder logischen Überprüfung nicht zugänglich ist: "Habermas zieht es vor, festzu-

stellen, daß der dialektische Begriff des Ganzen die Grenzen formaler Logik überschreitet ... (und so) darf man wohl darauf schließen, daß Habermas die Möglichkeit bestreiten will, seinen Begriff der Totalität logisch zu analysieren... Wer über genügend Mißtrauen verfügt, wird darin eine Immunisierungsstrategie erblicken, die in der Erwartung gründet, daß der Kritik entgehen mag, was sich der Analyse entzieht".

Als vorläufiges Resümee im Positivismusstreit ist Beck (1974, S. 46) zuzustimmen, der feststellt: "Der Positivismus vergötzt die 'Einzelfakten der Erfahrung', der Marxismus das 'dialektische Ganze der Vernunft'. Deshalb neigt der erstere gesellschaftspolitisch zur konservativen Konsolidierung des je Gegebenen, der letztere zu dessen 'revolutionärer Veränderung'. Ideologien sind beide."

4.1.4. Kritische Wissenschaftstheorie und Handlungslegitimation

Kritische Wissenschaftstheorie wendet sich gegen die Übernahme unreflektierter und ungeprüfter Grundannahmen und Voraussetzungen, insbesondere wenn sie sich in Form von Selbstverständlichkeiten darstellen. Kritische Wissenschaftstheorie versucht also, das Augenmerk auf solche Vorurteile und die von ihnen ausgehenden (negativen) Folgen zu lenken.

Nach Rombach (1974, S. 18) ist ein Postulat kritischer Wissenschaftstheorie, daß jedwede Erkenntnis voraussetzungsbedingt und grundlagenabhängig ist, und daß wiederum Voraussetzungen und Grundlagen historisch mitbedingt sind. Daher reflektiert eine sich kritisch nennende Wissenschaftstheorie nicht nur die wissenschaftsimmanenten Bedingungen, sondern auch ihr Umfeld, das in den geschichtlich-gesellschaftlichen Implikationen gesehen wird. Wissenschaft kann sich niemals über ein gewisses Maß hinaus von den elementaren Grundüberzeugungen ihrer Zeit und ihrer Gesellschaft isolieren, sie erfährt, ganz im Gegenteil, durch sie immer wieder bis in ihre spezifischen Eigenbereiche hinein eine nachhaltige Prägung. "Das reicht von der zeittypischen Themenstellung bis zur epochalen Grundform von Wahrnehmung und Erfahrung" (ibd., S. 17). Marcuse (1969, S. 60) spricht davon, daß selbst die

primären Sinneseindrücke durch die jeweils spezifische Gesellschaft und Zivilisationsstufe beeinflusst werden.

Der Fortschritt der Wissenschaft vollzieht sich auf vielen Wegen, es können verschiedene Ansätze und Methoden gewählt werden, und es steht nicht immer von vornherein fest, welches der prospektivste Weg sein wird. Ist dies der Ausgangspunkt, dann muß "die Wissenschaft nach einem Kriterium für die Aufstellung von Kriterien (für die Auswahl von Forschungswegen) suchen und wird von einer kritischen Wissenschaftstheorie den Rat erhalten, denjenigen Weg zu wählen, der für den Menschen der wichtigere und für die Entfaltung seiner Humanität der effektivere ist" (Rombach 1974, S. 18).

4.1.5. Relevanz der Holzkampschen Kritischen Psychologie

Anknüpfend an die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule um Adorno, Horkheimer und Habermas entsteht Ende der 60er Jahre wesentlich durch die Gedanken Holzkamps geformt die "Kritische Psychologie". Die grundlegenden Ansätze dieser neuen Richtung finden sich in dem Zeitschriftenaufsatz "Zum Problem der Relevanz psychologischer Forschung für die Praxis" (1970) von Holzkamp. Er kommen dort zu dem Schluß, daß die Rechtfertigung für konkrete wissenschaftliche Forschung in ihrer Relevanz für die Praxis gesehen werden muß. Dabei interessieren ihn vor allem zwei Relevanzaspekte in der psychologischen Forschung: technische und emanzipatorische Relevanz.

Die Forschungsergebnisse müssen technische Relevanz besitzen, d.h. sie müssen menschliches Verhalten in sozioökonomischer Hinsicht kontrollierbar machen. "Demgemäß betrachten wir das Kriterium der technischen Relevanz in dem Maße als erfüllt, in dem wissenschaftliche Forschung durch die Angabe von Ausgangsbedingungen für das Auftreten bestimmter Effekte 'erfolgskontrolliertes Handeln' (Habermas) in ökonomischen, sozialen oder gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht" (Holzkamp 1970, S. 9).

Die Forderung der emanzipatorischen Relevanz, die sich an das Habermassche Konzept des emanzipatorischen Erkenntnisinteresses anlehnt, beinhaltet einen idealistisch-aufklärerischen Anspruch: "Emanzipatorisch relevant wäre psychologische Forschung, sofern sie zur Selbstaufklärung des Menschen über seine gesellschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten beiträgt und so die Voraussetzungen dafür schaffen hilft, daß der Mensch durch Lösung von diesen Abhängigkeiten seine Lage verbessern kann" (S. 20). Die wissenschaftliche Psychologie darf sich nicht nur als formalmethodisches Instrument begreifen, das Gesetze menschlichen Verhaltens aufstellt. Sie muß gleichzeitig die sie mitbestimmenden historischen und sozialen Komponenten miteinbeziehen. Oder aus einer anderen Perspektive mit Worten von Janisch et al. (1974, S. 116) gesagt, lassen sich gesellschaftlich relevante Handlungen wie auch individuelle Verhaltensweisen "nicht lediglich vom Standpunkt eines ('äußeren') Beobachters beschreiben, sondern in bezug auf die dabei (explizit oder implizit) leitenden Zwecke und auf Zwecke bezogenen Regeln (von 'innen' her) analysieren."

In den Überlegungen von Holzkamp, der Psychologie im Sinne einer Wissenschaftstheorie als gesellschaftstheoretischer "Explikation" eine neue Orientierung zu geben, nimmt der Konstruktivismus einen vorrangigen Platz ein. Der Konstruktivismus versteht sich als Versuch des Erweises, daß die "immanenten Normen der experimentellen Forschung" mit dem herkömmlichen, "konventionalistischen" Methodendenken unvereinbar sind. Dabei betont der Konventionalismus die Notwendigkeit, "das Operieren mit störenden Bedingungen und das Exhaustieren zuzulassen" (Holzkamp 1973, S. 160f). Der Konstruktivismus gibt vor, die adäquate Methodologie normativ-empirischer Wissenschaft zu sein und die "Explikation des methodischen Vorgehens der bürgerlichen Experimentalpsychologie in ihrer konkreten historischen Eigenart" (S. 23) zu ermöglichen. Allerdings hält Röhl (1973) - nicht unbegründet - die von Holzkamp aufgestellten konstruktivistischen Regeln für inkonsistent.

Mit dem Konzept der technischen und emanzipatorischen Relevanz konfrontiert Holzkamp Forschung und Praxis der Psychologie. Bei seiner Analyse und Bestandsaufnahme psychologischen Forschens und Handelns dient ihm der Begriff der emanzipatorischen Relevanz als Wertmaßstab. Kritisch wendet Greif (1976, S. 95) hier allerdings ein, daß die Erläuterungen des emanzipatorischen Relevanz-Konzepts - wie "Selbstaufklärung des Menschen über seine gesellschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten", "Verbesserung seiner Lage" zu einer Klärung wenig dienlich sind. Auch die im weiteren Text Holzkamps anzutreffenden Ausführungen lassen keine nähere Präzisierung zu. Die im Zuge eines Erklärungsversuchs neu eingeführten Begriffe wie "manipulatorisches Interesse" erscheinen selbst klärungsbedürftig.

Die unzureichende Begriffsexplikation und die "Unfertigkeit" seines Konzepts sieht Holzkamp (1970, S. 22) selber: "Unsere Hinweise auf die Möglichkeit einer kritischen, emanzipatorisch relevanten psychologischen Forschung sind mehr als vage und haben nicht den Charakter einer schon ausgeführten Konzeption, sondern bestenfalls den Charakter eines Programms".

Auf eine umfassendere Kritik an der Holzkampschen "Kritischen Psychologie" kann hier nicht näher eingegangen werden (es sei in diesem Zusammenhang auf die "Kritik der kritischen Psychologie" (1973) von Albert und Keuth verwiesen). Die geringe Kompromißbereitschaft in der Auseinandersetzung über die Kritische Psychologie mag an einem Zitat von Brocke et al. (1973, S. 6) deutlich werden: "Anbetracht all dessen ist zu vermuten, daß in absehbarer Zeit die kritisch-emanzipatorische Psychologie nurmehr eine Episode am Rande der Psychologiegeschichte sein wird". Greif (1975, S. 97) - zwar ebenfalls ein Kritiker des Holzkampschen Konzepts - sieht dies allerdings anders. Seiner Meinung nach kommt dem Ansatz der Kritischen Psychologie "eine hohe fachhistorische Bedeutung zu... Zweifellos brachte er entscheidende Anregungen für verschiedene Formen der gesellschaftskritischen Auseinandersetzung mit Theorie, Empirie, Praxis, Möglichkeiten und Gefahren moderner Psychologie".

4.2. Der Zusammenhang zwischen sozialen und rechtlichen Normen

Die Bedeutung sozialer Normen für die Steuerung intra- und interindividuellen menschlichen Verhaltens steht außer Frage. Im Rahmen bestimmter normierter Interaktionsweisen handeln und bewegen sich Menschen in einem jeweiligen sozialen System; der anthropologische Daseinsbereich ist von Normen unterschiedlichster Struktur und Entwicklung eng durchsetzt. Eine Forensische Psychologie muß daher die Funktion der Rechtsnormen in der sozialen Struktur entscheidend mitberücksichtigen. Es gilt also als wesentliche Zielprojektion, das Verhältnis und die Wechselwirkung zwischen Rechtsnormen und gesellschaftlichen Normen in die Grundüberlegungen zum Entwurf einer sozialwissenschaftlich orientierten Forensischen Psychologie aufzunehmen.

4.2.1. Norm als sozialwissenschaftlicher Grundbegriff

4.2.1.1. Soziologische Normdefinition

Unter dem soziologischen Begriff der Normen (von lateinisch "norma" = Winkelmaß) versteht man bestimmte verbindliche Erwartungen, die die Mitglieder einzelner Gruppen oder Gesellschaften unter bestimmten Umständen oder in bestimmten Situationen voneinander haben und die im wirklichen Verhalten praktiziert werden (König 1967, S. 36). Diese sich als Regeln ausdrückenden Erwartungen sind dem Individuum bekannt - ohne dabei unbedingt interiorisiert zu sein - oder werden von ihm vermutet und gestalten das Zusammenleben in Gruppen verschiedener Art und Genese.

Eine soziologische Definition der Norm mit Akzentuierung der "normativen Kraft" stellt Dubischar (1974, S. 44) vor: "Eine Norm ist eine kontrafaktisch stabilisierte Erwartung, und Normativität ist jener besondere Stil des Erwartens, in dem sich ausdrückt, daß die Erwartung nicht geändert wird, obgleich sie enttäuscht wurde: man verhält sich in diesem Falle nicht anpassungsbereit und 'lernbereit', sondern beharrt auf

seiner vorherigen Einstellung. Genau in dieser Beharrungstendenz und Unabänderlichkeit der bestehenden Erwartung liegt das Wesen der Normativität." Dieses von Dubischar als "Renitenz" bezeichnete Element wird in vielfältiger Weise symbolisiert: so etwa als Glaube bei normkonformem und als Schuld bei normwidrigem Verhalten.

Sittlich-moralische Vorstellungen, die durchaus vom tatsächlichen Verhalten abweichen können, ideologische Aspekte und Glaubensansichten werden unter dem Begriff "Werte" zusammengefaßt und sind von den "Normen", die sich auf das konkrete Verhalten beziehen, zu unterscheiden (Homans 1950). Einem Abweichen von in einem sozialen System grundsätzlich anerkannten Werten als Repräsentanten eines höheren sittlichen Anspruchs wird mit wesentlich größerer Toleranz begegnet als einem Normverstoß, der weit eher als "abweichendes Verhalten" disqualifiziert wird.

4.2.1.2. Normen als Elemente des Verständigungszusammenhangs

Dubischar (1974) begreift Norm und Normativität als "Frage eingespielter Kommunikation." Nach diesem soziologischen Modell kann die Faktizität einer Norm daraus abgeleitet werden, daß aus der Vielzahl möglicher Verhaltensreaktionen oder Verhaltensstile einige - unter unterschiedlich hohem Rationalitätsgrad - akzeptiert wurden oder sich "lebenspraktisch" bewährt haben. Dieses Modell mutet nach Dubischar geradezu "demokratisch" an, da die "vielen alltäglichen, plebiszitären Weigerungen gegenüber (stets möglichen) Normänderungen oder Normverletzungen die Norm bestätigen und ihre Geltung sichern. Im Idealfall wurde eine solche Norm in 'herrschaftsfreier Diskussion' beraten, beruht sie auf einem 'vernünftigen Konsensus', hat sie sich in der Praxis so gut bewährt, daß ihr Geltungsanspruch unbestritten ist" (S. 45).

Ein Grenzphänomen des genormten Verhaltens liegt in der von Sozialpsychologie und Ethnologie aufgezeigten Erkenntnis, daß, wie schon Dewey (1922) formulierte, in den menschlichen Verhaltensweisen "das Erworbene das Ursprüngliche ist". D.h.,

daß das phänomenologisch reaktiv wirkende Verhalten im Kern "Ausdruck einer Sedimentierung früherer normativer Gestaltung ist, die zur 'zweiten Natur' wurde. Die 'normative Kraft des Faktischen' (G. Jellinek) ist dann in Wahrheit unter Umständen selber Produkt genormten Verhaltens, das zur Gewohnheit geworden ist" (König 1967, S. 38).

Die Anthropologie sieht den Menschen vor allem durch einen weitgehenden Abbau angeborener Verhaltensweisen vom Tier unterschieden. Die Gefährdung durch diese sog. "Instinktfreiheit" werde nur teilweise durch einen höheren Enzephalisationsgrad kompensiert. Die Vielzahl menschlicher Handlungsmöglichkeiten verlangt nach Selektion, damit sich im jeweiligen sozialen System eine tragfähige Struktur etablieren kann. Die Auswahl potentieller Verhaltensmuster ("patterns of culture") ist für das Individuum eines sozialen Systems nicht nur verbindlich, sie entlastet es auch durch Reduzierung andernfalls ständig anstehender Entscheidungssituationen (Gehlen 1969, S. 95).

Die gesellschaftlich sanktionierten Verhaltensmuster, konkretisiert als Normen oder Regeln, sind jedoch nicht im gleichen Maß zwingend wie die Instinkte, sie bedürfen daher einer ständigen Absicherung und Kontrolle: "Strenge Gesetze, die auf göttliche Satzungen zurückgeführt werden, und die Androhung harter Strafen bis zur ewigen Verdammnis müssen beim Menschen die Einhaltung kultureller Spielregeln erzwingen, die bei den instinktiven Verhaltensweisen von selbst funktionieren" (Schwidetzky 1975, S. 127).

4.2.2. Die Regeln des Rechts in den sozialen Normensystemen

Der einführenden Darstellung, was aus soziologischer Perspektive unter "Norm" zu verstehen ist, schließt sich die Frage an, von welchen Norm-Vorstellungen die Jurisprudenz ausgeht, und in welchem Verhältnis die Rechtsnormen zu anderen Systemen normierten Sozialverhaltens stehen.

4.2.2.1. Norm-Vorstellungen der Jurisprudenz

Recht und Rechtsnormen können nach Lautmann (1971, S. 34) von dem Sozialwissenschaftler gleichgesetzt werden, sie "sind zweckmäßig als analytisch äquivalente Begriffe anzusehen." In ähnlicher Weise argumentiert auch Parsons (1962, S. 56), der das Recht nicht als faktisch-deskriptive Bestandsaufnahme menschlichen Verhaltens sieht, sondern es in Beziehung zu Wertbegriffen, Normen und Regeln setzt.

Den theoretischen Wert, den die rechtliche Norm für den Juristen hat, vergleicht Dubischar (1974, S. 56f) in plastischer Weise mit dem Wert, den das Molekül für den Chemiker und das Wort für den Linguisten darstellt. Man habe es dabei jeweils mit elementaren Einheiten zu tun, die zwar weiter unterteilbar seien, "aber als Norm oder Molekül eigenständige und theoretisch wichtige Größen bilden: Das Molekül bildet den kleinsten für sich existenzfähigen Teil eines chemischen Stoffes, das Wort faßt Buchstaben zu einer Aussage zusammen, die Norm präsentiert sich als Arrangement von Worten, die ein Gebot oder Verbot zum Ausdruck bringt."

Abstrahiert von den unterschiedlichen Gebots- und Verbotsinhalten der einzelnen Norm stellen diese in der wissenschaftstheoretischen Terminologie ein Konstrukt dar. Wobei nach Seiffert (1969, S. 190) Konstrukte als Begriffe zu begreifen sind, die der Transformation aus der Beobachtungssprache in die theoretische Sprache dienen; sie bilden das Rückgrat der theoretischen Sprache.

Wenn der Jurist auch an der Rechtsordnung als ganzer oder am "Geist des Rechts" orientiert ist, stützt er sich doch vornehmlich auf einzelne Rechtsnormen bei der Findung und Begründung konkreter Entscheidungen (Dubischar 1974, S. 57).

Vordergründig betrachtet scheinen rechtstheoretische Normkonzepte einen statischen Charakter zu besitzen. Spätestens bei einer "längsschnittlichen" Betrachtungsweise ist dieser Eindruck jedoch zurückzuweisen, denn die historischen und kulturellen Implikationen verbürgen fortwährende Modifikationen.

Dem Anspruch sozialwissenschaftlicher Kritik - daß die juristischen Wesensaussagen über Erscheinung und soziale Aufgabe von Rechtsfiguren und -institutionen das von den empirischen Wissenschaften bereitgestellte Material vernachlässigen - wird teilweise Rechnung getragen: Der Wandel rechtstheoretischer Normvorstellungen läßt sich als "Übergang von einer jurisprudenziellen Rechtsfigurbetrachtung zur soziologischen Funktionsanalyse" beschreiben (Dubischar 1974, S. 58f).

So sieht R. v. Jhering als Vertreter der sog. Imperativtheorie die Rechtsnorm als Zwangsnorm: "Die Norm ist demnach zu bestimmen als abstrakter Imperativ für das menschliche Handeln" (Jhering 1877, 1916⁵, S. 256). Nach dieser Auffassung erzeugen die Rechtsnormen Verpflichtungen, die beim Einzelnen bei Nichterfüllung notfalls zwangsweise durchgesetzt werden können.

Diesem "archaischen Befehlsmodell" wurde später insbesondere von H. Kelsen ein "sachgeprägtes Ordnungsmodell" entgegengesetzt. Für Kelsen (1934, 1960², S. 4) "fungiert die Norm als Deutungsschema"; d.h. (mit den Worten von Lautmann 1971, S. 33): "Unter bestimmten Umständen (bei einem bestimmten Verhalten des Menschen) will der Staat gewisse Handlungen bzw. Unrechtsfolgen setzen. Die Norm ist daher ein hypothetisches Urteil über den Willen des Staates; sie entscheidet einen angenommenen Fall, sofern er sich in Zukunft ereignen soll." Es geht Kelsen in seinem Ansatz nicht um den Bereich des "Seins" - der Inhalt der Rechtsordnung kann nach Kelsen (1960, S. 201) beliebig sein -, der mit den Verfahrensweisen kausal-empirisch ausgerichteter Disziplinen erklärt werden kann (Coing 1969, S. 65), sondern um die nicht auf der Kausalität beruhende Verknüpfung der Elemente: "die Verknüpfung im Rechtssatz ist durch eine von der Rechtsautorität, also durch einen Willensakt gesetzte Norm hergestellt, während die Verknüpfung von Ursache und Wirkung, die im Naturgesetz ausgesagt wird, unabhängig von jedem solchen Eingriff ist" (Kelsen 1960, S. 80).

Auf der Grundlage der Systemtheorie zeigt N. Luhmann (1966, S. 24f), daß der Weg der Wesensaussage zur sozialen Funktionsanalyse hinführt: "Rechtsnormen sind demnach nicht als apriorische Entscheidungsbedingungen zu verstehen, deren vorausgesetzte Richtigkeit die Richtigkeit eines folgsamen Entscheidens gewährleistet. Sie sind selbst Ergebnisse von Entscheidungsprozessen, und je stärker sie spezifiziert werden, desto unvermeidlicher wird es, sie in ihrer Funktion zugleich als Produkt zu verstehen" (Näheres zu dem in den letzten Abschnitten Ausgeführten siehe bei Dubischar 1974, S. 56ff).

4.2.2.2. Der spezifische Ort der Rechtsnormen

Eine Differenzierung der verschiedenen Normensysteme läßt sich entlang eines Kontinuums durchführen, bei dem man sich "Tradition" an dem einen und "höhere Bewußtheit oder Rationalität" an dem anderen Pol vorzustellen hat. Dabei folgt vom ersten Pol ("Tradition") ausgehend auf den oft irrational und unverständlich erscheinenden Brauch die Sitte. In ihrer Nähe stehen bereits niedere Formen des Rechts, die sich vor allem in Spruchweisheiten manifestieren. Es sind "Gebote der Väter", die häufig mit religiösen Offenbarungen verwoben einen gewissen Gesetzescharakter zu erkennen geben (dabei ist z.B. an die Gesetze des Hammurabi, die Gesetzestafeln des Moses, die römischen Zwölf-Tafel-Gesetze zu denken).

Aus soziologischer Sichtweise basieren die kodifizierten Normen des Rechts auf dem Normenbereich des Gewohnheitsrechts und auf anderen - außerrechtlichen - Normensystemen. Diese sind den Rechtsnormen unter- oder übergeordnet, sie können es mildern oder verschärfen. "Man kann auch sagen, daß kein Rechtsinstitut allein kraft rechtlicher Normen in der sozialen Wirklichkeit bestehen kann; sie bedürfen alle einer Ergänzung und Erweiterung durch außerrechtliche Normen" (König 1967, S. 44f).

Stichwortartig zusammengefaßt lassen sich die Normen des Rechts innerhalb der anderen Normensysteme wie folgt charakterisieren: Rechtsnormen liegen weitgehend in fester sprachlicher Form vor, sie sind in eine Systematik eingeordnet, die

dem Gedanken der inneren Widerspruchslosigkeit folgt. Eine spezifische, ausgewählte Population mit staatlicher Sanktionsmacht überwacht die Einhaltung der Normen, damit wird das juristische Normensystem den organisatorischen Institutionen des Staates eingegliedert. Mit dem dispositiven Anspruch der Rechtsnorm tritt ein deutlich rational planendes Moment in den Vordergrund. Auch wenn das Normensystem des Rechts rein rationale Aktionen beinhaltet, so sind doch "auf Grund ihres historischen Ursprungs und seiner Struktur immer auch Momente minderer Rationalität im System der Rechtsnormen enthalten, z.B. (philosophische) Ideen vom 'richtigen' Recht im wertrationalen Sinne, die der reinen Zweckrationalität notwendigerweise als unreal erscheinen; dazu gehören noch andere Rechtsideen verschiedener (naturrechtlicher oder christlicher) Herkunft" (König 1967, S. 47). So ist dem Normensystem des Rechts trotz seines teilweise hohen Rationalitätsgrades - ausgedrückt in extensiver Planung und zweckorientiertem Organisieren - eine relative Irrationalität nicht abzusprechen.

4.2.3. Wechselwirkung zwischen sozialen und rechtlichen Normen

4.2.3.1. Die Relativität der Rechtsordnung

Die Komplexität der modernen Gesellschaft, die Instabilität sozialer Norm- und Wertsysteme, das Streben nach Gerechtigkeit und die Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Rechtssicherheit verkomplizieren Rechtssetzung und -geltung und bedingen die (unvermeidbare) Relativität jeder Rechtsordnung. Die Wechselwirkung zwischen den genannten Faktoren fordert eine ständige Neuorientierung und jeweils neue Integrationsleistungen.

Waren in traditionsgeleiteten Gesellschaften Werte und Verhaltensnormen relativ homogen, ist die heutige Gesellschaft durch pluralistische Wertvorstellungen und entsprechend unterschiedliche Verhaltensmuster charakterisiert. So sind nur

ein Teil der gesellschaftlichen Verhaltenserwartungen mit juristischen Daten zu identifizieren und nicht jede rechtliche Norm deckt sich mit relevanten sozialen Verhaltensmustern. Die die heutige pluralistische Gesellschaft kennzeichnende Differenziertheit an Werten, Moral und Normen läßt nicht zu, daß eine "herrschende" Meinung allein sich in der Rechtsordnung niederschlägt. Die Ansprüche verschiedener sozialer Gruppierungen müssen - was zum Teil und mit unterschiedlicher Ausprägung auch geschieht - berücksichtigt werden. Spannungen, die dadurch im Verhältnis zum Recht bestehen, sind in einer Gesellschaft, die die Vielgestaltigkeit ideologischer, sozialer und realpolitischer Phänomene als optimale Daseinsform betrachtet, sicherlich niemals ganz zu vermeiden.

Die Komplexität der gesellschaftlichen Struktur beleuchten beispielsweise auch Mitscherlich und Mitscherlich (1967), wenn sie sagen, daß nicht mehr der Singular, sondern nur noch der Plural des Wortes "Moral" heute im "Zeitalter der Konfrontation der Moralordnungen, eines Bewußtseins von der Koexistenz solcher Moralbereiche" (S. 164) als einzig möglich erscheint. Ähnlich meint Engisch (1971, S. 93), "daß es die Moral, d.h. eine einzige, in sich geschlossene absolut gültige Moral ... nicht als wissenschaftlich beweisbaren Normenkomplex gibt"; es läßt sich eigentlich nur noch von "Moralen" sprechen.

Auch am Beispiel der "Moralen" zeigt sich die Instabilität sozialer Normen. Es handelt sich hier nicht um etwas Statisches, Unwandelbares, vielmehr hat man (nach Mitscherlich und Mitscherlich 1967, S. 165) "davon auszugehen, daß auch 'Moralen' ein Teil der geschichtlichen Wirklichkeit sind. Sie kommen und gehen. Der Umbau am Komplex der Sittengesetze ist einer der dynamischen Faktoren dieser Wirklichkeit. Die jeweilige Moral wird vom gesamtgesellschaftlichen Prozeß ergriffen und wirkt ihrerseits auf ihn zurück."

Bedarf die antiquierte Anschauung vom Recht als etwas Metaphysischem und Übersinnlichem keiner Diskussion mehr, so muß

Wassermann (1974, S. 14) dennoch mit Befremden feststellen, daß es immer noch heißt, "Recht sei eine von äußeren Verhältnissen und deren Veränderungen unabhängige Kulturleistung." Es ist daher die Alternativvorstellung zu betonen, daß das Recht "verfügbar, machbar und veränderbar ist, und daß diese Veränderungen nicht ewigen Wahrheiten, sittlichen Imperativen oder logischen Eigengesetzlichkeiten folgen, sondern von außen her, von der Gesellschaft, beeinflußt, wenn nicht sogar bestimmt werden" (ibd., S. 15).

4.2.3.2. Rechtsnormen und soziale Wirklichkeit

Zwar hat die Rechtsgeschichte das Herauswachsen rechtlicher Normen aus den Wertvorstellungen einer konkreten Kulturgemeinschaft nachgewiesen (vgl. dazu Mitteis 1974), doch ist damit - wie bereits besprochen - keinesfalls zwingend von einer historischen Priorität der sozialen Norm zu sprechen. Die Orientierung der Rechtsnorm erfolgt nicht nur an der sozialen Wirklichkeit, sondern vor allem auch an abstrakten, rechtsethischen Grundsätzen. Daher treten nach König (1967, S. 45) umfassende Rechtssysteme immer als etwas Neues auf, und daher stellt sich das Recht im Moment seiner Entstehung - anders als die übrigen sozialen Normensysteme - häufig in Gegensatz zur Tradition. Allerdings wird es später seinerseits wieder Bestandteil der Tradition.

Jede Rechtsordnung versucht, Rechtssicherheit zu gewährleisten, d.h. innerhalb eines bestimmten Rahmens eine gewisse Verlässlichkeit zu garantieren. Denn kaum eine Gesellschaftsform - von utopistischen Entwürfen abgesehen - wird es zur generellen Maxime erheben wollen, ohne zwingende Notwendigkeit die soziale Entwicklung durch zu häufige und kurzlebige Gesetzesänderungen zu verunsichern.

Das Postulat der Rechtssicherheit bringt es mit sich, daß sich Rechtsnorm und tatsächliches Verhalten entfernen können, und daß diese Entfernung so weit gehen kann, daß die kodifizierte Verhaltensanweisung und das reale Verhalten kaum noch eine Beziehung aufweisen. Wenn auch nicht aus der sozialen Perspektive, so doch vom System der Rechtsordnung her sieht König (1967, S. 50) hierin eine positive Funktion:

Der dogmatische Ansatz der Rechtssicherheit evoziert "eine gewisse Absonderung des Rechtsnormensystems vom wirklichen sozialen Verhalten, was zweifellos wesentlich mit zur Autonomisierung der Rechtsnormen beigetragen hat." Würde man das kodifizierte Recht unmittelbar den augenblicklichen sozialen Verhältnissen anpassen, müßte der Begriff der Rechtsnorm aufgehoben werden und die Rechtswirklichkeit würde allein auf der Rechtsprechung beruhen.

4.2.3.3. Die soziologische Geltung des Rechts

Man spricht von einer soziologischen Geltung des Rechts, wenn von dessen "Positivität" die Mehrzahl der Bevölkerung entschieden überzeugt ist. Hierauf gründet die "Anerkennungstheorie", die das eigentliche Fundament der Rechtsgeltung darin sieht, daß die Gesamtheit der einer Rechtsordnung zugehörigen Individuen dieses Recht als verbindlich annimmt (Coing 1969, S. 289). Max Weber versteht die Anerkennung als die "Durchschnittschance", daß die von der Rechtssatzung Betroffenen sie als praktisch gültig für ihr Verhalten betrachten; "auf ihr beruhe die 'empirische' oder 'soziologische' Geltung, die er von der juristischen oder Soll-Geltung ('idealen' Geltung) unterscheidet" (Welzel 1966, S. 12).

Die Komplexität und Dynamik gesellschaftlichen Lebens läßt eine generelle Anerkennung der Rechtsordnung von der Gesamtpopulation nicht zu, lediglich für partielle Lebensbereiche oder einzelne Rechtsgebiete kann dieser Anspruch erfüllt werden.

Geht eine bestimmte gesetzliche Regelung zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mit der Auffassung und den Verhaltensweisen der Bevölkerung konform, so führt in vielen Fällen der beschleunigte Wandel sozialer Verhaltensnormen bald zu Diskrepanzen: das geltende Recht entfernt sich von tatsächlichen Verhaltensformen, es wirkt veraltet und es erweist sich als retardierendes Element gesellschaftlichen Fortschritts. Dieser "social lag", der dem Recht anhaftet, ist kaum vermeid-

bar, "da die nur allmählich vor sich gehenden gesellschaftlichen Veränderungen erst eine bestimmte Verbindlichkeit in der Gesellschaft insgesamt erlangt haben müssen, ehe sie sich in der Rechtsordnung niederschlagen, das heißt zu Rechtsänderungen führen können. Die Rechtsordnung gibt also nur zögernd Entwicklungstendenzen nach, und die Welt des Seins und die des rechtlichen Sollens stehen so in einem Verhältnis der Phasenverzögerung zueinander" (Danzig 1974, S. 9).

Allerdings findet man gelegentlich auch eine Umpolung der Phasenverzögerung: das Recht kann sich ganz bewußt von traditionellen Vorstellungen und tradierten sozialetischen Anschauungen loslösen (Engisch 1971, S. 98; Danzig 1974, S. 10) und neue Leitbilder aufstellen (wie in der BRD z.B. durch Abschaffung der Todesstrafe, Gleichstellung von Mann und Frau, Reform des Nichteheleichenrechts). Seiner ganzen Anlage nach und vor allem, um den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit zu genügen, zeigt die gesamte Rechtsordnung jedoch einen überwiegend statischen und bewahrenden Charakter. Allerdings wirkt hier als Korrektiv eine der Diskontinuität gesellschaftlichen Verhaltens erwachsene dynamische Komponente, die sich vor allem durch die den meisten Gesetzen immanenten Auslegungsfähigkeit mittels unbestimmter Rechtsbegriffe äußert und sich im sog. "Richterrecht" manifestiert.

4.3. Konflikt- und Entscheidungspsychologie

Gedanken und Erfahrungssätze aus dem Bereich der Konflikt- und Entscheidungspsychologie erweisen sich bei den Bemühungen, Ansätze zur Konzeption einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Forensischen Psychologie aufzuzeigen, von solcher Wertigkeit, daß dieser thematische Bereich wissenschaftlicher Psychologie nicht unerwähnt bleiben kann.

4.3.1. Konflikt und Entscheidung in der wissenschaftlichen Psychologie

Der Konflikt zwischen Normen, Interessen, Bedürfnissen etc. und die Entscheidung als Konfliktlösungsmöglichkeit gehören zu den elementaren Erscheinungsweisen menschlich-sozialen Lebens. Darüberhinaus ist das Phänomen des Konflikts auch in anderen nicht-humanen sozialen Konstellationen anzutreffen, wie die Vergleichende Verhaltensforschung an vielen Beispielen gezeigt hat (Tinbergen 1964; Lorenz 1965).

Die umfangreiche Literatur zum Thema Konflikt war bis in die 50er Jahre überwiegend theoretisch ausgerichtet; es wurde versucht, die verschiedenen Konfliktformen zu systematisieren, Lösungswege aufzuweisen und Möglichkeiten zur Konfliktvermeidung zu entwickeln. Experimentelle Forschungen (vgl. dazu Feger 1965) setzten auf breiterer Basis erst ein, als die Ergebnisse der mathematischen Spieltheorie durch v. Neumann und Morgenstern (1944) auch nichtmathematischen Wissenschaftlern zugänglich wurden (Dornette u. Pulkowski 1974, S. 8).

In neuerer Zeit wird vermehrt eine sozialkritische Einstellung zur Konfliktforschung geäußert (vgl. Senghaas 1970; Krysmanski 1971). Insbesondere wird der Vorwurf erhoben, daß sich die Überlegungen der Konfliktforscher auf eine reine "Befriedigungsforschung" konzentrieren (Dornette u. Pulkowski 1974, S. 9), da sie zu einseitig auf die Auftraggeberinteressen orientiert sind und damit systemimmanent bleiben. Dadurch werden nach Senghaas (1970) die zugrundeliegenden Probleme "der strukturellen Ursachen, der Rationalität und Irrationalität von Konflikten wie auch beispielsweise der Konfliktaktivierung als einem wichtigen und wirksamen Mittel zur Bewußtmachung und Lösung von Konflikten" (S. 10) viel zu wenig berücksichtigt.

Wenn auch die Anzahl der Definitionen des Begriffs "Konflikt" nahezu so groß ist, wie die der Autoren, die sich mit dieser Thematik befaßt haben (Dornette u. Pulkowski 1974, S. 11),

so lassen sich doch einige generelle Charakteristika feststellen. Es besteht dahingehend Einigkeit, Konflikt als Bezeichnung zu verstehen für das Auftreten von zwei oder mehr gegensätzlichen oder zumindest nicht vereinbarer Denk- oder Verhaltenstendenzen von gleicher oder unterschiedlicher individueller Bedeutsamkeit. Als Konsequenz dieser diskordanten Tendenzen werden verschiedene Folgezustände genannt: intrapsychische Störungen, Beeinträchtigungen des Umweltbezuges, affektive Desorganisation des Verhaltens, momentaner oder anhaltender Orientierungsverlust u.a. (Dietrich u. Walter 1970, S. 156).

Tiefe und Stärke eines Konflikts sind nach Thibaut und Kelley (1966) eine Funktion von vier Variablen: die Anzahl der konkurrierenden Reaktionen, der Grad ihrer Inkompatibilität, ihre absolute Stärke und das Ausmaß, in dem sich die Intensitäten ähneln.

Langenheder faßt in seiner "Theorie menschlicher Entscheidungshandlungen" (1975) die Entscheidung in einer präzisen Nominal-Definition. Die Entscheidung (-shandlung) als eine Teilmenge aus der Gesamtheit menschlicher Verhaltensweisen grenzt er wie folgt ab: "Das Verhalten, das eine Person P in einer bestimmten Situation S zu einem bestimmten Zeitpunkt t_0 ausführt, wollen wir dann und nur dann eine Entscheidungshandlung nennen, wenn die Person P in der gegebenen Situation und zu dem gegebenen Zeitpunkt t_0

1. mindestens zwei alternative Handlungsmöglichkeiten wahrnimmt und
2. sich auf Grund bestimmter angegebbarer Kriterien für eine dieser Handlungsmöglichkeiten entscheidet" (S. 37).

Teilweise werden die Begriffe "Konflikt", "Entscheidung" und "Wahl" synonym gebraucht, teilweise werden sie in unterschiedlicher Bedeutung benutzt. Nach Lehr (1965) liegt eine weitgehende Austauschbarkeit der Begriffe vor: "Die Übersicht über die Arten, in denen innerhalb der einschlägigen Literatur das den 'Konflikt' bzw. die 'Entscheidung' oder 'Wahl'

Kennzeichnende umschrieben wird, läßt ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen dem Bedeutungsgehalt dieser Begriffe erkennen. Das Kriterium der Auslösung mehrerer Verhaltenstendenzen, das speziellere des In-Erscheinung-Tretens von Verhaltenstendenzen, die miteinander unvereinbar sind, wie jenes der Störung des Verhaltenssystems, treffen auf jeden dieser Begriffe zu. Ebenso gilt sowohl für den 'Konflikt' wie für die 'Wahl' wie auch für die 'Entscheidung', daß sie Zustände bzw. Vorgänge mehr oder weniger großer 'Unorientiertheit' bezeichnen und auf eine Lösung im Sinne der Eindeutigkeit, der Aufhebung der Störung drängen" (S. 312).

Die hohe Übereinstimmung in der konnotativen Bedeutung der drei anstehenden Begriffe ist unbestreitbar (vgl. dazu auch Feger u. Feger 1969), dennoch soll für das weitere Verständnis eine Differenzierung und damit Einengung der Begriffe vorgenommen werden. Wie bereits angedeutet wird "Entscheidung" wie auch "Wahl" als eine Form der Konfliktlösung angesehen. Damit erscheint die Subsumierung des Begriffs "Entscheidung" unter den des "Konflikts" sinnvoll. Vor allem auch wegen dem weiter gesteckten Bereich von Phänomenen, die mit Konflikt bezeichnet werden; man denke dabei an die Konflikttheorie in der Psychoanalyse und an den Zusammenhang von Konflikt und Neurose bzw. psychosomatischer Störung. Versteht man Konflikt als "das Resultat von zwei oder mehr gleichwertigen, aber miteinander unvereinbaren Reaktionstendenzen" (Cofer u. Appley 1964, S. 429), so wird der motivationale und soziale Bezugsrahmen deutlich. Konflikt- und Entscheidungspsychologie sind daher ^{unter} systematischem Blickwinkel der Motivationspsychologie und der Sozialpsychologie zu subsumieren.

4.3.2. Theoretische Ansätze zum Konflikt- und Entscheidungsverhalten

Die von einer Vielzahl von Wissenschaftlern entwickelten Ansätze zur Beschreibung und Erklärung menschlichen Konflikt- und Entscheidungsverhaltens weisen zum Teil beträchtliche Unterschiede auf. Dennoch kann man sie mit Langenheder (1975, S. 3) in drei Hauptrichtungen zusammenfassen: 1. entscheidungs- und spieltheoretische Ansätze, 2. sozialpsychologisch-soziologische Ansätze und 3. motivations- und lernpsychologische Ansätze.

Diese drei Richtungen sind allerdings auf unterschiedlicher Ebene platziert und bezüglich Fragestellung und Zielsetzung nur bedingt vergleichbar. Geht es im ersten Ansatz primär um die Simulation von Konflikt und Konfliktlösung und um berechenbare Prognosen, so befaßt sich der zweite Ansatz in erster Linie mit der durch die sozialen Bedingungen gegebenen Unvermeidbarkeit des Konflikts. Der dritte Ansatz zielt auf eine deskriptive Analyse der Konfliktverläufe und deren Formalisierung.

4.3.2.1. Spieltheoretische Ansätze

In enger Beziehung zur Ökonomie und zur angewandten Mathematik stehen die entscheidungs- und spieltheoretischen Ansätze, die ein recht einheitliches und geschlossenes System darstellen. "Spieltheorie ist eine Methode zur Untersuchung von Entscheidungen in Konfliktsituationen. Sie behandelt menschliche Entscheidungsprozesse, in denen die einzelne Entscheidungseinheit keine vollkommene Kontrolle über andere Entscheidungseinheiten ihrer Umwelt ausübt. Sie richtet sich auf Probleme, die Konflikt, Kooperation oder beides mit sich bringen. Die Entscheidungseinheit kann eine einzelne Person, eine Gruppe, eine formelle oder informelle Organisation oder eine Gesellschaft sein" (Shubik 1965, S. 18).

Die mathematische Ausgangssituation, auf die alle entscheidungs- und spieltheoretischen Ansätze zurückzuführen sind,

lautet nach Langenheder (1975, S. 3) folgendermaßen: Vorgegeben ist ein Zustand, "in dem ein Individuum zwischen zwei (oder mehreren) alternativen Möglichkeiten zu wählen hat. Diese Alternativen sind in der Regel (aber nicht notwendigerweise) unterschiedliche Varianten eines bestimmten Glücksspielles. Für jede dieser zur Auswahl stehenden Varianten eines Glücksspielles besteht eine bestimmte 'Auszahlungsmatrix'. Die Auszahlungsmatrix gibt für jeden möglichen Zustand, der nach der Durchführung des Spieles eintreten kann ... an, wieviel das Individuum gewinnt oder verliert."

Wenn auch das mathematische Grundproblem der entscheidungs- und spieltheoretischen Ansätze gleich geblieben ist, so haben sich doch zwischen den klassischen und den heutigen Modellen erhebliche Unterschiede herausgebildet. Sie bestehen vor allem darin, daß eine objektive Nutzenvorstellung einer weitgehenden Subjektivierung Platz gemacht hat, daß bei den Analysen der Nutzenvorstellungen heute weit mehr nicht-monetäre und nicht-ökonomische Güter berücksichtigt werden, daß die früheren, ausschließlich präskriptiven (normativen) Fragestellungen durch deskriptive Entscheidungsmodelle (d.h. wie entscheiden sich Individuen tatsächlich) ergänzt werden und daß in zunehmendem Maße Prozesse der Informationsverarbeitung und der Wahrnehmung in die Entscheidungsmodelle mit einbezogen werden (Langenheder 1975, S. 5ff).

Das Spielmodell, dessen heuristischer Wert unbestritten ist (Rapoport 1970), ermöglicht in der empirischen Laborforschung die Auslösung und Durchführung von "künstlichen" Konflikten unter experimentellen, also verhältnismäßig gut kontrollierbaren Bedingungen. Gleichzeitig ermöglicht es auch die quantitative Erfassung von Entscheidungsverhalten, Kooperations-tendenzen oder unkooperativen Neigungen etc. anhand der vorgegebenen strategischen Bedingungen. Ein gravierender Nachteil der Spieleexperimente stellt dagegen zweifelsohne ihr hoher Abstraktionsgrad dar; eine Transformation auf konkretere Ebenen ist nur bedingt möglich, d.h. es lassen sich nur mit starken Einschränkungen Rückschlüsse auf das Life-Verhalten ziehen. Dies ist jedoch eine Einschränkung, die nahezu

für alle experimentellen Laboruntersuchungen im Bereich der Sozialpsychologie gesehen werden muß (vgl. dazu Bredenkamp 1969).

Bezüglich Fragen nach weiteren begrifflichen Erläuterungen, nach Modellkonstruktionen und der allgemeinen und speziellen Anwendungsrelevanz spieltheoretischer Ansätze speziell für Sozialwissenschaftler muß auf weiterführende Literatur verwiesen werden (u.a. bieten sich dazu an: Siegel et al. 1964, Shubik 1965, Bartos 1967, Abelson 1968, Ofshe a. Ofshe 1970).

4.3.2.2. Sozialpsychologische Ansätze

Als eine weitere Hauptrichtung, Konflikt- und Entscheidungsverhalten zu erklären, waren die sozialpsychologischen Ansätze genannt. Darin wird, teilweise auf motivationstheoretischen Modellen aufbauend, versucht, Konflikt und Entscheidung in Kommunikation und Interaktion mit anderen Individuen zu erfassen.

Mueller und Thomas (1974) vertreten die These, "daß totale Interaktion, vollkommenes Eins-sein mit der Gruppe, 'Begegnung' im existentiellen Sinn, wenn nicht prinzipiell unmöglich, so doch praktisch außerordentlich unwahrscheinlich sind ... Da aber prinzipiell jede Interaktion den ganzen Menschen anspricht, ist es statistisch nahezu unmöglich, daß in einer bestimmten Interaktionssituation alle Aspekte des Verhaltens so aufeinander abgestimmt sind, daß eine völlige Harmonie herrscht" (S. 393). In der Beziehung von Individuum und Gruppe ist ein weiteres wichtiges und für die zu behandelnde Thematik relevantes Prinzip das der Reziprozität. Damit ist gemeint: die Persistenz von Form und Frequenz einer Interaktion in einem zeitlichen Kontinuum bewirkt einen Adaptionsprozeß, der eine Reduzierung der die Interaktion begleitenden emotionalen Reaktionen zur Folge hat. Mit anderen Worten, in einer fortdauernden und gleichbleibenden Interaktion verringert sich die positive emotionale Befriedigung.

Aus der Unmöglichkeit einer totalen Interaktion und dem Problem der Reziprozität ergibt sich zwangsläufig die These von der Unvermeidbarkeit des Konflikts (Sperlich 1971). In jeder

Interaktion muß prinzipiell immer ein doppelter Konflikt enthalten sein; einmal "zwischen den Partnern der Interaktion, die nicht in der Lage sind, sich völlig aufeinander einzustellen, und ... zwischen dem aktuellen Niveau der Interaktion und dem an die Interaktion gestellten Anspruch" (Mueller u. Thomas 1974, S. 395).

Bis in jüngste Zeit haben die meisten sozialwissenschaftlichen Theorien den Konflikt als Störung und Ausnahme begriffen. Es wurde übersehen, daß die Interaktion notwendigerweise den Konflikt in einem gewissen Ausmaß impliziert. Und so erscheint es phänomen-adäquater, im sozialen Feld den Konflikt als das Normale zu betrachten; der Zustand der Harmonie, als Ausnahme, verlangt dagegen direkt nach einer Erklärung (Mueller u. Thomas 1974, S. 395).

Der Konflikt ist in der Regel affektiv negativ besetzt, und er verbreitet daher keineswegs eine Stimmungslage der Spannungslosigkeit und Ausgeglichenheit. Der Konflikt bewirkt immer eine zumindest minimale Störung, die allerdings bis zur Zerstörung und Auflösung der Ordnung eines Systems gehen kann. Der aufkommende Spannungsdruck fördert die Tendenz, eine Lösung des Konflikts anzustreben.

Eine gruppenspezifische, produktive Konfliktlösungsmöglichkeit besteht nach Kelley und Thibaut (1969) in der Bewältigung von drei Teilproblemen: 1. Verteilung und Einsatz von Information, 2. Kontrolle und Koordination der zur Konfliktlösung erforderlichen Verhaltensweisen und 3. Verteilen des durch Konfliktlösen erzielten Gewinnes.

4.3.2.3. Motivationspsychologische Ansätze

Ein dritter Schwerpunkt in der Erforschung menschlichen Konflikt- und Entscheidungsverhaltens ist in den motivationspsychologischen Ansätzen zu sehen. Für Thomae - auf dessen Buch "Konflikt, Entscheidung, Verantwortung" (1974) dieses Unterkapitel entscheidend aufbaut - liegt der systematische Zusammenhang einer Konflikt- und Entscheidungstheorie in der

Motivationstheorie. Denn begreift man Konflikt als inkompatible Reaktionstendenzen, dann "ist der Kontext einer Motivationstheorie der adäquateste Ausgangspunkt einer Behandlung des Problems der Entscheidung als einer Form der Konfliktlösung" (S. 24).

Thomae betrachtet das Problem von Konflikt und Entscheidung "als ein solches der Interaktion von stärker kognitiven und stärker motivationalen akzentuierten Phasen eines individuellen oder kollektiven Verhaltens-Kontinuums" (S. 24). Die Theorien zur Konfliktlösung lassen deutlich eine Dichotomie zwischen homöostatischen und kognitiven Motivationsmodellen erkennen (Weiner 1972). Diesem Dualismus in den Motivationsmodellen stellt Thomae die Hypothese von "der situationsspezifischen Determination von Motivationskognitionsinteraktionen" (S. 26) entgegen.

Die Ansätze einer Psychologie von Konflikt und Entscheidung lassen eine deutliche Bevorzugung des Homöostasemodells erkennen und zwar sowohl bei den behavioristischen als auch bei den gestalttheoretischen und psychoanalytischen Theorien. Konflikt ist hier, zusammenfassend gesagt, eine irgendwie geartete Abweichung von der "Normallage" des Handelnden. Konflikt erscheint als eine Art "Fehlprogrammierung"; der möglichst schnellen Rückkehr zur Normallage sind alle Prozesse untergeordnet.

Neben diesem Denkansatz findet sich aber auch die Annahme, daß die in einer bestimmten Situation ausgelösten inkompatiblen Reaktionstendenzen eine notwendige Konsequenz der Komplexität menschlicher Verhaltensstrukturen seien. In diesem Konzept finden die kognitiven Prozesse einen gewissen Eigenwert.

Bei einer von Thomae durchgeführten umfassenden deskriptiven Analyse von Konfliktverläufen und ihren Lösungsformen haben sich ganz bestimmte Kognitions-Motivations-Interaktionen als charakteristisch herausgestellt. Die Konfliktlösung geschieht weder durch Akte eines "reinen" Willens, noch durch die Kraft elementarer Triebe, sondern durch kognitive Strukturen. "Die Konfliktlösung geschieht fast stets durch Rückführung des ge-

genwärtigen Verhaltensproblems auf einen Satz von Überzeugungen, Wertungen, Vorsätzen und Zielsetzungen, der als Ergebnis von Sozialisation und bisheriger Lebensgeschichte dem Individuum zur Verfügung steht" (S. 116). Die kognitive Verarbeitung ist aber fast nie frei von Verzerrungen, die durch ganz bestimmte motivationale Konstellationen bedingt sind. Häufig sind diese Verzerrungen auf "entlastende" Deutungen zurückzuführen. Von Anfang des Konfliktgeschehens an bilden die motivational bedingten kognitiven Verzerrungen einen wesentlichen Bestandteil dieses Prozesses. "Da jedoch kein Konflikt ohne die Verknüpfung des momentan anstehenden Problems und eines der hier sich anbietenden Lösungswege mit einer zentralen kognitiven Struktur gelöst werden kann, stellen Konflikte eine spezifische Form der Interaktion von kognitiven und motivationalen Prozessen dar" (S. 116). Mit diesem multiplikativen Ansatz kann der Vielzahl der Varianten in den einzelnen Konfliktverläufen phänomengerecht auch auf der formalen Ebene entsprochen werden.

4.3.3. Konfliktlösungsformen

4.3.3.1. Klassifikationsversuche

In der psychologischen Literatur finden sich die verschiedensten Vorschläge zur Klassifizierung von Konfliktformen (vgl. dazu die Zusammenstellungen von Pongratz 1961 und Lehr 1965). Dietrich und Walter (1970, S. 156f) unterscheiden folgende Hauptformen von Konflikten:

1. Es läßt sich von Innenkonflikt bzw. von Außenkonflikt sprechen, je nachdem ob sich der Konflikt intrapsychisch oder im sozialen Feld abspielt;
2. im tiefenpsychologischen Sinn wird unterschieden, ob der Konflikt im Bewußten oder Unterbewußten zu lokalisieren ist;
3. in der Kombination anziehender (Appetenz) und abstoßender (Aversion) Valenzen ergeben sich drei Gruppierungen: Appetenz-Appetenz-Konflikt, Aversinns-Aversions-Konflikt und Appetenz-Aversions-Konflikt;

4. Tiefe und Intensität der personalen Betroffenheit können zur Differenzierung in kern- und dezentrierte Konfliktformen herangezogen werden.

Durchaus Raum für die Existenz anderer Konfliktformen offen lassend stellt Thomae (1974) die sog. "echte" Entscheidung und die affektive Konfliktlösung, beides Formen, in denen die vorhandenen kognitiven Systeme zur Situationsbewältigung nicht ausreichen, der normativen Konfliktlösungsform gegenüber. Bei diesen Differenzierungen geht es, wie Thomae (1974) mit Recht bemerkt, nicht um "eine Klassifikation um der Klassifikation willen" (S. 152). Vielmehr sind die Varianten der Konfliktlösungsformen Ausdruck der Interaktion motivationaler und kognitiver Variablen in einer Konfliktsituation, wobei die Interaktion durch persönlichkeitspezifische und sozialisationsbedingte Eigenheiten jeweils modifiziert wird.

4.3.3.2. Entscheidung und affektive Konfliktlösung

Die existentielle oder echte Entscheidung sensu Thomae weist die Momente des Konfliktgeschehens besonders ausgeprägt auf:

1. "Der Bezug zum 'Ich' ist in der echten Entscheidung in besonderem Maße als 'Herausforderung' der Situation an die existierende Kognitions-Motivations-Strukturierung interpretierbar.

2. Die Antizipation künftiger Situationen erfolgt weiter aus-
holend, zum Teil bewußter als in allen anderen Konfliktformen.
3. Die Ungewißheit der Situation ist durch den Konflikt zwischen kognitiven Systemen mit z.T. ausgeprägter Zukunftsdimension besonders prägnant faßbar.

4. Die Bemühungen um Aufhellung der Ungewißheit werden in mehr intensiven Bemühungen um Informationsgewinn und Informationsverwertung erkennbar.

- 5... Die Lösung des Konflikts kann hier nicht durch die Feststellung der 'Stimmigkeit' einer Alternative mit einem kognitiven System von großer funktionaler Dominanz erfolgen... Die Situation kann nur durch eine Umstrukturierung der kognitiv-motivationalen Interaktion ('Sinnfindung', 'Selbstverwirklichung') bewältigt werden" S. 120).

Beinhaltet die existentielle Entscheidung als zentralen Prozeß eine deutliche Zukunftsorientierung, so ist die affektive Konfliktlösung gerade durch den Mangel an Zukunftsbezogenheit charakterisiert. Bei der affektiven Konfliktlösungsform ist durch die Ausschaltung der normativen und der meisten übrigen kognitiven Systeme eine Risikoabwägung nicht oder nur kaum gegeben. Situationen, die zentralste Bereiche der Person berühren und deren weiteres Ertragen als bedrohlich und affektnegativ erlebt wird, werden unter Vernachlässigung des Zukunftsaspekts allein gegenwartsbezogen aufgelöst. Dieser Handlungstyp der Affektreaktion ist von Kretschmer (1962) unter dem Oberbegriff der Primitivreaktion als Kurzschlußhandlung und Explosivreaktion ausführlich beschrieben worden.

4.3.3.3. Normative Konfliktlösungsform

Im Gegensatz zur existentiellen Entscheidung, wo die "Richtlinien" und Kategorien zur Verarbeitung einer Konfliktsituation erst aufgefunden oder adaptiert werden müssen, ist die normative Konfliktlösung ein Prozeß, der durch jeweils auf den individuellen Fall bezogene kognitive Systeme charakterisiert ist. Die normative Form der Entscheidungsfindung ist im Grunde der handlungsrelevante Ausdruck der durch "den Sozialisationsprozeß in den Organismus implantierten oder internalisierten sozialen Kontrollsysteme" (Thomae 1974, S. 152).

Die Entwicklung der dem Kontrollsystem entsprechenden normorientierten kognitiven Systeme erfolgt normalerweise durch einen kontinuierlichen, im wesentlichen konfliktfreien Lernprozeß. Die Genese der Leistungsmotivation dagegen wird entscheidend durch den Umgang mit Konflikten bestimmt (Heckhausen 1965, S. 636). Unreife Konfliktlösungsformen sind nach Heckhausen das "Nichtwahrhaben-Wollen", das "Ausweichen" und die "Ersatzhandlung". Dagegen ist eine "reife, d.h. aufgabenadäquate Form der Konfliktbewältigung das Wettmachen des Mißerfolgs durch vermehrte oder erneute Anstrengung in der Verfolgung der gleichen Aufgabe" (Heckhausen 1965, S. 637). Dieses Wettmachen, aus der Erfahrung mit vergangenen Konfliktsi-

tuationen resultierend, repräsentiert ein einer Leistungsgesellschaft adäquates normatives-kognitives System. Mit fortschreitender Entwicklung dürfte sich diese Verhaltenssteuerung als immer weniger konflikthanfällig erweisen.

Bei einer Mißerfolgserwartung ist nun entweder die funktionale Dominanz des leistungsorientierten normativen Systems in Frage gestellt oder sie muß sich durch verstärkten Einsatz an Argumentation u.ä. durchsetzen. "Gerade diese Reaktion auf Konfliktsituationen im leistungsthematischen Bereich aber ist es, die wir als 'normative Konfliktlösung' bezeichnen möchten. Da bei solchen Handlungsabläufen eine bestimmte, situativ und affektiv gesteuerte Reaktionsstruktur (z.B. 'aus dem Felde gehen') durch die Orientierung an der Norm unterbunden und durch ein anderes Verhaltensmuster ('Wettmachen durch vermehrte Anstrengung') überlagert wird, möchten wir diese normative Konfliktlösungsform auch als 'Überformung' kennzeichnen. Solche 'Überformungen' affektiv-emotional gesteuerten Verhaltens mit geringer Orientierung an der weiteren Zeitperspektive durch norm- und zukunftsorientierte Systeme können in allen Bewußtseinsgraden vor sich gehen: Sie können das Verhalten so regulieren, daß es gar nicht zu einem Wahrnehmen alternativer Verhaltensmöglichkeiten kommt oder aber sie können 'Selbstbekräftigungs'- und 'Selbstkorrektur'-Systeme einschließen, durch welche das normorientierte Verhaltensmuster durch einen kräftigen 'Willensruck' durchgesetzt wird" (Thomae 1974, S. 153).

Das moralische Verhalten als jene Handlungen, "die unter Berücksichtigung der Regeln, wie sie für einen bestimmten sozialen Kontext bestehen, ausgeführt werden" (Hogan 1973, S. 219), ist, in ausgeformtem Zustand, oft konfliktfrei; im Falle eines Konflikts aber werden durch Überformungsleistungen die sozialen Regeln gesichert. Die "reife" Moralität, die mit ausgebildeten normativen und prospektiven Systemen identisch ist, überlagert das Verhalten in konflikthafter wie in konfliktfreien Situationen, was zur Folge hat, daß entweder eine sehr rasche Beendigung des Konflikts eintritt oder eine mehr oder minder forcierte Durchsetzung der mit dem normativen System

konsonanten Verhaltensmuster einsetzt. Eine rasche Lösung des Konflikts erfolgt dann, "wenn das Gewährwerden der Alternativen sogleich das Gewährwerden der stärkeren normativen oder prospektiven Relevanz der einen auslöst" (Thomae 1974, S. 154).

Im Unterschied zur existentiellen Entscheidung muß bei der normativen Konfliktlösung nicht der eigentliche "Sinn", die positiven oder negativen Aspekte der Alternativen erkannt werden, sondern hier setzt sich die mit dem normorientierten kognitiven System am ehesten übereinstimmende Alternative durch. In diesem Zusammenhang sprach man früher von "Willensleistung". Doch die Sicherung der Durchsetzung von "guten Vorsetzen" ist niemals durch die "Kräftigung" oder "Stählung" eines Willens - einer inhaltslosen und abstrakten Funktion - zu erreichen, sondern eher "durch den immer fester gefügten Ausbau eines Systems von Überzeugungen und Werten sowie von Erwartungen bezüglich des Erfolgs oder Mißerfolgs für das Selbstbild" (ibid., S. 155).

4.3.4. Ein Modell menschlicher Entscheidungshandlungen

Langenheder (1975) hat seine Theorie über die psychologischen und soziologischen Determinanten menschlicher Entscheidungshandlungen in einem Modell zu integrieren versucht. Dieses Modell soll als Beispiel vorgestellt werden, wieweit - im Bereich der Konflikt- und Entscheidungs-Psychologie - wissenschaftliche Forschung Grundlagen bereitgestellt hat, die Möglichkeiten zur Umsetzung in konkret praktische Aufgaben - hier zu Problemen der Forensischen Psychologie - anbieten.

Wie aus der Darstellung in Abb. 1 "Modell zur Erklärung menschlicher Entscheidungshandlungen" entnommen werden kann, hat Langenheder zunächst drei Gruppen von Variablen unterschieden: die abhängigen Variablen, die intervenierenden Variablen und die unabhängigen Variablen. Dabei weist der Autor, um Mißverständnissen vorzubeugen, darauf hin, daß die Bezeichnung der Variablen als abhängige, intervenierende und unabhängige jeweils nur auf eine bestimmte Fragestellung in einem bestimmten Modell erfolgen kann.

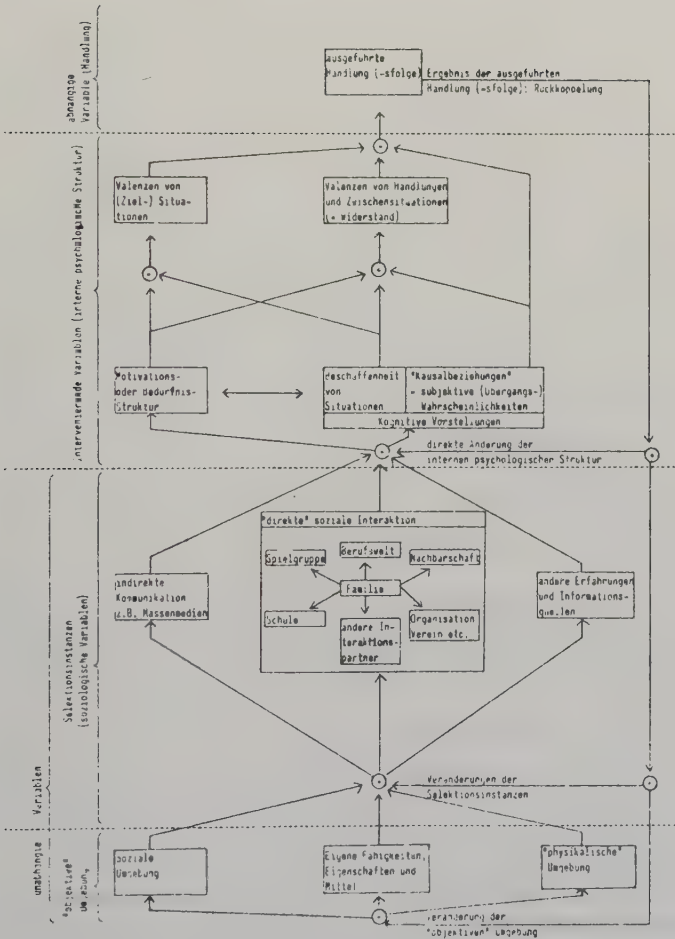


Abb. 1: Modell zur Erklärung menschlicher Entscheidungshandlungen (Langenheder 1975, S. 66)

In dem Langenhederschen Modell der Entscheidungshandlungen ist "die abhängige Variable eine bestimmte (Entscheidungs-) Handlung bzw. Handlungsfolge einer Person P, deren Auftreten erklärt werden soll, die intervenierenden Variablen sind die kognitiven Vorstellungen, subjektiven Wahrscheinlichkeiten, Motivationen und Valenzen der Person P und die unabhängigen Variablen sind alle jene ("objektiven") Merkmale oder Eigenschaften der physikalischen und sozialen Umwelt, die in irgendeiner Beziehung stehen zu den Ergebnissen, die sich aus den einzelnen Handlungen der Person P ergeben, sei es, daß sie selbst dieses Ergebnis darstellen oder daß sie die Entstehung dieses Ergebnisses beeinflussen. Von besonderer Bedeutung innerhalb der Klasse der unabhängigen Variablen, und deshalb auch gesondert aufgeführt, sind die (sozialen) 'Selektionsinstanzen', die (neben den 'psychologischen' Mechanismen der Wahrnehmung) in ganz entscheidender Weise mitbestimmen, filtern und verzerren, welche Teile der ('objektiven') physikalischen und sozialen Umwelt von der Person P wahrgenommen werden und in welcher Weise sie wahrgenommen werden" (Langenheder 1975, S. 67).

Zwischen den abhängigen, intervenierenden und unabhängigen Variablen bestehen nach Langenheder (1975, S. 67f) folgende Beziehungen:

1. Die Entscheidungshandlungen einer Person P sind ausschließlich durch die interne psychologische Struktur der Person P, d.h. durch ihre kognitiven Vorstellungen, Motivationen und Valenzen bestimmt.
2. Die interne psychologische Struktur der Person P wird bestimmt: a. durch biologische Faktoren und b. durch Erfahrungen und Informationen, die die Person P durch die Interaktionen mit der physikalischen und sozialen Umwelt erhalten hat.
3. Der Inhalt der Erfahrungen und Informationen und ihr Einfluß auf die Beschaffenheit der internen psychologischen Struktur werden bestimmt: a. durch die "objektive" Beschaffenheit der physikalischen und sozialen Umwelt, b. durch die sozialen Selektionsinstanzen und c. durch physiologische und psycholo-

gische Mechanismen der Wahrnehmung und Informationsübertragung und -verarbeitung im Zentralnervensystem, was mit einer erneuten Selektion und Verzerrung der Informationen verbunden ist.

Daraus läßt sich ableiten: "wenn für zwei verschiedene Personen die Beschaffenheit der Umwelt unterschiedlich (gleich) ist, auf Grund der unterschiedlichen selektiven und verzerrenden Wirkung der sozialen Selektionsinstanzen und des Wahrnehmungsapparates die interne psychologische Struktur jedoch gleich (unterschiedlich) ist, werden diese beiden Personen die gleichen (unterschiedlichen) Handlungen ausführen" (S. 68; vgl. dazu die von Langenheder angeführten Beispiele).

Der Anspruch an eine gute Theorie besteht weniger darin, daß sie Aussagen über typische Erscheinungen ermöglicht (das geht oft nicht über Selbstverständlichkeiten hinaus), sondern daß sie Aussagen über die Bedingungen zuläßt, "unter denen eine Person P (oder mehrere Personen) bestimmte, für eine bestimmte soziale Kategorie typische Handlungen ausführen wird und noch wichtiger: die Ermöglichung von Aussagen über die Bedingungen, unter denen eine Person (oder mehrere Personen) Handlungen ausführen wird, die von den für eine bestimmte soziale Kategorie typischen Handlungen abweichen sowie Aussagen darüber, welche Personen abweichende oder atypische Handlungen ausführen werden" (S. 68).

Mit seinem Versuch einer Synthese theoretischer Ansätze zur Erklärung von Entscheidungshandlungen hat Langenheder Hinweise und Ansatzpunkte für praktische Belange menschlichen Entscheidungsverhaltens gegeben.

4.4. Ansätze und Modellvorstellungen psychologischer Verhaltensmodifikation

4.4.1. Definitorische Probleme

Sollen Ansätze und Modelle vorgestellt werden, die Möglichkeiten der Modifikation menschlichen Verhaltens vorgeben, so ist zunächst zu präzisieren, was unter menschlichem Verhalten in diesem Zusammenhang zu verstehen ist. Hier stößt man auf Schwierigkeiten, denn der Begriff "Verhalten" wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur entweder als Primitivterm verwendet, d.h. er bleibt, da als bekannt vorausgesetzt, undefiniert, oder wenn eine Definition angeboten wird, so ist sie vage und fällt bei den unterschiedlichen Autoren unterschiedlich aus (Langenheder 1975, S. 35).

Verhalten soll im Terminus "Verhaltensmodifikation" nicht in der restriktiven behavioristischen Ausrichtung und auch nicht als polare Gegenüberstellung zum Begriff des Erlebens gesehen werden. Vielmehr wird darunter im Sinne einer phänomenologischen Psychologie die Tatsache verstanden, daß das menschliche Verhalten immer reflexiv, ein Sich-Verhalten zu etwas ist. Verhalten ist - "ausgezeichnet durch die Momente der Innerlichkeit, der Reflexivität, der Weltoffenheit, der Intentionalität und der Sinnbezogenheit der Perspektivität" (Dietrich u. Walter 1970, S. 292) - der sichtbare Ausdruck intrapsychischer Vorgänge. "Verhalten ist demnach niemals nur ein äußeres Geschehen, sondern immer zugleich auch Ausdruck menschlicher Innerlichkeit" (ibid., S. 292).

Langenheder (1975, S. 35f) definiert menschliches Verhalten als: "jede motorische, verbale oder kognitive Aktivität einer Person P, die einen Einfluß auf das Person-Umwelt-System der Person P hat." Unter Person-Umwelt-System versteht er einmal die jeweilige "objektive" Umgebung von P, wie sie von außen beobachtet werden kann, als auch die Vorstellung, die P von der Umwelt und von sich in dieser Umwelt hat.

4.4.2. Grundsätzliche Fragen zur Verhaltensmodifikation

4.4.2.1. Veränderungswiderstand im öffentlichen und wissenschaftlichen Bewußtsein

Diskutiert man über Verhaltensmodifikation, so kann ein Problembereich nicht ausgelassen werden, den Rohr (1972) klar herausgearbeitet hat. Bekanntlich werden Modifikationen oder Abweichungsprozesse im menschlichen Bereich mit Worten wie "Wandel" oder "Veränderung" gekennzeichnet; der jeweiligen Wortwahl liegt nun nach Rohr (S. 7ff) eine deutliche ideologische Komponente zugrunde. Die Autorin führt aus, daß sich mit "Wandel" ein Geschehen verbindet, das im Sinne eines biologischen Prozesses ohne eigenen Einfluß naturgewollt oder schicksalshaft abläuft. Das Wort "Veränderung" dagegen impliziert eine Abwehrhaltung; man assoziiert dabei u.a. Instabilität, Störung, Unberechenbarkeit (vgl. dazu Cartwright 1972, S. 249f). Rohr betont, daß es sich hier nicht um eine isolierte Betrachtungsweise der Psychologie handelt, sondern vielmehr um eine "allgemeine Veränderungsfeindlichkeit im wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Bewußtsein" (Rohr 1972, S. 8). Diese Einstellung beruht auf der populär-psychologischen Erwartung, daß Menschen, wenn nichts "Außergewöhnliches" eintritt, "bleiben, wie sie sind". In der wissenschaftlichen Psychologie hat sich diese Haltung als content-and-structure-Konzept manifestiert.

Rohr streitet nun nicht ab, daß diese Einstellungen nicht auch auf Erfahrungen beruhen können. Doch besteht hier die Frage, ob es sich nicht "um eine ideologisch vermittelte Stabilisierungsbemühung handelt, um eine Rechtfertigungslehre für das, was erhalten werden soll, die ihrerseits die Veränderungserwartung und -motivation potentiell veränderbarer Individuen in Richtung auf die eigene Konstanz und Stabilität beeinflußt, so daß die veränderungsfeindliche Ideologie zur objektiven Verhaltensbedingung wird für diejenigen, die mit dieser Ideologie leben" (S. 9).

Eine solche Sichtbeschränkung findet in der Wissenschaft und im "öffentlichen Bewußtsein" ihren Niederschlag: "Mangelnde und eingeschränkte Veränderungserwartung führt unmittelbar zu geringer Veränderungswahrscheinlichkeit und damit zu einer Bekräftigung des Vorurteils von der Stabilität und Unveränderbarkeit von Verhalten und Verhältnissen" (S. 9). Dieses Urteil wird dann in täglicher individueller Erfahrung weiter verfestigt.

Dem Veränderungsprozeß menschlichen Verhaltens wird in der Psychologie, wie Rohr (S. 12ff) in einer aufschlußreichen Analyse aufzeigt, mit vornehmlich vier charakteristischen Strategien begegnet: mit der Tendenz zur Ignorierung, zur Abstraktion, zur Verkennung und zur Abwertung. Auf diese Abwehrhaltungen kann hier nicht differenziert eingegangen werden, es sollte aber doch darauf verwiesen sein.

Der allgemein "veränderungsresistenten Situation" steht auf der anderen Seite ein Konglomerat aus relativ heterogenen Appellen, Befürchtungen, Spekulationen und scharfsinnigen Überlegungen gegenüber, die alle einen gleichen Ausgangspunkt haben: nämlich den der zunehmenden Potenz in der wissenschaftlichen Psychologie, Verhaltensänderungen des Menschen gezielt angehen und damit auch kontrollieren zu können. So gibt es Stimmen, die in der zukünftigen Psychologie eine das Individuum und die Gesellschaft verändernde Kraft sehen wollen, die mit der der Physik des 20. Jahrhunderts verglichen werden kann. "Im Vertrauen auf die Eigenlogik der Forschung, im Glauben an die Objektivität und 'Richtigkeit' wissenschaftlicher Erkenntnis und an ihre politische Durchsetzbarkeit wird in der Psychologie, besonders der Verhaltensforschung, der entscheidende individuelle und gesellschaftliche Veränderungsagent des kommenden Jahrhunderts gesehen. Psychologisches Wissen über die Bedingungen der Veränderbarkeit und Machbarkeit menschlichen Verhaltens und über realisierbare Möglichkeiten und Methoden, über Ziele und Wünschbarkeiten solcher Veränderungen könnte diese herbeiführen, indem durch kontinuierliche Information diese Denkinhalte in das öffentliche Bewußtsein eindringen und die herrschenden Wertvorstellungen modifizieren und indem die gleichen Kenntnisse in den Händen politi-

scher Entscheidungsträger in die allgemeinen politischen Planungsstrategien eingehen" (Rohr 1972, S. 32). Mit diesem möglichen "revolutionären Potential" der Psychologie haben sich exemplarisch Rogers (1975) und Skinner (1975) auf einem Symposium der American Psychological Association bereits 1956 kritisch auseinandergesetzt. Auf die von ihnen behandelten grundsätzlichen - und unverändert gebliebenen - Problemstellungen soll im folgenden kurz eingegangen werden.

4.4.2.2. Verhaltensänderung als Verhaltenskontrolle

Mit Skinner ist einer der profiliertesten Vertreter jener Position genannt, die eine Modifikation menschlichen Verhaltens auf wissenschaftlicher Grundlage nicht nur für möglich, sondern für erstrebenswert hält. Verhaltenskontrolle - im Sinne von Verhaltensänderung - als Alternative zu "Freiheit" zu setzen, lehnt Skinner als falsch ab. Zwar weiß er um die ausgeprägte Abneigung des Menschen gegenüber Verhaltenssteuerung und -kontrolle, doch gibt er zu bedenken, daß die Welt, in der wir leben und die vom menschlichen Willen mitgeformt wird, auch von Menschen gelenkt wird (Skinner 1975, S. 33). In diesem Sinn stellt Ulrich (1975) lapidar, aber entschieden fest: "Die Kontrolle menschlichen Verhaltens ist eine Tatsache. Sie zu leugnen, bringt sie nicht zum Verschwinden" (S. 58). Und er meint, "anstatt sich darüber zu ereifern, daß es moralisch falsch sei, menschliches Verhalten zu kontrollieren, sollten wir es für moralisch falsch halten, den augenblicklichen schlechten Zustand und die unstrukturierte Entwicklung der kulturellen Praxis weiterlaufen zu lassen" (S. 57). Für Skinner kann die Frage nur lauten (1966, S. 15): "Sollen wir von Zufällen, von Tyrannen kontrolliert werden oder sollen wir uns selbst nach effektiven sozial-kulturellen Mustern kontrollieren?" Und die für ihn folgerichtige Antwort liegt im Postulat intelligenten, auf dem Boden der Wissenschaft stehenden Planens mit den darin enthaltenen progressiven gesellschaftlichen Möglichkeiten.

4.4.2.3. Selbststeuerung gegen externe Veränderung

Als Kritiker am wissenschaftlichen Einsatz determinierender Kontroll- und Veränderungsmethoden vertritt Rogers demgegenüber ein individualistisches Konzept mit dem Primat der von Verantwortung getragenen persönlichen Entscheidungsfreiheit, ohne dabei aber die generelle szientifische Steuerbarkeit menschlichen Verhaltens in Abrede stellen zu wollen: "Die Erfahrung verantwortungsbewußter Entscheidung zu leugnen, zeugt in meinen Augen für ein ebenso beschränktes Urteil wie dasjenige, welches die Möglichkeit einer Verhaltenswissenschaft leugnet" (Rogers 1975, S. 47).

Die wissenschaftlichen Möglichkeiten menschlicher Verhaltensmodifikation sollen, wie Rogers meint, nach einer explizit vorgenommenen Wert- und Zielentscheidung durchaus genutzt werden und zwar in einer Weise, "die befreit und nicht kontrolliert, die konstruktive Variabilität mit sich bringt und nicht Konformität; die Kreativität schafft und nicht Genügsamkeit, die jedes Individuum in seinem selbstbestimmten Entwicklungsprozeß fördert, die dazu beiträgt, daß Individuen, Gruppen und selbst das Wissenschaftskonzept über sich selbst hinausgehen in einer neuen, anpassungsfähigen Art, das Leben und seine Probleme zu meistern. Die Entscheidung liegt bei uns..." (S. 46f).

Die individualistische Ausrichtung von Rogers kommt in den Schlüsselbegriffen seiner Therapiekonzeption deutlich zum Ausdruck; dort wird einmal von der nicht-lenkenden, nicht-kontrollierenden, freundlich-akzeptierenden Haltung des Therapeuten gesprochen und weiterhin von der Selbstverwirklichung, Selbstentfaltung und Selbstverantwortung als Zielausrichtung des Klienten (Rogers 1951; Rogers und Dymond 1954). Nach dieser Anschauung soll es die Psychologie ermöglichen, das Individuum gegen externe Steuerung, also gegen Veränderungsbedingungen außerhalb seiner Selbst weitgehend immun zu machen und ihm zu dem Bewußtsein zu verhelfen, den verschiedenen Verhaltensalternativen entscheidungsfrei gegenüberstehen zu können. Diesen Ansatz kritisiert Rohr vehement als "ein Konglomerat aus subjektivistischem und biologistischem

Menschenbild des Idealismus, pädagogischem Optimismus der zwanziger Jahre und bürgerlich-individualistischem Konzept der älteren immer noch wirksamen Persönlichkeitspsychologie" (1972, S. 37).

Die psychologieimmanenten Möglichkeiten humanistisch orientierter Verhaltensmodifikation sieht Rohr nicht in den idealistischen "Selbst-Direktiven" bzw. in individualistischen Axiomen, sondern in dem "keineswegs geschlossenen theoretischen Gebäude" der verschiedenen lerntheoretischen Ansätze, "die wohl den relativ höchsten Integrationsgrad und die meisten zusammenhangstiftenden Möglichkeiten zwischen den einzelnen Veränderungstheorien besitzen und grundsätzlich die potentesten, produktivsten und flexibelsten Ansatzpunkte zu enthalten scheinen" (S. 39).

4.4.3. Behandlungsmodelle

Der Feststellung auffälligen oder normabweichenden Verhaltens schließt sich in der Regel die retrospektive Frage nach seiner Genese und die prospektive nach seiner Behandlung an. Die analog den verschiedenen Schulrichtungen sehr unterschiedlich ausfallenden Antworten auf diese Fragen lassen sich - notwendigerweise vereinfachend - auf zwei Modellvorstellungen reduzieren: man kann von einem "medizinischen" Behandlungsmodell und von einem "sozialwissenschaftlichen" Behandlungsmodell sprechen. In diesem Zusammenhang soll im folgenden die Konzeption von Belschner (1973) in den wichtigsten Punkten vorgestellt werden, ohne dabei aber dem Autor in seiner einseitigen Bevorzugung des "sozialwissenschaftlichen" Modells und seiner kompromißlosen Ablehnung des "medizinischen" Modells in voller Konsequenz zu folgen.

4.4.3.1. Das "medizinische" Behandlungsmodell

Dem "medizinischen" Krankheitsmodell, das an somatischen Vorgängen entwickelt und auf den Verhaltensbereich übertragen wurde, liegen eine Reihe anthropologischer Konzeptionen, insbesondere die der Psychoanalyse, zugrunde. Dabei wird "krankes" Verhalten einer der Person innewohnenden Instanz zugeordnet; Bezeichnungen dieser Instanzen, deren philosophische oder religiöse Herkunft nicht zu übersehen ist, lauten beispielsweise: Geist, Seele, psychischer Apparat, Inneres. Und folgerichtig heißt es dann, daß die Vorgänge im Geist, im psychischen Apparat bei Gesundheit anders ablaufen als bei Krankheit. "Störendes" Verhalten wird nach dieser Auffassung auf biologisch determinierte Potentiale zurückgeführt, wie beispielsweise auf einen spezifisch gearteten "Trieb". Die bildhafte Vorstellung, daß das pathologische Verhalten ursächlich in der Person, in der Psyche zu lokalisieren ist, vernachlässigt die Tatsache, daß sich individuelles Verhalten stets im sozialen Kontext vollzieht und verstärkt die Tendenz, den "Erkrankten" aus seinem gewohnten sozialen Interaktionsmuster herauszulösen. "Im 'Medizinischen Krankheitsmodell' wird dieser soziale Bezugsrahmen zerrissen." Und indem "die soziale Begründung der Verhaltensabweichung entfällt und nur auf innere Vorgänge geachtet wird, setzt der Therapeut seine bzw. die von ihm akzeptierte Verhaltensnorm bevorzugt als verbindlichen Maßstab normalen, gesunden Verhaltens ein" (Belschner 1973, S. 39f).

Die einem sozialen System zugrundeliegenden Bedingungsfaktoren werden als "natürlich" angesehen und daher nicht hinterfragt; so erscheinen sie als unabänderlich und werden als Verursacher pathologischen Verhaltens primär nicht in Betracht gezogen. Vielmehr ist der umgekehrte Vorgang geläufig: bei Differenzen zwischen Individuum und sozialen Bedingungen liegt das Störmoment überwiegend auf der Seite des Individuums.

Die aus der Sozialpsychiatrie kommende Kritik (z.B. Basaglia 1971, Cooper 1971) weist darauf hin, daß eine auf ein solches Modell ausgerichtete Therapie zu unreflektiert am gesellschaftlichen Status quo orientiert und den herrschenden Standards angepaßt ist. Alternative Lebensmöglichkeiten oder Organisationskonzepte werden von vornherein ausgeschaltet.

4.4.3.2. Das "sozialwissenschaftliche" Behandlungsmodell

Mit dem Begriff der Normalität gewinnt man einen entscheidenden Zugang zu dem von Belschner (1973) skizzierten "sozialwissenschaftlichen" Behandlungsmodell. Spricht man von "normalem" Verhalten, stellt sich unmittelbar die Frage nach den Bedingungen, unter denen ein Verhalten als abnormal, auffällig, gestört oder pathologisch bezeichnet wird. Die Schwierigkeit einer derartigen Bestimmung beginnt bereits bei dem Wort "Normalität", das sich allgemeingültig nicht definieren läßt. Mindestens drei Aspekte sind zu unterscheiden. Im statistischen Normbegriff wird Normalität mit Häufigkeit assoziiert; die funktionale Norm bezieht sich auf die einem Individuum gemäßen Zielsetzungen und Tätigkeiten; die ideale Norm orientiert sich an einem erstrebenswerten Zustand, dem Sollwert (vgl. dazu Hofstätter 1964, S. 217ff; Pongratz 1973, S. 51ff).

Die bereits aus dieser Aufschlüsselung hervorgegangene Relativität der Normalität hat Belschner in einem "Schema zur Beziehung zwischen Sozialem System und Verhalten" (S. 46) verdeutlicht (Abb. 2).

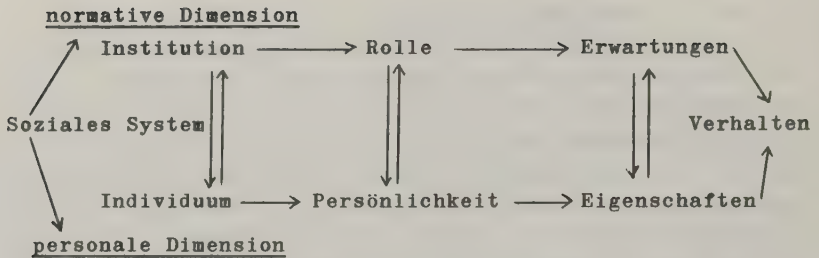


Abb. 2 Schema zur Beziehung zwischen Sozialem System und Verhalten (Belschner 1973, S. 46)

Die normative Dimension ist wie folgt zu verstehen: in einem jeweiligen sozialen System lassen sich eine Reihe von Institutionen finden, die ihrerseits spezifische Rollen vorsehen. An jede Rolle sind bestimmte, aus dem Wertsystem stammende Erwartungen, wie man sich zu verhalten habe, geknüpft. Die personale Dimension ist so zu sehen: "Die Bedingungen des sozialen Systems beeinflussen die zugehörigen Individuen und formen spezifische Persönlichkeitstypen, die sich durch bestimmte Einstellungen und Eigenschaften beschreiben lassen. Diese wiederum steuern das Verhalten."

Zwischen normativer und personaler Dimension besteht eine Wechselwirkung. Die Institutionen werden versuchen, das den vorgesehenen Rollenerwartungen angepaßte Verhalten bei den Individuen zu entwickeln, während Individuen eventuell solche Rollenerwartungen, die ihren Einstellungen nicht entsprechen, modifizieren wollen. Normalität kann somit darin bestehen, daß Personen mit systemspezifischen Rollenerwartungen übereinstimmen (normative Dimension). Ethnologische Forschungen zeigen allerdings, welche unterschiedlichen Ausformungen soziale Systeme aufweisen können ... Personen können sich auch in bezug auf das Wertsystem, der für sie relevanten Bezugsgruppe angepaßt verhalten und deshalb als normal gelten (personale Dimension). Innerhalb eines sozialen Systems können aber verschiedene Bezugsgruppen sich deutlich durch ihre spezifischen Normen voneinander unterscheiden" (Belschner 1973, S. 46ff).

Um eine Aussage über "die Normalität" eines Verhaltens machen zu können, muß dieses Verhalten in einem Akt des Vergleichens in bezug zu einer relevanten Gruppe des sozialen Systems gesetzt werden. Dabei ist streng zu trennen zwischen der Beobachtung eines individuellen Verhaltens einerseits und den zur Beurteilung dienenden Normen andererseits. Die Aussage - "das Verhalten ist auffällig" - erweist sich in diesem Zusammenhang als formallogisch nicht korrekt: "auffällig" ist keine Eigenschaft, die einem menschlichen Verhalten an sich zukommt. Auffälliges Verhalten kann nicht im ontologischen Sinn entdeckt werden, das Attribut "auffällig" kann einem bestimmten Verhalten nur komparativ zugesprochen werden.

"Als Kriterium für die Zuordnung wird die Unter- bzw. Überschreitung des Standards der realen Bezugsgruppe ... eingesetzt. Eine Bezugsgruppe wird einen Abweichungsspielraum von der Norm zulassen. Personen, deren Verhalten innerhalb dieser Toleranzgrenzen verbleibt, werden als gesund/normal charakterisiert werden; Personen, die eine mehr oder minder genau umschriebene kritische Marke überschreiten, werden dagegen mit dem Attribut krank/abnorm versehen" (Belschner 1973, S. 51).

Die Abweichung einer Person X liegt nicht in der Eigenart ihres Handelns, sondern die Deviation kommt durch eine Komparationsleistung der Person Y zustande, die einen wertenden Vergleich zwischen einer von ihr ausgewählten Bezugsgruppe Z und dem Verhalten der Person X herstellt (vergleiche Abb.3).

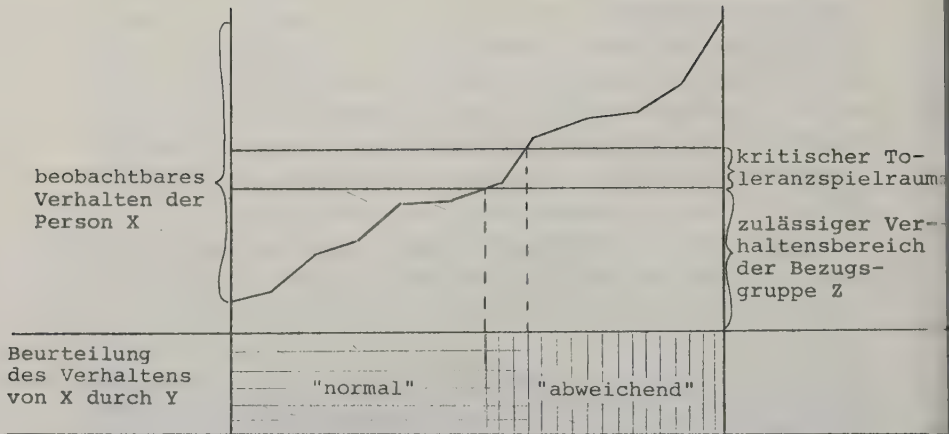


Abb. 3: Zuordnung von Eigenschaften zu einem Verhalten
(modifiziert nach Belschner 1973, S. 51)

Erst aufgrund der Zuordnung und begrifflichen Fixierung wird eine Person verhaltensauffällig oder krank. Dieser Ansatz steht damit weitgehend im Gegensatz zu einer Konzeption wie der des "medizinischen Behandlungsmodells", wo die soziale Komponente weitgehend vernachlässigt wird.

Der durch die Normen einer Gruppe beschriebene Verhaltensbereich stellt nur eine Möglichkeit des Verhaltens aus einem umfassenderen Repertoire dar. Im Verlauf des Sozialisationsprozesses wird die Menge aller potentiellen Verhaltensweisen auf die von der Gruppe akzeptierten und tolerierten eingengt. Ein Individuum lernt durch Interaktion mit der für es relevanten Bezugsgruppe - wenn diese in ausreichender Menge und Eindeutigkeit Informationen vermittelt - die gruppenspezifischen Verhaltensweisen auszubilden (zur Erklärung der

Lernvorgänge siehe 4.4.4.2.). "Treten nun im Verhalten einer Person gehäuft und regelmäßig Verhaltensweisen auf, die als abweichend beurteilt werden, so läßt sich daraus schließen, daß die Sozialisationsbedingungen, unter deren Einfluß diese Person sich zu verhalten lernt, diese Ausformung bewirken. Soll das Verhalten einer Person verändert werden, um es erstmals oder wieder im zulässigen Toleranzspielraum klassifizieren zu können, wird man an der Veränderung der Sozialisationsbedingungen anzusetzen haben, damit das störende Verhalten verlernt und ein erwünschtes Alternativverhalten erlernt werden kann. Mit dieser Formulierung wird auf einen bedeutenden Gegensatz zum medizinischen Krankheitsmodell hingewiesen, denn die Begründungen für normabweichendes Verhalten werden nicht mehr allein in inneren krankhaften Vorgängen der Person gesucht, vielmehr bleibt der soziale Kontext erhalten" (Belschner 1973, S. 53f).

4.4.4. Beitrag der Lernpsychologie

Soll von dem Beitrag gesprochen werden, den die Lernpsychologie zur partiellen und globalen Verhaltensmodifikation des Menschen zu leisten vermag, sollen und können nicht die Grundlagen der Lerntheorie dargestellt und diskutiert werden; vielmehr sind in einem kurzen Aufriß die allgemeinen Lernprinzipien in eher systematischer Weise und unter dem Gesichtspunkt der Relevanz für die Verhaltensmodifikation zu zeigen.

Eine faktische Definition des Lernens, die mit einer allgemeinen Zustimmung rechnen kann, geben Bredenkamp und Bredenkamp (1974, S. 77): "Unter Lernen versteht man jede überdauernde Verhaltensänderung, die durch Übung oder Beobachtung zustandekommt; allerdings darf diese Verhaltensänderung nicht durch Reifung, Ermüdung, Drogeneinfluß oder ähnliches entstanden sein". Lernen auf der Ebene der faktischen Definition beschreibt allerdings lediglich das Resultat des Lernens, nämlich eine Verhaltensänderung. Eine Beschreibung der Lernbedingungen und Lernprozesse zu geben, ist dagegen nicht ganz einfach, denn je nach theoretischer Position des Lernpsycho-

logen wird sie anders ausfallen, und zudem: bisher lassen sich in keinem theoretischen Modell alle Lernphänomene erfassen. Bevor im folgenden die wichtigsten Lernprinzipien genannt werden, soll vorher auf drei grundlegende Lerntypen eingegangen werden.

4.4.4.1. Lerntypen

1. Klassische Konditionierung. Löst ein Zeichen oder ein Vorgang natürlicherweise und bei allen Individuen eine Reaktion aus, handelt es sich um einen unbedingten Reflex. Anders ausgedrückt: ein unbedingter Reiz oder Stimulus löst eine unbedingte Reaktion aus. Werden nun der unbedingte und ein neutraler, indifferenter Reiz mehrfach wiederholt zusammen gegeben, so verliert der ursprünglich indifferente Stimulus seine Indifferenz und wird zum bedingten Stimulus, d.h. er löst auch, wenn er alleine auftritt, die Reaktion aus, die ursprünglich der unbedingte Stimulus hervorgerufen hatte.

Allerdings ist, wie die ältere Lernpsychologie annahm, die auf einen unbedingten Stimulus eingetretene Reaktion nicht identisch mit der, die auf den entsprechenden gelernten Reiz folgt; beide Reaktionen sind sich nur ähnlich (Bredenkamp u. Bredenkamp 1974, S. 84).

Nicht jede Reaktionsart kann - entgegen früherer Auffassung - durch klassische Konditionierung gelernt werden. Als am besten konditionierbar erweisen sich mehr diffuse emotionale Reaktionen bzw. deren physiologische Begleiterscheinungen (Höger 1972, S. 26).

2. Instrumentelle Konditionierung. Der bedingte Reflex kann als zweckmäßige Anpassungsreaktion überwiegend passiven Charakters bezeichnet werden. Gezieltes und zweckmäßiges Eingreifen in die Umweltgegebenheiten wird durch die Lerntheorien des instrumentellen Konditionierens, des Lernens am Erfolg, des trial-and-error-Verhaltens oder des operanten Konditionierens erfaßt. Mit diesen Theorien verbindet sich im wesentlichen folgender Prozeß: "Das Individuum zeigt mehr oder weniger zufällig eine bestimmte Reaktion, und sofort darauf erfährt es eine Belohnung oder Befriedigung. Da das Zeitintervall

zwischen Reaktion und Verstärkung sehr kurz ist, betrachtet das Individuum die Reaktion bewußt oder unbewußt als Mittel (Instrument), diese Befriedigung zu erlangen. Dies führt dazu, daß das Individuum bei späteren ähnlichen Situationen häufiger und schneller in der entsprechenden (gelernten) Weise reagiert" (Bredenkamp u. Bredenkamp 1974, S. 86). Hier wird also eine Handlungsweise gelernt, die geeignet ist, ein erstrebtes Ziel zu erreichen oder eine unangenehme Situation zu vermeiden.

3. Lernen am Modell. Bandura und Walters (1963) haben ausführlich dargelegt, daß eine ganze Reihe von Verhaltensweisen nicht innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit nach den Prinzipien der bisher bekannten Lerntheorien (in erster Linie klassisches und instrumentelles Konditionieren) erworben werden könnten. Sie stellten fest, daß insbesondere im Bereich des sozialen Handelns das Imitieren oder Lernen am Modell eine entscheidende Rolle spielt.

Unter Lernen am Modell versteht man, daß ein Individuum die Reaktionen einer Person (Modell) beobachtet und, das Modell imitierend, diese Reaktionsweise in das eigene Verhaltensrepertoire übernimmt. Die Lernpsychologie hat inzwischen, meist auf experimentellem Wege, eine Reihe von Bedingungen gefunden, die das Modelllernen fördern bzw. hemmen.

Die wohl am besten abgesicherte Hypothese besagt, daß eine Person deshalb ein Modell nachahmt, weil sie (bewußt oder unbewußt) erhofft, eine ähnliche Belohnung oder Zuwendung wie dieses Modell zu erhalten. Demnach würde es sich beim Lernen am Modell um eine Sonderform der instrumentellen Konditionierung handeln: Das Modell erhält stellvertretend für das beobachtende Individuum eine Bekräftigung oder Belohnung; man spricht daher auch von vikarierender Verstärkung.

4.4.4.2. Lernprinzipien

Die Lernpsychologie geht von der Maxime aus, daß alle bei einem Menschen beobachtbaren Verhaltensweisen (mit Ausnahme bestimmter Reflexe) gelernt sind und daß demnach Verhalten veränderbar ist. Die für eine Verhaltensänderung relevanten Lernprinzipien lassen sich zweckmäßigerweise unter dem Gesichtspunkt des Verhaltensaufbaus und -abbaus ordnen.

1. Aufbau von Verhalten. Ein zentraler Begriff in der Lernpsychologie ist die Verstärkung. Ein Lernen durch Verstärker liegt immer dann vor, "wenn die Frequenz eines vorhandenen Verhaltens durch seine Konsequenzen gesteigert wird" (Schulze 1973, S. 86). Man kann zwei verschiedene Arten von Verstärkung unterscheiden. Folgt auf ein Verhalten ein angenehmer, positiver Reiz, nimmt die Frequenz des Verhaltens zu; wenn ein unangenehmer, negativer Reiz, der einem Verhalten folgt, weggenommen wird, erhöht sich die Häufigkeit des Verhaltens ebenfalls. Im ersten Fall spricht man von positiver Verstärkung, im zweiten von negativer Verstärkung. Soll ein Verhalten schnell aufgebaut werden, so muß der Verstärker in einem sehr kurzen Abstand nach dem Auftreten des Verhaltens zur Wirkung kommen. In der Anwendung der Verstärkertechnik ist es mitunter nicht immer leicht, den richtigen personenspezifischen Verstärker zu finden.

Man spricht von Lernen durch sukzessive Approximation, wenn ein dem intendierten Verhalten ähnliches Verhalten verstärkt wird. Das Verhalten wird um so stärker belohnt, je mehr es sich dem gewünschten Ziel nähert. Die Teilschritte zwischen der Ausgangssituation und dem Endverhalten müssen dabei so klein bemessen werden, daß der Proband den jeweils neuen Anforderungen gerecht werden kann.

Bei der Verstärkertechnik ist das gewünschte Verhalten bereits - wenn auch in viel zu geringer Häufigkeit - vorhanden; bei der Methode der sukzessiven Approximation muß es noch nicht vorzufinden sein, es muß lediglich als Verhaltenspotential bereitstehen.

2. Abbau von Verhalten. Die Extinktion oder Löschung steht in direktem Zusammenhang mit dem Konzept der Verstärkung. Man spricht von Extinktion, wenn der Verstärker, der ein Verhalten aufrechterhält, nicht mehr gegeben wird, so daß die gelernte Reaktionsweise immer schwächer wird und schließlich ganz verschwindet. Bei der klassischen Konditionierung erhält der unbedingte Reiz die Funktion des Verstärkers; erscheint der unbedingte Stimulus nicht mehr, setzt allmählich eine Löschung der bedingten Reaktion ein. Bei der instrumentellen Konditionierung erreicht man eine Extinktion, indem man die nach der Reaktion erfolgende Verstärkung wegläßt.

Die Extinktionsgeschwindigkeit hängt von verschiedenen Bedingungen ab, wie z.B. dem Alter der jeweiligen Verhaltensweise, der Art seiner Entstehung bzw. seiner Konditionierung, der Möglichkeit alternativer Verhaltensweisen.

Seit Thorndike weiß man, daß zur langandauernden Eliminierung unerwünschten Verhaltens die Bestrafung weit weniger effektiv ist, als die Verstärkung des erwünschten Verhaltens (Lefrancois 1976, S. 72). Vergleicht man Extinktionsmaßnahmen und Bestrafungsmaßnahmen, so stößt man bei beiden auf denselben Effekt: die Reduzierung der Reaktionsfrequenz. Trotz des manchmal gleichen Effekts handelt es sich um unterschiedliche Prozesse. "Löschungsmaßnahmen verhindern, daß ein unerwünschtes Verhalten weiterhin durch seinen Verstärker aufrechterhalten wird. Erfolgt auf dieses Verhalten kein Verstärker, erlischt es nach einiger Zeit. Bestrafungsmaßnahmen, die auf ein Verhalten folgen, unterbinden die Realisierung des Verhaltens. Die 'alte' Verstärkung für das Verhalten bleibt bestehen. Bei Bestrafungsmaßnahmen erfolgt keine Analyse darüber, wie das Verhalten aufrechterhalten wird" (Schulze 1973, S. 104). Lerntheoretisch ist damit zweierlei gemeint: "1. Ein unangenehmer (aversiver) Reiz folgt kontingent auf ein Verhalten, um dieses Verhalten zu unterdrücken" und "2. kontingent auf ein unerwünschtes Verhalten erfolgt die Wegnahme eines vom Kind erwünschten Verstärkers... In

beiden Fällen wird das bestrafte Verhalten schnell unterdrückt, aber nicht ausgelöscht. Wird der Strafreiz weggenommen, kann das Verhalten wieder auftauchen, weil immer noch die Kontingenz zwischen dem Verhalten und seinem Verstärker besteht" (ibid., S. 104).

Ebensowenig wie Extinktion und Strafe identisch sind, sind es Strafe und negative Verstärkung. Bei der negativen Verstärkung wird die Zufügung oder Wirkung negativer Reize unterbrochen bzw. beendet; bei der Strafe erfolgt eine Applikation negativer Reize.

Gegen die Maßnahme der Strafe sind eine Reihe praktischer und theoretischer Einwände erhoben worden (siehe dazu Tausch u. Tausch 1970, S. 109; Schulze 1973, S. 104f; Lefrancois 1976, S. 72f). Generell sollte die Verwendung von Strafmaßnahmen nur erfolgen, wenn gleichzeitig ein erwünschtes Alternativverhalten durch Bekräftigung belohnt wird.

4.4.5. Psychotherapie

4.4.5.1. Der verändernde therapeutische Einfluß

"Allgemein kann die Psychotherapie als ein Verfahren neben anderen angesehen werden, das Verhaltensmodifikationen hervorruft" (Bastine 1970, S. 525). Diese Verhaltensänderung stößt generell nicht auf Widerstand (siehe dazu Kap. 5.3.1.). Da dem bestehenden Wertkodex das Ziel der Modifikation näher steht als die Ausgangssituation des Betroffenen, wird die Veränderung vom pathologischen zum gesunden, "normalen" Verhalten im allgemeinen wohlwollend akzeptiert.

Allerdings entfachte sich an der Diskussion um die Verhaltenstherapie, in der der Therapeut nicht mehr in der Rolle des Helfers und "Seelsorgers", sondern in der des Verhaltensingenieurs oder gar in der einer "Bekräftigungsmaschine" (Krasner 1964) gesehen wurde, eine polemische Auseinandersetzung um die therapeutische Veränderungsanmaßung als solcher. Unbestreitbar ist, daß "in jeder Therapie als explizitem Veränderungsinstrument, einschließlich der Psychoanalyse, verändert

und kontrolliert wird auf der Basis manipulierter Bedingungen" (Rohr 1972, S. 33f). Diesen Gesichtspunkt nur für die Verhaltenstherapie gelten zu lassen, ließe sich kaum begründen. Vielmehr ist Rohr zuzustimmen, die das Veränderungspotential in der Therapie besonders bei den Methoden sieht, die sich frei von Manipulationen halten. Oft geht der Einfluß "weit über das formulierte therapeutische Ziel hinaus bzw. liegt außerhalb desselben, geht z.B. bis zur Übernahme des Sprachverhaltens der jeweiligen Therapeuten durch den Patienten, so daß man bereits daran psychoanalytisierte von nicht-direktiv behandelten Patienten unterscheiden kann. Oder Patienten verändern ihre Wertvorstellungen in Richtung derjenigen Werte, denen ihre Therapeuten anhängen, z.B. hinsichtlich ihrer Einstellungen zu Sexualität, Aggression, Autorität. Hier, wo der Therapeut sich als nicht-wertender und beeinflussender Katalysator sieht, der jenseits von gut und böse durch seine schiere Anwesenheit das erwünschte neue Verhalten freisetzt, liegen die Kontrolltechniken wie mimische oder verbale selektive Zustimmung, Billigung, Interesse, Mißbilligung, Ignorierung, Ablehnung etc. lediglich nicht so offen zutage oder sind dem Kontrollierenden nicht bewußt" (S. 34).

Eine Behandlung bei jemandem durchzuführen, der nur durch Strafe oder andere soziale Sanktionen sich zu diesem Schritt entschlossen hat, werden die Therapeuten überwiegend ablehnen (vgl. Eysenck 1973, S. 112). Wieweit eine therapeutische Behandlung eine Zwangsmaßnahme zur sozialen Konformität darstellt, ist eine schwerwiegende praktische und ethische Frage. Eine allgemein gültige Antwort wird man hier kaum finden können.

4.4.5.2. Psychotherapeutische Verfahren

Mit Verhaltenstherapie wird ein therapeutisches System bezeichnet, dessen Grundlage die Ergebnisse der experimentellen Lernforschung bilden. Wenn auch die verhaltenstherapeutischen Methoden recht heterogen und so vielfältig sind, daß der Begriff Verhaltenstherapie zweifelhaft erscheint (Bergold u. Selg 1970, S. 270), so besteht doch Einigkeit über das den neurotischen Störungen zugrunde liegende Modell. Die Störung ist keine Auswirkung eines "tief" sitzenden psychodynamischen Konflikts, sondern es sind erlernte Fehlverhaltensweisen. Diese neurotischen Reaktionen sind "durch die Manipulation des Verhaltens selbst und nicht durch eine reine geistige Beeinflussung wie 'Einsichtgeben'" (Eysenck 1973, S. 91) auf der Basis der Lerntheorie zu beseitigen.

Verhaltenstherapeutische Behandlung wird nach Bergold (1973, S. 89) vor allem in der Veränderung von bestimmten Umweltbedingungen gesehen. "Anhand veränderter äußerer Umstände soll dem Individuum Gelegenheit geboten werden, neue Erfahrungen zu machen und neue Verhaltensweisen und Einstellungen in vorher problematischen Situationen zu erwerben. Der Therapeut hat die Aufgabe, zusammen mit seinen Patienten die Umwelt aktiv zu gestalten, um die neuen Erfahrungen möglich zu machen. Er greift also ... in das Leben des Klienten ein. Dadurch erwachsen Probleme bezüglich der Zielsetzung der Behandlung, die in diesem Ausmaß in den bisherigen Behandlungsformen unbekannt waren."

Die Gesprächstherapie, auch als nicht-direktive oder klientenzentrierte Therapie bezeichnet, ist in den 40er Jahren von Rogers entwickelt worden. Die Grundannahme dieser psychotherapeutischen Methode ist, daß grundsätzlich jeder Mensch die Fähigkeit zur Selbstgestaltung und -heilung hat; d.h. unter günstigen Umständen ist der Klient in der Lage, selbständig seine Probleme zu lösen. Diese günstigen Bedingungen werden in der therapeutischen Situation durch spezifische Verhaltensweisen des Therapeuten hergestellt. Die Gesprächstherapie wird als Interaktionsgeschehen aufgefaßt, deren einzelne Bedingungen als empirisch erforschbar und kontrollierbar angesehen werden.

Nach Bastine (1973) ist das Ziel der Gesprächstherapie, "dem Individuum die Klärung seiner Gefühle, Wünsche, Motive und Bedürfnisse zu ermöglichen" (S. 75). Daher versucht der Therapeut, eine möglichst angstfreie und akzeptierende Gesprächsatmosphäre zu schaffen. Die Konflikte werden aus der Sichtweise des Klienten angegangen und das Gespräch beschränkt sich weitgehend auf die Probleme, "über die der Klient aufgrund seiner augenblicklichen seelischen Verfassung sprechen kann und die ihm gegenwärtig wichtig erscheinen. Die äußeren Sachverhalte treten dabei gegenüber den Gefühlen und Empfindungen des Klienten zurück" (ibid., S. 69f).

Die Psychoanalyse, die ihre theoretischen Grundlagen in den Erkenntnissen Freuds hat, geht davon aus, daß unbewältigte Konflikte, die bereits in der frühen Kindheit angelegt sein können, die Neurose ausmachen. Diese sich im Unterbewußtsein entwickelnden Konflikte stören mit ihrer Eigendynamik das psychische Gleichgewicht.

Die psychoanalytische Behandlung des Patienten wird durch zwei Prozesse charakterisiert: die Erhellung seiner unbewußten Motive und die Durcharbeitung seines Lebenslaufes. Das Material für die analytische Technik wird im wesentlichen auf drei Wegen gewonnen: durch die Traumdeutung und durch die Aufdeckung und Analyse des Verhaltens sowohl außerhalb als auch innerhalb der Analysestunde (Schraml 1973, S. 73). Hier ist es die Aufgabe des Analytikers, dem Patienten die Zusammenhänge zwischen seinem jetzigen Erleben und den Erfahrungen der frühen Kindheit zu deuten, d.h. bewußt zu machen. Im Verlauf der Behandlung entwickelt der Patient dem Analytiker gegenüber ein Verhalten, das als Neuauflage früherer Beziehungen zu den Eltern und Geschwistern angesehen wird; man bezeichnet diesen Vorgang als Übertragung.

Der therapeutische Einfluß auf den Patienten ist in der Psychoanalyse besonders gewichtig, da der Analytiker als Person aufs engste und "hautnah" für eine erhebliche Zeitspanne mit dem Patienten in den therapeutischen Prozeß involviert ist.

- 5. ANSÄTZE ZU EINER SOZIALWISSENSCHAFTLICH AUSGERICHTETEN
 FORENSISCHEN PSYCHOLOGIE
- 5.1. Zielvorstellungen
- 5.2. Rechtlicher Hintergrund
- 5.3. Allgemeine Aufgabenstellung der Forensischen
 Psychologie
- 5.4. Anwendungskonsequenzen der ausgewählten Grundlagen
- 5.4.1. Folgerungen aus wissenschaftstheoretischer Sicht
- 5.4.2. Soziale und rechtliche Normen als Rahmenbedingungen
- 5.4.3. Konflikt- und entscheidungspsychologische Perspektiven
- 5.4.4. Ansatzpunkte und Handlungsrelevanz der Verhaltens-
 modifikation
- 5.5. Zukunftsorientierte Perspektiven

5. ANSÄTZE ZU EINER SOZIALWISSENSCHAFTLICH AUSGERICHTETEN FORENSISCHEN PSYCHOLOGIE

5.1. Zielvorstellungen

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es (wie in der Einleitung bereits dargelegt), nach der Analyse von Struktur und Ausrichtung der gegenwärtigen Forensischen Psychologie - wobei mit den Stichworten Praxisorientierung, Fremdbestimmung und Theoriedefizit prominente Punkte genannt sind - Perspektiven einer den sozialwissenschaftlichen Standards verpflichteten Forensischen Psychologie zu entwerfen. Damit stellt sich die Aufgabe, Grundelemente einer wissenschaftlich fundierten Gesamtkonzeption aufzufinden und zu entwickeln. Diese Ansatzpunkte können dann als Anregung und Basisinformation in eine allgemeine und umfassende, wissenschaftstheoretisch abgesicherte Darstellung einer Forensischen Psychologie einmünden. Mit diesem Konzept verbindet sich die Vorstellung von mehreren Entwürfen verschiedener Autoren, wobei die Einzelentwürfe auf dem Wege des Anwachsens von Komplexität und zunehmender Ausdifferenzierung zu einem Ganzen zu organisieren sind.

Die Etappen auf dem Weg, die oben genannten Grundelemente herauszuarbeiten, bzw. der innere logische Aufbau mit der Zielvorstellung einer potentiellen Gesamtkonzeption, sollen noch einmal kurz rekapituliert werden.

Eine problemgeschichtliche Retrospektive legt den Hintergrund der vielfältigen Implikationen von Medizin und Recht mit der Psychologie offen. Bisher hat allerdings die - um mit einem Bild zu sprechen - Abnabelung der Forensischen Psychologie von der Gerichtlichen Medizin noch nicht vollständig stattgefunden; oder, um einen anderen Vergleich zu benutzen: die Forensische Psychologie ist bis jetzt in einer schmerzhaften pathologischen Mutterbindung fixiert geblieben.

Von hier führt eine klare Linie zu der ausgeprägten Fremdbestimmtheit des forensisch-psychologischen Auftrages. Ein Moment, dem das Theoriedefizit in dieser Disziplin förder-

lich ist, das aber gerade für ein Fach der Angewandten Psychologie von höchster Brisanz ist, denn ohne Standort- und Zielbestimmung muß sich ein solches Fach zu "einer bloßen Technologie degradieren" (Waller 1970, S. 42) und es steht im Verdacht, für beliebige Zwecke einsetzbar zu sein. Gerade bei der Forensischen Psychologie in ihrer notwendigerweise symbiotischen Beziehung zur Jurisprudenz erscheint ein unreflektierter Pragmatismus wenig angebracht: einmal wegen der inkompatiblen wissenschaftstheoretischen Ausrichtung der beiden Fächer als auch wegen ihrer konkurrierenden Persönlichkeits- und Verhaltensmodelle. An dieser Stelle liegt auch die Wurzel für die immer wieder "heikle und konfliktbelastete wissenschaftliche Begegnung" (Kaiser 1973b, S. 196) zwischen Psychologie und (Straf-) Recht und für den dürftigen Ertrag aller bisherigen Versuche der Zusammenarbeit. Hier können eine Reihe von ursächlichen Zusammenhängen präzisiert werden.

Um die Argumentation nicht auf eine überwiegend formale, theoretische Ebene einzuengen und um die vorangegangene Diskussion am konkreten Detail spiegeln zu können, sollte eine (zumindest ausschnittshafte) Phänomenologie der Forensischen Psychologie geleistet werden. Zu diesem Zweck könnte sich das tradierte Sachverständigenmodell anbieten, das unter den strukturierenden Gesichtspunkten der prozeßrechtlichen Stellung des Sachverständigen, der Probleme bei der Gutachternerstellung, der Schweigepflicht und des Zeugnisverweigerungsrechts expliziert werden kann. Diese Darstellung sollte ursprünglich in die vorliegende Schrift integriert werden; da sie jedoch vom Autor bereits in der "Forensischen Psychologie" im wesentlichen dargestellt wurde, wird darauf verwiesen (Liebel u. Uslar 1975, S. 31-47).

5.2. Rechtlicher Hintergrund

Bevor die Anwendungskonsequenzen, die aus den im vorhergehenden Kapitel erörterten Grundlagen abzuleiten sind, zu Ansätzen einer sozialwissenschaftlich orientierten Forensischen Psychologie ausgearbeitet werden, sollte noch auf einige (straf-) rechtliche Perspektiven eingegangen werden. D.h. es müssen - in groben Zügen - die rechtlichen Bedingungen und Möglichkeiten aufgezeigt werden, die an die forensisch-psychologischen Ansätze angrenzen bzw. mit ihnen verzahnt sind. Da es sich aber bei den Bemühungen um eine (partielle) Fundierung der Forensischen Psychologie nur um einen Soll-Zustand handeln kann, erscheint es sinnvoll, auch auf dem rechtlichen Feld in prospektiver Hinsicht zu argumentieren, also dort ebenfalls nicht bzw. nicht primär vom Ist-Zustand auszugehen.

Mit der Abwendung vom (straf-) rechtlichen Ist-Zustand und der Hinwendung zu einem - weiter unten zu besprechenden - Soll-Zustand, ist allerdings keineswegs gemeint, daß eine, wie auch immer geartete, sozialwissenschaftlich ausgerichtete Forensische Psychologie der Jurisprudenz, insbesondere dem von vielen als repressiv angesehenen Strafrecht, die augenblickliche Kooperation aufkündigen sollte.

Denkbar ist vielmehr eine zweigleisige Strategie. Einmal ist das Zusammengehen von Recht und Psychologie auch unter pragmatischen Vorzeichen zu maximieren; d.h. die dem Ist-Zustand innewohnenden Möglichkeiten sind von der Forensischen Psychologie uneingeschränkt wahrzunehmen und optimal aususchöpfen (vgl. dazu Liebel u. Uslar 1975). Dabei ist es für den Psychologen wichtig, sich in die juristische Materie einzuarbeiten, um Denk- und Handlungsweisen des Rechtswissenschaftlers zu verstehen und adäquat darauf reagieren zu können. Es kann sicher nicht im psychohygienischen Interesse des mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Individuums sein, wenn die Psychologie die im traditionellen Recht vorhandenen Ansatzpunkte ungenutzt läßt, auch wenn sie sich damit dem Vorwurf einer Reihe von Kritikern (z.B. Katz und Burchard 1971; Moser 1971) aussetzt, nicht überzeugende strafjuristische Entscheidungen mit zu legitimieren.

Das andere strategische Gleis wäre, aus der sachlichen Kritik an den Rechtsnormen und den Problemen der Zusammenarbeit heraus und unter Zugrundelegung der Standards der wissenschaftlichen Psychologie ein tragfähiges Modell zu entwickeln, das dem Selbstverständnis der Jurisprudenz weitgehend entspricht und den Ansprüchen einer Forensischen Psychologie als empirischer Sozialwissenschaft genügt.

Ohne Zweifel wäre es Dilettantismus und Kompetenzüberschreitung zugleich, wollte die Psychologie einen Alternativentwurf zum traditionellen Strafrechtssystem vorlegen. Ansatzpunkte zu liefern und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen ist dagegen nicht nur angemessen, sondern direkt zu fordern.

Die mit den Strafrechtsreformgesetzen von 1969 eingeleitete sozialpädagogisch-therapeutische Wendung des Strafrechts (Kaiser 1973b, S. 209) läßt neue Entwicklungsmöglichkeiten - insbesondere im Strafvollzug - erkennen. Aus der Auseinandersetzung um die Beibehaltung von Strafe und Maßregel - Prinzip der Zweispurigkeit - als Elemente des rechtlichen Regelungsprozesses, bzw. aus der Ablösung dieses Prinzips durch die alleinige Etablierung eines Maßnahmerechts (vgl. Mayer 1967, S. 30; Jescheck 1972, S. 56f; Nowakowski 1972) könnten sich für die Psychologie eventuell weitreichende Partizipationsmöglichkeiten ergeben. Darüberhinaus lassen sich aus der Diskussion um das Konzept einer Zweiteilung des Strafverfahrens weitgehende Chancen der Kooperation feststellen.

Bei der Zweiteilung des Strafverfahrens wird eine Trennung nach Schuldspruch und Strafausspruch vorgenommen (vergl. dazu Blau 1969; Fischinger 1969; Jescheck 1970, S. 206; Peters 1970, S. 9). Dabei geht es nach Calliess (1974) im ersten Teil des Verfahrens um die Frage, "ob die Tat dem Täter im sozialen System zugerechnet werden muß" (S. 194). Der zweite Verfahrensabschnitt handelt von der Zumessung der Sanktion, d.h. es geht um die Frage, wie die spezifische Sanktion auf die individuelle Tat des Täters auszuwirken hat.

Die strafrechtliche Sanktion soll nach dem Modell von Calliess (1974) eine pragmatische, in Form von Lern- und Sozialisationsangeboten gekleidete Reaktion der Gesellschaft auf den Täter darstellen. Wird aber die Sanktion als Lernprozeß verstanden, dann muß die Sanktion inhaltlich auf die jeweilige Täterpersönlichkeit hin ausgerichtet, also individualisiert und differenziert werden. "Das Gericht muß nun eine handlungsspezifisch individualisierte und differenzierte Sanktion zumindest in einem 'Rahmenplan' der Behandlung verhängen. Denn, wenn die Sanktion erst durch ihren je individuell festzulegenden Behandlungsinhalt Gestalt gewinnt, genügt es aus rechtsstaatlichen Gründen nicht, daß die Inhaltsbestimmung allein von der Justizverwaltung im Anschluß an das Urteil vorgenommen wird. So erfordert die neue Aufgabe, die freiheitsentziehenden Sanktionen handlungsspezifisch zu gestalten, auch eine andersgeartete Zusammensetzung des Gerichts" (ibd., S. 194f). Diese Modifikation muß so aussehen, daß aus dem herkömmlichen Gericht ein Team von therapeutisch-pädagogisch geschulten Richtern wird. Die juristisch examinerten Teammitglieder sind dabei für den Schuldspruch oder die "Zurechnung der Tat des Täters im sozialen System" (S. 195) verantwortlich, während die nicht voll-juristisch ausgebildeten Richter für die Beurteilung der primär sozial-psychologischen Probleme, nämlich die Bestimmung von Dauer und Inhalt der Sanktion zuständig sind.

Lassen sich in der Systemtheorie von Calliess die Ansprüche einer sozialwissenschaftlich orientierten Forensischen Psychologie weitgehend integrieren, so trifft diese Aussage mit Sicherheit auch auf den Strafrechtsentwurf von Plack (1974) zu, um ein zweites Beispiel anzuführen. Der Moralphilosoph Plack setzt nicht an der Straftat des Täters als Ausgangspunkt der Sanktionsprozedur an, sondern er will die ganze Täterbiographie und die der Richtenden sowie "die" Gesellschaft miteinbezogen wissen. Er plädiert für die Aufgabe des Schuldprinzips zugunsten des Prinzips der sozialen Gefährlichkeit, und an die Stelle des Strafvollzugs soll ein System von Sicherungs- und Vorbeugemaßnahmen treten. Einige Züge der

Plackschen Konzeption wird man allerdings - im Gegensatz zum Modell von Calliess - als staatsrechtlich nicht unbedenklich ansehen müssen und das Niveau seiner eloquent vorgebrachten Argumente repräsentiert darüberhinaus - ebenfalls gegensätzlich zu Calliess - nicht immer ganz das, was gemeinhin als Wissenschaftlichkeit gilt.

5.3. Allgemeine Aufgabenstellung der Forensischen Psychologie

Die Forensische Psychologie als eine Teildisziplin der Psychologie muß ihre Aufgabenstellungen in Einklang mit dem im grundsätzlichen klar abgesteckten Überlegungen zu Gegenstand und Aufgabe der wissenschaftlichen Psychologie sehen und sich dementsprechend ausrichten. Gegenstand der Psychologie ist nach allgemeinem Konsens das menschliche Verhalten und Erleben. Diese Festsetzung zeichnet sich zwar dadurch aus, daß sie kaum auf Ablehnung stößt, dafür mangelt es ihr aber weitgehend an Transparenz und Präzision. Eine Möglichkeit, diesen Mangel teilweise zu kompensieren, kann darin gesehen werden, den Ablauf psychischen Handelns zu kennzeichnen und zu klassifizieren.

Im folgenden sollen die zentralen Aufgabenbereiche, die sich im Gesamtablauf psychologischen Handelns mit unterschiedlichen Funktionen zu erkennen geben, angeführt werden. Die Funktions- und Aufgabenbereiche stecken auch für die Forensische Psychologie den Rahmen ab, innerhalb dessen die Aktivitäten des den Standards seiner Wissenschaftsdisziplin verpflichteten Psychologen sich einzuordnen haben. Mittels der allgemein in der Psychologie akzeptierten, bzw. geforderten Aktionsbereiche lassen sich für den forensischen Sektor notwendige, bisher aber nicht oder nur wenig berücksichtigte spezifische Inhalte und Fragenkomplexe ausmachen und in eine forensisch-psychologische Gesamtkonzeption als Fundierung und Amplifikation einbringen.

Zur Beschreibung der Aufgaben wissenschaftlicher Psychologie soll den Ausführungen von Schneewind (1977, S. 16ff) im wesentlichen gefolgt werden. Der Autor führt hierbei (wie bei der Beschreibung der Aufgabenbereiche der Wissenschaftswissenschaft) vier zentrale Betätigungen an: Beschreiben, Erklären, Vorhersagen und Verändern. Abweichend vom Konzept Schneewinds wird jedoch vorgeschlagen, nur von drei Positionen auszugehen;

aufgrund der strukturellen Übereinstimmung von Erklären und Vorhersagen (vergleiche dazu auch Lenk 1972) ist es m.E. sinnvoller und zweckmäßiger, auf den Topos "Vorhersagen" als gesonderte Position zu verzichten.

Beschreiben: Hier stellt sich als Aufgabe, Aspekte menschlichen Verhaltens und Erlebens möglichst umfassend und objektiv, klassifikatorisch und problemfallorientiert zu beschreiben. Infrage kommt hier die Zustandsbeschreibung, die Veränderungsbeschreibung und die Normbeschreibung (Deskription angestrebter Verhaltensattitüden).

Erklären: Hierbei geht es um die Frage, welche Bedingungen bestimmten, beobachteten Ereignissen oder Verhaltensweisen zugrundeliegen. Beim Erklären wird also versucht, ein konkretes Ereignis einem bestimmten Gesetz zu subsummieren. Strukturell gesehen heißt das: Wenn wir um das Gesetz "wenn a, dann b" wissen, dann "erklären wir B (Spezialfall von b), indem wir zeigen, daß A (Spezialfall von a) stattgefunden hat" (Laucken und Schick 1971, S. 29). Beim wissenschaftlichen Vorhersagen gehen wir ebenfalls von der Kenntnis des Gesetzes "wenn a, dann b" aus und leiten daraus ab, daß auf das Ereignis A das Ereignis B folgen muß.

Verändern: Die Zielsetzung, in der Psychologie verändernd wirken zu wollen, ist nicht unbestritten (wie in Kap. 4.4.2. bereits dargelegt). Faktisch kommt man jedoch nicht umhin, daß der Psychologe auch verhaltensmodifizierend wirkt. "So sind bei der Mehrzahl psychologischer Problemlösungsversuche mehr oder minder explizit Verhaltensänderungen im Spiel. Die gesamte psychologische Interventionsforschung muß sich dabei sowohl dem praktischen Problem der - wenn auch nur tentativen - Festsetzung von Verhaltenszielen als auch dem technologischen Problem der Erreichung von Verhaltenszielen durch den Einsatz geeigneter Mittel stellen" (Schneewind 1977, S. 17f).

Die genannten Aufgabenbereiche, die den legitimen Anspruch wissenschaftlicher Psychologie repräsentieren, geben den Hinter-

grund ab für die Tätigkeiten des forensischen Psychologen. Vor diesem Hintergrund, bzw. auf dieser Basis sind nun die für den gerichtlichen Bereich spezifischen Inhalte und Funktionen anzusetzen und zu integrieren.

In Bezug auf ein forensisch-psychologisches Gesamtkonzept sind im Aufgabenbereich des Beschreibens die theoretischen Gesichtspunkte und praktischen Konsequenzen der in Kapitel 4.1. dargelegten "Wissenschaftstheoretischen Feststellungen" und der in Kapitel 4.2. besprochene "Zusammenhang zwischen sozialen und rechtlichen Normen" zu berücksichtigen, zu explizieren und auf die konkret-praktischen Anforderungen des gerichtlichen Alltags und die "darüberstehenden" rechtswissenschaftlichen Prämissen hin weiter fortzuschreiben.

Parallel zu dem eben Gesagten sind die im forensischem Bereich anstehenden Aufgabengebiete des (prognostischen) Erklärens zu behandeln. Hier sind insbesondere die von der psychologischen Grundlagenforschung erbrachten Ergebnisse zur Konflikt- und Entscheidungspsychologie (die in Kapitel 4.3. ansatzweise verdeutlicht wurden) in den forensischen Kontext einzubringen; einige Möglichkeiten hierzu werden im folgenden Abschnitt ("Anwendungskonsequenzen der ausgewählten Grundlagen") angegangen.

Als zukünftige Aufgabe wissenschaftlicher Bemühungen zeichnet sich immer deutlicher ab, eine in Bezug auf das Spannungsverhältnis zwischen sozialen und rechtlichen Normen orientierte und ausgebreitete Konflikt- und Entscheidungspsychologie zu entwickeln. Im forensischen Gesamtmodell würde ihr ein prominenter Platz zukommen, denn nahezu jede forensisch-psychologische Handlung tangiert zumindest diesen Fragenkomplex oder stellt ihn in ihren Mittelpunkt.

Das Arbeitsfeld des Veränderns (der Verhaltensmodifikation) wird den problematischsten, umstrittensten, aber - zumindest für die praktischen Belange - wohl auch ungleich wichtigsten Teil der forensischen Gesamtkonzeption ausmachen. Der bisher eher statische Wesenszug der Forensischen Psychologie wird

damit eine Verschiebung zu einem mehr dynamischen Charakter erfahren. Die Möglichkeiten der heutigen Psychologie zur Verhaltensmodifikation und die damit verbundenen Probleme sind in Kapitel 4.4. aufgegriffen. Die aus der Verhaltensmodifikation erwachsenen Ansatzpunkte und Handlungsrelevanzen für die Forensische Psychologie werden in Kapitel 5.4.4. erörtert.

5.4. Anwendungskonsequenzen der ausgewählten Grundlagen

5.4.1. Folgerungen aus wissenschaftstheoretischer Sicht

Aus den im vorangegangenen Kapitel (Kap. 4.1.) explizierten wissenschaftstheoretischen Überlegungen lassen sich für zukünftige, mögliche Zielvorstellungen einer forensisch-psychologischen Grundkonzeption einige Bestimmungsstücke bereitstellen.

Hier sei an erster Stelle das auch für die Forensische Psychologie als relevant anzusehende Rombachsche "wissenschaftstheoretische Grundgesetz" genannt. Wie bereits früher ausgeführt, besagt dieses Grundgesetz, daß der Erkenntnisprozeß sowohl auf die Erweiterung des Faktenwissens angelegt sein muß, als auch - und dies ist das Entscheidende - auf die Erhellung der Bedingungen, unter denen dieses fachspezifische Wissen gewonnen wird.

Damit ist ein klares Interdependenzverhältnis zwischen dem Fortschreiten einer wissenschaftlichen Einzeldisziplin und ihrer wissenschaftstheoretischen Fundierung aufgezeigt: "einerseits fordern fortschreitende einzelwissenschaftliche Kenntnisse zur wissenschaftstheoretischen Besinnung im Sinne einer Reflexion der Bedingungen der Wissenserzeugung heraus, andererseits vermag gerade auch eine Rückbesinnung auf die Bedingungen der Wissensgewinnung den Prozeß der Wissenserweiterung zu beeinflussen" (Schneewind 1976, S. 18). Dieses aufeinander Angewiesensein von Wissenschaftstheorie und Einzelwissenschaft läßt "Wissenschaftstheorie als einen notwendigen forschungs-immanenten Bestandteil wissenschaftlicher Aktivität" (ibid.,

S. 18) werden. Die Konzipierung und Gesamtdarstellung einer Forensischen Psychologie kann somit ohne extensive Reflexion der Voraussetzungen und Bedingungen ihrer Kenntniserlangung nicht mehr auskommen.

Da Einstellungen, Interessen, Erwartungen etc. in wissenschaftliche Ergebnisse mit eingehen, müssen diese Faktoren auch in die wissenschaftlichen Überlegungen mit einbezogen werden und diese Erkenntnisse in den Forschungsstrategien und in der Aufstellung theoretischer Modelle berücksichtigt werden.

Der Rückzug auf das herkömmliche Selbstverständnis der Sozialwissenschaften, deren Forschungslegitimation durch die These von der "Suche nach Wahrheit" weitgehend abgedeckt war, muß, wie gezeigt wurde, aufgegeben werden; damit ist auch die Vorstellung abgewiesen, daß einer restriktionsfreien Forschungspluralität der "wahre" Erkenntnisgewinn immanent sei.

Dieser Gesichtspunkt ist wichtig und muß konkret auf das bezogen werden, was weiter oben unter "Zielvorstellungen" (siehe S. 129f) abgehandelt wurde. Heißt es dort, daß in die Gesamtkonzeption einer Forensischen Psychologie die Heterogenität unterschiedlicher Ansätze verschiedener Forscher eingehen müsse und daß sich daraus ein Ganzes organisieren müsse, so kann damit in Einklang mit den angestellten wissenschaftstheoretischen Überlegungen nicht gemeint sein, daß mit der Präsentation von Pluralität sich per se eine gesicherte, abschließende Erkenntnis und klare Zielvorstellung einstelle. Diese müssen vielmehr explizit aus dem multilinearen Anspruch entwickelt werden.

Psychologie als Wissenschaft kann aus erkenntnistheoretischen Überlegungen grundsätzlich nicht wertfrei sein; daher ist es folgerichtig, ganz bestimmte Strategien bezüglich sozialer Verhaltensmuster auch im forensischen Bereich zu favorisieren.

Das kann nicht auf dem Boden einer gedanklichen Ausrichtung stehen, die in die einfache - und zudem falsche - Formel gefaßt ist: Kritik der positivistischen Grundhaltung ist gleich

Parteinahme für die "Kritische Theorie". Vielmehr gilt es, die ideologische Enge beider Richtungen zu meiden. Eklektizistisch sollte von der Kritischen Wissenschaftstheorie ihre Argumentation (nicht Polemik) gegen die unreflektierte Übernahme ungeprüfter Voraussetzungen übernommen werden und ebenfalls ihr Postulat von der Legitimation einer wertenden Wahl der Kriterien für eine einzuschlagende Forschungsrichtung.

Für die Konzeptbildung der Forensischen Psychologie wird daher als klare, inhaltlich noch ausdifferenzierende Zielperspektive vorgeschlagen, "denjenigen Weg zu wählen, der für den Menschen der wichtigere und für die Entfaltung seiner Humanität der effektivere ist" (Rombach 1974, S. 18).

5.4.2. Soziale und rechtliche Normen als Rahmenbedingungen

Die Forensische Psychologie liegt im Überschneidungsfeld von sozialen und rechtlichen Normen. Sie muß einerseits als Sozialwissenschaft auf den empirisch gefundenen, gesellschaftlichen Normen aufbauen und sich andererseits auf das aus der Rechtsgeschichte ableitbare und im positiven Recht fixierte juristische Regelsystem einstellen. Sie muß vorhandene Wechselwirkungen und verdeckte Widersprüche auffinden und soll Entwürfe für konkrete Lösungsmöglichkeiten erarbeiten. Aus der soziologischen Geltung des Rechts (siehe Kap. 4.2.3.3.), der für die Funktionstüchtigkeit menschlicher Interaktionssysteme eine elementare Bedeutung zukommt, und aus der Relativität einer jeden Rechtsordnung (siehe Kap. 4.2.3.1.) kann die Forensische Psychologie den legitimen Anspruch ableiten, das jeweils geltende Rechtssystem mit den eigenen fachimmanenten Vorstellungen und Standards zu konfrontieren und Ansätze zu möglichen Reformen zu vermitteln. Die Widerspruchlichkeit einer - insbesondere sich emanzipierenden - Foren-

sischen Psychologie zu den Rechtsnormen in ihrer Gesamtheit oder zumindest einiger Komplexe rechtlicher Regelungen wird dabei möglicherweise offenkundig werden.

Mit dieser Aussage soll keine Ideologiekritik aus modischer oder polemisch-politischer Absicht geführt werden, vielmehr geht es darum, die dem juristischen Normensystem verdeckten psycho-sozialen Ansprüche des Individuums aus dem Selbstverständnis der wissenschaftlichen Psychologie heraus transparent werden zu lassen. Denn der Rechtswissenschaft als im-System-stehend muß dies schwerer fallen, da sie ja, wie König (1967, S. 52) aus soziologischer Sicht argumentiert, "in die Rechtswirklichkeit existentiell eingeschlossen ist und daher alle ihre Vorurteile teilt. Erst das totale Heraustreten aus dem Normensystem des Rechts und seine Integration in eine Fundierungsordnung der verschiedenen sozialen Normensysteme kann eine solche Betrachtungsweise und damit eine unbefangene wissenschaftliche Erörterung der Grenzen des Systems der Rechtsnormen anbahnen." So fördert ein systemimmanenter Standort sicher weniger als eine systemübergreifende Sichtweise z.B. die kritische Erkenntnis, daß der formellen Gleichheit vor dem Gesetz mannigfaltige soziologische und psychologische Einwirkungsfaktoren entgegenstehen, die im Sinne einer materiellen und/oder subjektiv erlebten Ungleichheit wirken und die Rechtsverwirklichung beeinträchtigen.

Aus der Reflexion über den Zusammenhang von sozialen und rechtlichen Normen lassen sich, zusammengefaßt, folgende Perspektiven in ein forensisch-psychologisches Modell einbringen.

1. Es muß eine der Aufgaben der Forensischen Psychologie sein, auf die grundsätzliche differentielle Validität der Rechtsnormen hinzuweisen und die Gesetzesvorschriften diesbezüglich zu analysieren. Die soziologische Geltung des Rechts ist - im gegebenen Fall - generell anzustreben; besteht lediglich eine juristische Geltung, ist die allgemeine oder individuelle Ursache jeweils zu eruieren.

2. Da dem Recht aufgrund seiner historischen Verflochtenheit Momente niederer Rationalität - spekulative, natur-

rechtliche, christliche Ideen - angehören, kann man ihm eine gewisse Irrationalität nicht absprechen (König 1967, S. 47). Dies muß eine empirische Wissenschaft wie die Psychologie verpflichten, mit dem hohen Rationalitätsgrad ihrer Methodologie gegebenenfalls als Korrektiv zu wirken.

3. Der "social lag", der dem Recht generell anhaftet (siehe Kap. 4.2.3.3.), ist in seinen Auswirkungen generell und für das einzelne, vor Gericht stehende Individuum, auch von psychologischer Seite zu prüfen.

4. Die Forensische Psychologie hat in ihren Handlungsanweisungen zwar grundsätzlich vom geltenden Recht auszugehen, sollte aber niemals außer acht lassen, daß die Rechtsnormen, wie Wassermann (1974, S. 15) sagt, "machbar und veränderbar sind" und daß diese Veränderungen nicht "ewigen Wahrheiten" oder "logischen Eigengesetzlichkeiten" folgen, sondern von außen her bestimmt werden.

5.4.3. Konflikt- und entscheidungspsychologische Perspektiven

"Menschliches Handeln hat viele Bedingungen, die oft gleichzeitig wirksam werden. Die psychologische Forschung muß versuchen, diese Vielfalt und Komplexität in den Griff zu bekommen" (Kraak 1974, S. 227). Eine Möglichkeit, eine ganze Reihe von Verhaltensbedingungen theoretisch zu erfassen und zu systematisieren, bietet die Konflikt- und Entscheidungspsychologie.

Die in diesem wissenschaftlichen Teilgebiet entstandenen Theorien können auf viele psychologische Probleme in Theorie und Praxis angewendet werden, denn mit Recht geht man - wie in Kap. 4.3. gezeigt wurde - davon aus, daß das menschliche Verhalten zu einem großen Teil das Ergebnis von Entscheidungen ist, und daß in der Entscheidungs-genese sich dann die Bedingungen herauskristallisieren, die für die anschließende Handlung bestimmend wirken. Es gibt nur wenige Handlungsabläufe - wie z.B. automatische Reaktionen und Handlungen im Dämmerzustand -, auf die die allgemeine Annahme psychologischer Entscheidungstheorien nicht zutrifft, daß nämlich die agie-

rende Person nicht mindestens zwei Handlungsalternativen gesehen hat, die Folgen bedacht und eine Bilanz gezogen hat. Bei dieser rein formalen Betrachtungsweise kann die Frage nach der quantitativen und qualitativen Seite des "Sehens", "Bedenkens" und "Ziehens" als ein ganz anderer Gesichtspunkt hier nicht von Interesse sein.

Man kann davon ausgehen, daß im Regelfall die Auflösung eines Konflikts nicht in der Ausrichtung auf die Alternative stattfindet, die als das qualitative "Resultat eines quasi-automatischen Anwachsens der Reaktionspotentiale" (Thomae 1974, S. 169) aller vorhandenen Alternativen imponiert. Vielmehr kommt die Konfliktlösung - wie gezeigt - weit eher "durch die Einbeziehung oder Ausschaltung bzw. Umstrukturierung überdauernder Überzeugungs-Wert-Systeme zustande" (ibid., S. 169). Mit dieser Annahme ist über den Bereich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit eine nahtlose Verbindung zur

Jurisprudenz hergestellt. Im gängigen Handlungsmodell wird in der praedelinquenten Konfliktsituation davon ausgegangen, daß im Regelfall das einer "normalen" Sozialisation entstammende und sich in "normaler" psychischer Verfassung befindliche Individuum mit einer normorientierten Reaktion auf die Konfliktsituation antwortet. Dieser Entscheidungsprozeß kann aber auch durch motivationale und/oder kognitive Faktoren modifiziert werden: insbesondere kann es dabei zu einer Entschärfung oder Entlastung des Konflikts kommen und zwar speziell dann, wenn die augenblickliche Situation als Folgezustand zufälliger Ereignisse oder Äußerer vom Individuum unabhängiger Umstände gedeutet oder erlebt wird.

Bei der Interpretation von Handlungssequenzen strafrechtlicher Dimensionalität ist dieser Entlastungsversuch zu berücksichtigen, wenn man über Qualität und Quantität der normorientierten Systeme des Täters eine Aussage machen will. Eine andere Form, den Anspruch steuernder (kognitiver) Systeme zu reduzieren, kann beim Täter darin bestehen, daß er eine Normumwertung vornimmt, also etwa einen Diebstahl als ausgleichende Gerechtigkeit zu deuten versucht. Ein Mechanismus, der sich auch in der Wortwahl: "leihen" oder "organisieren" statt "stehlen" rudimentär zu erkennen gibt.

Bei Problemen um den weiteren oder engeren Bereich der straf- und zivilrechtlichen Verantwortlichkeit (zu denken ist in diesem Zusammenhang vor allem an die §§ 20, 21 StGB, 828 BGB, 3, 105 JGG) läßt sich aus konfliktpsychologischer Sicht argumentieren, daß die Verhinderung in der Wahl norm-orientierten Verhaltens als multidimensional begriffen werden muß. Beschränkt man sich dabei auf den Sektor von Verhinderungen, die dem Individuum nicht als eigenverschuldet angelastet werden können, so gehen auch diese über die kodifizierten Bereich ("krankhafte seelische Störung", "seelische Abartigkeit") hinaus.

In diesem Zusammenhang gehört auch ein Gedanke zum Stichwort der sog. Resozialisierung. Üblicherweise wird Resozialisierung als Erziehungsziel des Strafvollzugs angesehen und demzufolge unter diesem Terminus die Wiedereingliederung des Delinquenten in die Gesellschaft verstanden. Nun ist aber der Begriff "Resozialisierung" in dieser - traditionell verwendeten - Form sicherlich nicht haltbar (vergleiche dazu ausführlich Deimling 1969, S. 84-95). Denn geht man von Resozialisierung aus, so muß diesem logisch zwingend ein Prozeß der Exsozialisierung voraus gegangen sein. "Unter den Bedingungen der modernen pluralistischen Gesellschaft" kann der Rechtsbrecher jedoch nur "ein partiell Exsozialisierter" (ibid., S. 93f) sein. Da Gesellschaft aus einer Vielzahl unterschiedlichster sozialer Gruppen und Gruppierungen besteht, kann es sich bei der sog. Ex- bzw. Resozialisierung lediglich um den Wechsel des Individuums von einer Gruppe zu einer oder mehreren anderen handeln, bzw. um die damit verbundenen Strukturveränderungen und Statusverschiebung.

Versteht man den unscharfen und wertbeladenen Resozialisierungsgedanken in diesem eingeschränkten und modifizierten Sinn, lassen sich - beinhaltet der Topos "Resozialisierung" einmal mehr als im Strafrecht und im Strafvollzug nur als Alibifunktion zu dienen - wichtige forensisch-psychologische Möglichkeiten erkennen. Dann bietet sich an, bei einem Tatauffälligen durch

Diagnose und Interpretation der Konfliktverläufe als kognitiv-motivationale Interaktionsprozesse Umsetzungsmöglichkeiten für einen spezifischen, individuell ausgerichteten rehabilitativen Prozeß als erfolgversprechend auszumachen und zu realisieren.

5.4.4. Ansatzpunkte und Handlungsrelevanz der Verhaltensmodifikation

Die Anwendungskonsequenzen, die sich aus den in Kapitel 4 explizierten Grundlagen ableiten lassen, sind in den vorangegangenen Abschnitten (5.3.1. - 5.3.3.) dargestellt und diskutiert worden. Die Erörterung soll nun bezüglich Kapitel 4.4. - "Ansätze und Modellvorstellungen psychologischer Verhaltensmodifikation" - fortgesetzt werden. Für den ersten Teil der Abhandlung - "Grundsätzliche Fragen zur Verhaltensmodifikation" - erübrigt sich allerdings eine erneute Diskussion, denn dort sind die möglichen praktischen Konsequenzen bereits integriert und sie sollen daher an dieser Stelle, um einer vermeidbaren Redundanz willen, nicht noch einmal aufgegriffen werden.

Eine Forensische Psychologie, die im Rahmen der Jurisprudenz zu einer anthropologischen Klassifikationsleistung und damit also zur Entscheidungsfindung beitragen soll, wird sich nicht auf die Diagnostik auffälligen oder normabweichenden Verhaltens beschränken können: sowohl Perspektiven der zugrundeliegenden Genese als auch Zielsetzung und Chancen einer möglichen Therapie bzw. Resozialisierung bzw. Rehabilitation müssen mit einbezogen werden.

Das Hereinnehmen des Behandlungsaspektes in den forensisch-psychologischen Rahmen erscheint vielleicht befremdlich und wird möglicherweise auf Widerspruch stoßen, wenn das Krankheitsverständnis und die Therapie am "medizinischen Behandlungsmodell" orientiert ist; es erscheint dagegen folgerichtig, und die Ausklammerung des Therapieaspektes würde als Sollbruchstelle gewertet werden, wenn das "sozialwissenschaftliche Behandlungsmodell" den theoretischen Hintergrund darstellt.

Der gegenüber dem medizinischen Behandlungsmodell erweiterte Blickwinkel des sozialen Ansatzes (in Kap. 4.4.3. dargestellt und begründet) läßt nicht mehr zu, den Behandlungs-

gedanken als Artefakt im forensisch-psychologischen Konzept zu charakterisieren.

Der Begriff der Behandlung, versteht man ihn im erweiterten Sinn, vermag auch lerntheoretische Strategien zur Verhaltensmodifikation abzudecken. Es wäre nun zu prüfen, welchen Beitrag die Lernpsychologie hier leisten könnte.

Argumentiert man aus lerntheoretischer Sicht, dann lassen sich die Sanktionsmaßnahmen des traditionellen Strafrechts als aversive Konditionierungen verstehen: unerwünschte Verhaltensweisen haben entweder unangenehme Reize oder den Entzug positiver Reize zur Folge. Diese gewöhnlich als Strafe empfundene Erlebnisqualität kann zur Unterlassung der delinquenten Verhaltenssequenz führen, aber auch - und das wird oft übersehen - zu einem Ausweichen oder zu Vermeidungsreaktionen (Breland 1975, S. 54f). Letzteres heißt, das betroffene Individuum läßt keine Anpassungsleistungen an sozial erwünschte Strukturen erkennen, sondern unterdrückt und verdrängt nur die mißbilligten Verhaltenszüge bzw. lernt immer differenzierter, Kontrollen und Strafen zu umgehen.

Ziel eines lerntheoretisch orientierten Konzeptes der Präventivbehandlung darf nicht die Unterdrückung unerwünschter Verhaltenstendenzen sein; vielmehr muß eine Zielverschiebung im Präventivkonzept auf das Erkennen von sozial erwünschten Verhaltensweisen ausgerichtet sein. Eine Möglichkeit, unerwünschte dissoziale Reaktionen zu vermeiden, liegt in der sukzessiven Erweiterung sozialer Verhaltensmöglichkeiten des (potentiell) Delinquenten durch gezielte Anwendung der Lerngesetze.

Der lerntheoretische Ansatz von Breland (1975) sieht zwei Bedingungen der Prävention vor: funktionale Sanktionen und soziale Verhaltenskonditionierung. Die funktionale Sanktion muß einmal als Definitionsfunktion dissoziale und tolerierbare Verhaltensweisen trennen und zum anderen muß sie als subjektive Funktion so wirken, daß der Delinquent sein Verhalten als Mißerfolg erlebt.

Die soziale Verhaltenskonditionierung geht den methodischen Weg der kontinuierlichen und partiellen Verstärkung. Unter dem Aspekt der Sozialprävention muß dabei das soziale Verhaltensrepertoire des mit dem Gesetz in Konflikt Gekommenen erneuert und erweitert werden. Die Generalprävention zielt mit der - sicher utopistischen - Forderung nach sozialer Verhaltenskonditionierung auf "hochentwickelte" gesellschaftliche Verhältnisse, die diese Konditionierung dann leisten können. "Es wäre Aufgabe einer systematischen Verhaltenstechnologie, die Strukturen einer sozial konditionierenden Mitwelt aufzuzeigen" (Breland 1975, S. 56). Hier wird eine Zielprojektion vorgenommen, die als Denkanstoß legitim erscheint, doch deren Realisierung als im besten Fall ambivalent erlebt werden kann. Denn die Konsequenzen wären nahe-
liegender Weise von nicht zu unterschätzender Gefährlichkeit und lassen Assoziationen an Orwells "1984" und Skinners "Futurum II" aufkommen.

Psychotherapie, von den zudeckenden bis zu den psychoanalytischen Verfahren, stellt eine wissenschaftlich gesicherte Methode dar, menschliches Verhalten zu ändern. Diese Potenz, die allgemein akzeptiert wird, sollte auch als konstitutiver Bestandteil in ein forensisch-psychologisches Gesamtkonzept aufgenommen werden.

Nicht selten stellen sich mit dem Begriff "Psychotherapie" Manipulationsbefürchtungen ein; sie lassen sich zwar nicht einfach durch Negation beseitigen, aber man kann sie sozusagen in Schranken halten, wenn man das therapeutische Handeln streng an zwei Maximen ausrichtet. Die eine müßte lauten, daß sich das Modifikationsziel immer im gesetzlichen Rahmen halten muß. Diesem mehr formalen Aspekt wäre der zweite Leitsatz beizuzuordnen: psychotherapeutische (bzw. rehabilitative) Intention darf nicht bedeuten, das Individuum an die jeweiligen gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen anzupassen, sondern das Ziel muß sein, daß der Klient befähigt wird, mit den rechtlichen und gesellschaftlichen Vorschriften "fertig" zu werden oder anders

ausgedrückt, daß er sich in möglichst konfliktfreier Weise mit ihnen arrangieren kann.

5.5. Zukunftsorientierte Perspektiven

Ein zukunftsorientierter "Ausblick" am Ende einer Abhandlung verführt allzu leicht dazu, zu hoffnungsträchtige und/oder spekulative konzeptionelle Vorstellungen zu entwerfen, die mit dem in den vorangegangenen Kapiteln Erarbeiteten nur ungenügende Gemeinsamkeiten erkennen lassen. Dieser Eindruck mag - auf den ersten Blick - auch an dieser Stelle vielleicht aufkommen, wenn einige Entwicklungstendenzen und Orientierungsbemühungen einer der Psychologie benachbarten Disziplin, der Psychiatrie, kurz charakterisiert werden. Denn die Möglichkeit ist nicht unbegründet auszuschließen, daß in der Psychiatrie eine Entwicklung vorweggenommen wird, die auch in der Jurisprudenz - in modifizierter Form - einmal Bedeutsamkeit erlangen und entsprechend verändernd wirken kann und mit der sich dann die Forensische Psychologie konfrontiert sieht. Dabei kann nur eine oberflächliche Betrachtungsweise einen engen Zusammenhang von Medizin (insbesondere Psychiatrie) und Jurisprudenz als nicht evident abtun: eine genauere Analyse und eine historische Zurückbesinnung (vergl. Kap. 2.1.1.) kann hier eine Fülle paralleler Entwicklungen und Ansätze aufweisen.

Die Veränderungen in der neueren Psychiatrie lassen sich vor allen Dingen darauf zurückführen, daß die soziale Dimension für die Einordnung und Behandlung psychiatrischer Krankheiten zunehmende Bedeutung bekommen hat. Stand zunächst ausschließlich die naturwissenschaftlich orientierte Aufdeckung der Organpathologie im Vordergrund, so kam später eine stärkere Beachtung der intraindividuellen Dynamik psychischer Krankheiten hinzu und schließlich ist die jüngste Entwicklung dadurch charakterisiert, daß die Interdependenzen des

psychisch Kranken und seiner sozialen Umwelt verstärkt in das Blickfeld gerückt werden; die soziale Dimension stößt bezüglich Genese, Diagnose, Therapie und Prognose psychischer Krankheiten auf zunehmende Aufmerksamkeit. Die Konzentration der Wissenschaft auf korrelative Beziehungen zwischen psychopathologischen Merkmalen und sozialen Faktoren hat zu vermehrter Einbeziehung von Soziologie und Sozialpsychologie in die Psychiatrie und damit zu einer interdisziplinären Zusammenarbeit geführt.

Nicht zu trennen von dieser Entwicklung und von ebenfalls großer Bedeutung sind die Anstöße durch die Community Mental Health-Bewegung mit der Idee der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung. Im Hintergrund steht hier die Erkenntnis, daß die psychiatrische Klinik den Patienten häufig von seinem sozialen Umfeld isoliert und damit seine Motivation zur Rückkehr schwächt und daß die Verlaufsformen nahezu aller Psychosen durch Institutionalisierungseffekte negativ beeinflußt werden. Das soll allerdings nicht heißen, daß eine intramurale Behandlung generell abzulehnen ist, sondern nur, daß das isolierte psychiatrische Großkrankenhaus nicht das einzige und wichtigste Instrument psychiatrischer Betreuung sein kann. Denn eine Versorgung auf dem Gebiet der Psychiatrie kann nur dann als zufriedenstellend bezeichnet werden, wenn auch Vorsorge-, Übergangs- und Nachsorgeeinrichtungen in genügender Anzahl vorhanden sind.

Trotz dieser Entwicklungen - oder gerade deswegen - findet man teilweise immer noch eine Polarität zwischen den Vertretern einer traditionellen, vorwiegend naturwissenschaftlichen psychiatrischen Nosologie und den Anhängern eines Konzepts, das intraindividuelle und soziale Konflikte in das Krankheitsbild entscheidend miteinbezieht. Unabhängig davon, ob diese Spannungen in Zukunft nachlassen oder zunehmen, bleibt festzuhalten, daß die Psychiatrie - die nach einer langen Phase traditionsgeprägter Verfestigung nun eine

neue Orientierung und ein geändertes Selbstverständnis anstrebt - die Möglichkeit besitzt, mit den oben ausgeführten inhaltlichen Ausrichtungen mehr oder weniger intensiv auf die Jurisprudenz einzuwirken. Die Forensische Psychologie wird bei einer solchen potentiellen Entwicklung nicht unwesentliche Ausweitungsmöglichkeiten erfahren können; sie sollte sich daher rechtzeitig darauf einstellen und vorbereiten.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abelson, R.P.:** Simulation of Social Behavior.
In: Lindzey, G. a. Aronson, E. (Ed.), 1968,
S. 274-356.
- Adorno, Th.:** Einleitung.
In: Maus et al. (Hg.), 1975, S. 7-79.
- Adorno, Th.:** Zur Logik der Sozialwissenschaften.
In: Maus et al. (Hg.), 1975, S. 125-143.
- Albert, H.:** Der Mythos der totalen Vernunft.
In: Maus et al. (Hg.), 1975, S. 193-234.
- Albert, H. u. Keuth, H. (Hg.):** Kritik der kritischen
Psychologie.
Hoffmann u. Campe: Hamburg 1973.
- Alexander, F. u. Staub, H.:** Der Verbrecher und seine Richter.
Wien: Intern. Psychoanalytischer Verlag 1929.
- Arnold, W. et. al. (Hg.):** Lexikon der Psychologie.
Herder: Freiburg 1976.
- Arntzen, F.:** Psychologie der Zeugenaussage.
Göttingen: Hogrefe 1970.
- Bader, K.S.:** Kriminalpsychologie oder Forensische Psychologie.
Psyche, 1948, 2, 442-448.
- Bandura, A. a. Walters, R.H.:** Social learning and personality
development.
London, New York, Sidney, Toronto: Holt, Rine-
hart a. Winston 1963.
- Bartos, O.J.:** Simple models of group behaviour.
New York, London: Columbia Univ.Pr. 1967.
- Basaglia, F.:** Die negierte Institution oder die Gemeinschaft
der Ausgeschlossenen.
Frankfurt: Suhrkamp 1971.

- Bastine, R.: Forschungsmethoden in der klinischen Psychologie.
In: Schraml, W.J. (Hg.), 1970, S. 523-559.
- Bastine, R.: Klientenzentrierte Gesprächspsychotherapie.
In: Bergold, J. (Hg.), 1973, S.
- Bauer, M. et al.: Psychiatrie.
Stuttgart: Thieme 1973.
- Beck, H.: Der Positivismusstreit.
In: Rombach, H. (Hg.), 1974, S. 41-49.
- Beckmann, K.-H.: Geisteswissenschaftliche Methoden.
In: Roth, L. (Hg.): 1978, S. 43-64.
- Belschner, W.: Behandlungsmodelle.
In: Belschner et al., 1973, S. 36-59.
- Belschner, W. et al. (Hg.): Verhaltenstherapie in Erziehung und Unterricht.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1973.
- Bergold, J. (Hg.): Psychotherapie.
München, Berlin, Wien: Urban u. Schwarzenberg 1973.
- Bergold, J. u. Selg, H.: Verhaltenstherapie.
In: Schraml, W.J. (Hg.), 1970, S. 270-309.
- Biddle, B.J. a. Thomas, E.J. (Ed.): Role theory: concepts and research.
New York, London, Sidney: Wiley 1966.
- Black, D. a. Mileski, M. (Ed.): The social organization of law.
New York, London: Seminar Press 1973.
- Blackham, G. u. Silberman, A.: Grundlagen und Methoden der Verhaltensmodifikation bei Kindern.
Weinheim, Basel: Beltz 1975.
- Blau, G.: Der psychologische Sachverständige im Strafprozeß.
In: Blau, G. u. Müller-Luckmann, Elisabeth (Hg.), 1962, S. 344-373.
- Blau, G.: Die Teilung des Strafverfahrens in zwei Abschnitte.
Schuldspruch und Strafanspruch.
ZStW, 1969, 81, 31-48.

- Blau, G.: Schweigepflicht und Schweigerecht der Fachpsychologen.
NJW, 1973, 26, 2234-2239.
- Blau, G. u. Müller-Luckmann, Elisabeth (Hg.): Gerichtliche
Psychologie.
Berlin: Luchterhand 1962.
- Bockelmann, P.: Bemerkungen über das Verhältnis des Strafrechts zur Moral und zur Psychologie.
In: Kaufmann, A. (Hg.), 1968, S. 252-259.
- Brandt, Ursula u. Köhler, B.: Norm und Konformität.
In: Graumann, C.F. (Hg.), 1972, S. 1710-1789.
- Bredenkamp, I.: Experiment und Feldexperiment.
In: Graumann, C.F. (Hg.), 1969, S. 332-374.
- Bredenkamp, Karin u. Bredenkamp, I.: Lernen und Gedächtnis.
In: Rogge, K.E. (Hg.), 1974, S. 76-91.
- Breland, M.: Das Ende des Strafprinzips und die Chance der (Lern-) Psychologie.
Psychologie heute, 1975, 2, 53-56.
- Bremer, H.: Der Sachverständige. Seine Stellung im privaten und öffentlichen Recht.
Heidelberg: Recht u. Wirtschaft 1963, 1973².
- Brocke, B., Röhl, W. u. Westmeyer, H.: Wissenschaftstheorie auf Abwegen? Probleme der Holzkamp'schen Wissenschaftskonzeption.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1973.
- Bruce, Biddle a. Thomas, E.J. (Ed.): Role Theory.
New York, London, Sidney: 1966.
- Calliess, R.-P.: Theorie der Strafe im demokratischen und sozialen Rechtsstaat.
Frankfurt: Fischer 1974.
- Cartwright, D.: Wie man Menschen verändern kann: Praktische Anwendung der gruppensystemischen Theorie.
In: Rohr, Christina (Hg.), 1972, S. 248-264.
- Cattell, R.B.: Die empirische Erforschung der Persönlichkeit.
Weinheim: Beltz 1973.

- Cofer, C.N. a. Appley, M.H.: Motivation: Theory and research.
New York: Wiley 1964.
- Coing, H.: Grundzüge der Rechtsphilosophie.
Berlin: de Gruyter 1950, 1969².
- Cooper, D.: Psychiatrie und Antipsychiatrie.
Frankfurt: Suhrkamp 1971.
- Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland.
München: Piper 1965.
- Danzig, Helga: Kindschaftsrecht.
Neuwied: Luchterhand 1974.
- Dechêne, H.Ch.: Verwahrlosung und Delinquenz. Profil einer
Kriminalpsychologie.
München: Fink 1975.
- Deimling, G.: Theorie und Praxis des Jugendstrafvollzugs in
pädagogischer Sicht.
Luchterhand: Neuwied und Berlin 1969.
- Delius, H.: Positivismus und Neopositivismus.
In: Diemer, A. u. Frenzel, I. (Hg.), 1973,
S. 262-280.
- Deneke, J.F.: Ein Stück Mittelalter in der Strafjustiz?
Deut. Ärztebl., 1973, H. 7, 434-438.
- Deutsch, M.: The resolution of conflict.
New Haven, London: Yale University Press 1973.
- Dewey, J.: Human Nature and Conduct. An Introduction to
Social Psychology.
London: Holt 1922.
- Diemer, A.: Ontologie.
In: Diemer, A. u. Frenzel, I. (Hg.), 1973,
S. 209-240.
- Diemer, A.: Wahrheitslehre.
In: Diemer, A. u. Frenzel, I. (Hg.), 1973,
S. 327-334.
- Diemer, A. u. Frenzel, I. (Hg.): Philosophie.
Frankfurt: Fischer 1958, 1973¹⁵.

- Dietrich, G. u. Walter, H.: Grundbegriffe der psychologischen Fachsprache.
München: Ehrenwirth 1970.
- Döring, M.: Richtlinien für den kinderpsychologischen Sachverständigen in Sexualprozessen.
Päd.-psychol. Arbeiten a.d. Institut d. Leipziger Lehrervereins, 1924, 13, 164-214.
- Dornette, W. u. Pulkowski, Hanne: Konfliktspiele.
München, Basel: Reinhardt 1974.
- Dorsch, F.: Geschichte und Probleme der angewandten Psychologie.
Bern, Stuttgart: Huber 1963.
- Dubischar, R.: Grundbegriffe des Rechts.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1968.
- Dubischar, R.: Vorstudium zur Rechtswissenschaft.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1974.
- Eckartshausen, C.v.: Über die Notwendigkeit psychologischer Kenntnisse bei der Beurteilung der Verbrechen.
München 1791 (zit. n. G. Kaiser 1973 b, S. 211).
- Eckhoff, T.: Justice. Its determinants in social interaction.
Rotterdam: University Press 1974.
- Ekman, G. u. Lundberg, J.: Über Theorie und Messung in der Psychologie.
In: Thiel, M. (Hg.), 1969, S. 159-219.
- Elhardt, S.: Tiefenpsychologie.
Kohlhammer: 1971, 1973³.
- Engisch, K.: Auf der Suche nach der Gerechtigkeit. Hauptthemen der Rechtsphilosophie.
München: Piper 1971.
- Engisch, K.: Methoden der Strafrechtswissenschaft.
In: Thiel, M. (Hg.), 1972, S. 39-79.
- Esser, J.: Methodik des Privatrechts.
In: Thiel, M. (Hg.), 1972, S. 3-37.
- Eysenck, H.-J.: Verhaltenstherapie.
In: Bergold, J. (Hg.), 1973, S. 91-124.

- Feger, H.: Beiträge zur experimentellen Analyse des Konflikts.
In: Thomae, H. (Hg.), 1965, S. 382-412.
- Feger, H. u. Feger, B.: Beiträge zur inhaltsanalytischen
Untersuchung von Entscheidungen. Tl. I u. II.
Arch.ges.Psychol., 1969, 121, 205-232, 233.
- Ferri, E.: Das Verbrechen als soziale Erscheinung.
Leipzig: Wigand 1896, orig. 1881.
- Feuerbach, A.v.: Merkwürdige Criminalrechtsfälle. Teil I.
Gießen: Müller 1808.
- Fischinger, H.: Die Teilung des Strafverfahrens in zwei
Abschnitte. Schuldspruch und Strafausspruch.
ZStW, 1969, 81, 49-60.
- Friedman, L.M. a. Macaulay, S.: Law and the behavioral sciences.
Indianapolis, Kansas City, New York: Bobbs-
Merrill 1969.
- Friedreich, J.B.: System der gerichtlichen Psychologie.
Regensburg: Manz 1852.
- Gattig, E. u. Viebahn, P.: Was ist Psychologie? Möglichkeiten
und Grenzen einer jungen Wissenschaft.
Bremen: Schünemann 1972.
- Gehlen, A.: Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik.
Frankfurt, Bonn: Athenäum 1969.
- Gerber, U. (Hg.): Chancengleichheit im Gerichtssaal.
Loccumer Protokolle 6/1974.
- Göppinger, H.: Kriminologie. Eine Einführung.
München: Beck 1971, 1973 (2).
- Göppinger, H. et al.: Das Gutachten.
In: Göppinger, H. u. Witter, H. (Hg.), 1972,
S. 1485-1529.
- Göppinger, H.: Das Verfahren.
In: Göppinger, H. u. Witter, H. (Hg.), 1972,
S. 1531-1593.

Göppinger, H. u. Witter, H. (Hg.): Handbuch der forensischen Psychiatrie.

Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1972.

Görlitz, A. (Hg.): Handlexikon zur Rechtswissenschaft.

München: Ehrenwirth 1972.

Graumann, C.-F.: Eigenschaften als Problem der Persönlichkeits-Forschung.

In: Lersch, P. u. Thomae, H. (Hg.), 1960, S. 87-154.

Graumann, C.-F.: Subjektiver Behaviorismus?

Arch.ges.Psychol. 1965, 117, 240-251.

Graumann, C.-F.: Bewußtsein und Bewußtheit. Probleme und Befunde der psychologischen Bewußtseinsforschung.

In: Metzger, W. (Hg.), 1966, S. 79-130.

Graumann, C.-F.: Einführung in die Psychologie. Bd. 1: Motivation.

Frankfurt: Akadem. Verlagsgesellschaft u. Bern, Stuttgart: Huber 1969, 1970².

Graumann, C.-F.(Hg.): Sozialpsychologie. Hdb. d. Psychologie, Bd. 7, 1. Halbband: Theorien und Methoden.

Göttingen: Hogrefe 1969.

Graumann, C.-F. (Hg.): Sozialpsychologie. Hdb. d. Psychologie, Bd. 7, 2. Halbband: Forschungsbereiche.

Göttingen: Hogrefe 1972.

Greenwald, A.G., Brock, T.C., Ostrom, T.M. (Ed.): Psychological foundations of attitudes.

New York: Academic Press 1968.

Greif, S.: Ansätze zur normativen Grundlegung der Psychologie.

In: Iseler, A. u. Perrez, M. (Hg.), 1976, S. 80-111.

Grimm, D. (Hg.): Rechtswissenschaft und ihre Nachbarwissenschaften.

Frankfurt: Athenäum Fischer 1973.

- Grohmann, J.C.A.: Ueber krankhafte Affektionen des Willens.
Z.psych.Aerzte, 1818, 1, 471.
- Grohmann, J.C.A.: Innere krankhafte Affektionen des Willens,
welche die Unfreiheit verbrecherischer Hand-
lungen bestimmen.
Z.psych.Aerzte, 1819, 2, 157.
- Groothoff, H.-H.: Einführung in die Erziehungswissenschaft.
Ratingen: Henn 1975.
- Grossmann, H.-P.: Die Tätigkeit des Psychologen auf dem Ge-
biet der Kriminalpsychologie.
In: Benesch, H. u. Dorsch, T. (Hg.), 1971,
S. 114-119.
- Habermas, J.: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische
Studien.
Neuwied, Berlin: Luchterhand 1963.
- Hagen, J.J.: Soziologie und Jurisprudenz.
München: Fink 1973.
- Hartmann, H.: Psychologische Diagnostik.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1970.
- Haseloff, O. u. Hoffmann, H.-J.: Kleines Lehrbuch der Sta-
tistik.
Berlin: de Gruyter 1960, 1970 (4).
- Heberer, G., Kurth, G. u. Schwidetzky, Ilse (Hg.): Anthro-
pologie.
Frankfurt: Fischer 1959, 1975⁷.
- Heckhausen, H.: Leistungsmotivation.
In: Thomae, H. (Hg.), 1965, S. 602-702.
- Heinroth, J.C.A.: System der psychisch-gerichtlichen Me-
dizin.
Leipzig: Hartmann 1825.
- Heinroth, J.C.A.: Grundzüge der Criminal-Psychologie oder:
Die Theorie des Bösen in ihrer Anwendung auf
die Criminal-Rechtspflege.
Berlin: Dümmler 1833.

- Heisenberg, W.: Wandlungen in den Grundlagen der Naturwissenschaft. Zehn Vorträge.
Stuttgart: Hirzel 1959⁹.
- Heiß, R.: Person als Prozeß.
Ber.Kongr.Berufsverb.Dtsch.Psychologen.
Hamburg: Nölke 1948.
- Heiß, R.: Technik, Methodik und Problematik des Gutachtens.
In: Heiß, R. (Hg.), 1964, S. 975-996.
- Heiß, R.: Allgemeine Tiefenpsychologie.
Huber: Bern u. Stuttgart 1964
- Heiß, R. (Hg.): Psychologische Diagnostik. Hdb.d.Psychol.,
Bd. 6.
Göttingen: Hogrefe 1964.
- Herren, R.: Freud und die Kriminologie.
Stuttgart: Enke 1973.
- Herrmann, T.: Lehrbuch der empirischen Persönlichkeitsforschung.
Göttingen, Toronto, Zürich: Hogrefe 1969, 1972².
- Hiltmann, Hildegard: Wortassoziation und verbale Ergänzungsv erfahren.
In: Heiß, R. (Hg.), 1964, S. 533-555.
- Hirsch, E.E. u. Rehbinder, M. (Hg.): Studien und Materialien zur Rechtssoziologie.
Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag 1967.
- Höger, D.: Einführung in die pädagogische Psychologie.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1972.
- Hoffmann, H.: Die Schicht-Theorie. Eine Anschauung von Natur und Leben.
Stuttgart: Enke 1935.
- Hofstätter, P.R.: Psychologie.
Frankfurt: Fischer 1957, 1964⁸.
- Hogan, R.: Moral conduct and moral character: a psychological perspective.
Psychol.Bull., 1973, 79, 217-232.

Holzkamp, K., Jäger, A.O. u. Merz, F.: Prognose und Bewertung in der psychologischen Diagnostik.
Göttingen: Hogrefe 1966.

Homans, G.C.: The Human Group.
New York: Harcourt, Brace 1950.

Holzkamp, K.: Begutachtung als Kommunikation.
In: Holzkamp et al., 1966, S. 19-40.

Holzkamp, K.: Wissenschaft als Handlung.
Berlin: de Gruyter 1968.

Holzkamp, K.: Zum Problem der Relevanz psychologischer
Forschung für die Praxis.
Psychol.Rdsch., 1970, 21, 1-22.

Holzkamp, K.: Kritische Psychologie.
Frankfurt: Fischer 1972, 1973³.

Iseler, A. u. Perrez, M. (Hg.): Relevanz in der
Psychologie.
Reinhardt: München und Basel 1976.

Janich, P., Kambartel, F. u. Mittelstraß, J.: Wissen-
schaftstheorie als Wissenschaftskritik.
Frankfurt: Aspekte 1974.

Janis, I.L. a. Mann, L.: A conflict-theory approach to
attitude change and decision making.
In: Greenwald, A.G. et al. (Ed.), 1968,
S. 327-360.

Janzarik, W.: Forschungsrichtungen und Lehrmeinungen in der
Psychiatrie: Geschichte, Gegenwart, forensische
Bedeutung.
In: Göppinger, H. u. Witter, H. (Hg.), 1972,
S. 588-662.

Jescheck, H.-H.: Das Menschenbild unserer Zeit und die
Strafrechtsreform.
Recht u. Staat, 1957, Heft 198/199, Tübingen.

- Jescheck, H.-H.: Die Bedeutung nicht-krankhafter Bewußtseinsstörungen und seelischer Ausnahmeerscheinungen für die Zurechnungsfähigkeit aus der Sicht des Juristen.
In: Blau, G. u. Müller-Luckmann, Elisabeth (Hg.), 1962, S. 208-222.
- Jescheck, H.-H.: Der Strafprozeß -Aktuelles und Zeitloses.
JZ, 1970, 201-207.
- Jescheck, H.-H.: Lehrbuch des Strafrechts. Allgemeiner Teil.
Berlin: Duncker u. Humblot 1969, 1972².
- Jessnitzer, K.: Der gerichtliche Sachverständige.
Köln, Berlin, Bonn, München: Heymanns 1973.
- Jhering, R.v.: Der Zweck im Recht.
Leipzig: Breitkopf u. Härtel 1877, 1916⁵.
- Jung, C.G.: Die psychologische Diagnose des Tatbestandes.
Schweiz.Zschr. Strafrecht, 1905, 18, 368-408.
- Kageneck, Elisabeth Gräfin: Kriminalpsychologie. Kritische Auswertung und Systematisierung der relevanten Literatur.
Freiburg: Unveröff. Diplomarbeit 1974.
- Kaiser, E.: Zeugnisverweigerungsrecht der Diplompsychologen.
NJW, 1971, 24, 491-494.
- Kaiser, G.: Kriminologie. Eine Einführung in die Grundlagen.
Karlsruhe: Müller 1971, 1973² a.
- Kaiser, G.: Strafrecht und Psychologie.
In: Grimm, D. (Hg.), 1973 b, S. 195-214.
- Kanz, H.: Voraussetzungslosigkeit und Wertproblem.
In: Rombach, H. (Hg.), 1974, S. 37-40.
- Karpinski, K.: Der Sachverständige im Strafprozeß.
NJW, 1968, 21, 1173.
- Katz, M. a. Burchard, J.D.: Psychology and the Legal Enterprise.
University of Kansas Law Review, 1971, 19, 197-210.

- Kaufmann, A. (Hg.): Gedächtnisschrift für Gustav Radbruch.
Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1968.
- Kelley, H.H. a. Thibaut, J.W.: Group problem solving.
In: Lindzey, G. a. Aronson, E. (Ed.), 1969,
S. 1-101.
- Kelsen, H.: Reine Rechtslehre.
Leipzig: Deuticke 1934; Wien: Deuticke 1960².
- Kessler, M.: Die tatsächliche Grundlage des Sachverständigen-
gutachtens.
Freiburg: Jur. Diss. 1974.
- König, R.: Das Recht im Zusammenhang der sozialen Normen-
systeme.
In: Hirsch, E.E. u. Rehlinger, M. (Hg.), 1967,
S. 36-53.
- Kohlhaas, M.: Zur Schweigepflicht der Psychologen.
NJW, 1969, 22, 1566-1567.
- Kraak, B.: Theoriebildung unter dem Aspekt der Entscheidung.
Psychol. Beiträge, 1974, 16, 227-237.
- Krasner, L.: Behavior control and social responsibility.
American psychologist, 1964, 17, 199-204.
- Kretschmer, E.: Medizinische Psychologie.
Stuttgart: Thieme 1962¹⁰.
- Krüger, H.: Kriminalpsychologie - ein neues Arbeitsgebiet
der Psychologie.
Psychol. Rdsch., 1950, 1, 251-255.
- Krysmanski, H.J.: Soziologie des Konflikts.
Hamburg: Rowohlt 1971.
- Kühne, H.-H.: Nochmals: Zeugnisverweigerungsrecht von nicht
in § 53 StPO erwähnten Personengruppen, ins-
besondere von Diplompsychologen.
NJW, 1971, 24, 1438-1440.
- Kutschera, F.v.: Wissenschaftstheorie I und II.
München: Fink 1972.
- Langelüddeke, A.: Gerichtliche Psychiatrie.
Berlin: de Gruyter 1950, 1959².

Langenheder, W.: Theorie menschlicher Entscheidungshandlungen.

Stuttgart: Enke 1975.

Larenz, K.: Methodenlehre der Rechtswissenschaft.

Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1960, 1975³.

Laucken, U. u. Schick, A.: Einführung in das Studium der Psychologie.

Klett: Stuttgart 1971.

Lautmann, R.: Soziologie vor den Toren der Jurisprudenz.

Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1971.

Lautmann, R.: Soziologie und Rechtswissenschaft.

In: Grimm, D. (Hg.), 1973, S. 35-49.

Lautmann, R., Maihofer, W. u. Schelsky, H. (Hg.): Die Funktion des Rechts in der modernen Gesellschaft.

Bielefeld: Bertelsmann Universitätsverlag 1970.

Leferenz, H.: Die Beurteilung der Glaubwürdigkeit.

In: Göppinger, H. u. Witter, H. (Hg.), 1972, S. 1314-1346.

Lefrancois, G.R.: Psychologie des Lernens.

Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1976.

Lehr, Ursula: Erscheinungsweisen des Konflikts.

In: Thomae, H. (Hg.), 1965, S. 306-331.

Leisner, R.: Forensische und Kriminal-Psychologie.

In: Rogge, K.E. (Hg.), 1974, S. 232-243.

Lenckner, Th.: Strafe, Schuld und Schuldfähigkeit.

In: Göppinger, H. u. Witter, H. (Hg.), 1972, S. 3-286.

Lenk, H.: Erklärung, Prognose, Planung.

Skizzen zu Brennpunktproblemen der Wissenschaftstheorie.

Freiburg: Rombach 1972.

- Lersch, P.: Der Aufbau des Charakters.
Leipzig: Barth 1938.
- Lersch, P. u. Thomae, H. (Hg.): Persönlichkeitsforschung
und Persönlichkeitstheorie. Hdb. d. Psychol.,
Bd. 4.
Göttingen: Hogrefe 1960.
- Liebel, H. u. Uslar, W.v.: Forensische Psychologie.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1975.
- Liebert, R. a. Spiegler, M.: Personality.
Homewood, Ill.: Dorsey Press 1970, 1974².
- Lienert, G.A.: Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik.
Meisenheim: Hain 1962, 1973².
- Ligges, W.: Die Stellung des Sachverständigen im deutschen
Strafprozeß.
Münster: Jur. Diss. 1963.
- Lindzey, G. a. Aronson, E. (Ed.): Handbook of Social
Psychology, Vol. 2.
Reading (Mass.): Addison-Wesley 1968.
- Lindzey, G. a. Aronson, E. (Ed.): Handbook of Social
Psychology, Vol. 4.
Reading (Mass.): Addison-Wesley 1969.
- Liszt, F.v.: Strafrechtliche Aufsätze und Vorträge.
Berlin 1905.
- Lombroso, C.: Genie und Irrsinn.
Leipzig: Reclam 1887.
- Lorenz, K.: Über tierisches und menschliches Verhalten.
München: Piper 1965.
- Lückert, H.-R.: Konflikt-Psychologie.
München, Basel: Reinhardt 1957.
- Lürken, G.: Auswahl und Leistung des Sachverständigen im
Strafprozeß (§§ 73, 78 StPO).
NJW, 1968, 21, 1161-1165.
- Luhmann, N.: Recht und Automation in der öffentlichen Ver-
waltung.
Berlin: Duncker u. Humblot 1966.

- Maisch, H.: Methodische Aspekte psychologisch-psychiatrischer Täterbegutachtung - Zur Rolle des Sachverständigen im Strafprozeß.
MSchrKrim., 1973, 56, 189-198.
- Marbe, K.: Grundzüge der forensischen Psychologie.
München: Beck 1913.
- Marbe, K.: Zur Psychologie der Zeugenaussagen, insbesondere der Kinderaussagen.
Jur.Wschr., 1930, 59, 2510-2512.
- Marcuse, H.: Versuch über die Befreiung.
Frankfurt: Suhrkamp 1969.
- Maurach, R.: Deutsches Strafrecht. Allgemeiner Teil.
Karlsruhe: Müller 1954, 1971⁴.
- Maus, H., Fürstenberg, F. u. Benseler, F. (Hg.): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie.
Neuwied: Luchterhand 1969, 1975⁴.
- Mayer, H.: Strafrecht. Allgemeiner Teil.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1967.
- Mayer, H.: Kant, Hegel und das Strafrecht.
In: Festschrift für K. Engisch.
Frankfurt a.M.: Klostermann 1969, S. 54-79.
- Metzger, W. (Hg.): Allgemeine Psychologie. Wahrnehmung und Bewußtsein. Hdb. d. Psychol., Bd. 11.
Göttingen: Hogrefe 1966.
- Mitscherlich, A. u. Mitscherlich, Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens.
München: Piper 1967.
- Mitteis, H.: Deutsche Rechtsgeschichte. Neubearbeitet von H. Lieberich.
München: C.H. Beck 1949, 1974¹³.
- Mittermaier, C.J.A.: Die Lehre vom Beweise im Deutschen Strafprozeß.
Darmstadt: Heyer 1834.

- Mönkemöller, O.: Psychologie und Psychopathologie der Aussage.
Heidelberg: Winters 1930.
- Moser, T.: Repressive Kriminalpsychiatrie.
Frankfurt: Suhrkamp 1971.
- Mueller, E.F. u. Thomas, A.: Einführung in die Sozialpsychologie.
Göttingen, Toronto, Zürich: Hogrefe 1974.
- Müller, K.: Der Sachverständige im gerichtlichen Verfahren.
Frankfurt: Athenäum 1973.
- Müller-Luckmann, Elisabeth: Psychologie und Strafrecht.
In: Grimm, D. (Hg.), 1973, S. 215-230.
- Neumann, J.v. a. Morgenstern, O.: Theory of games and economic behavior.
Princeton: Princeton Univ. Press 1944.
- Nord, W.R.: Social exchange theory: An integrative approach to social conformity.
Psychol. Bull., 1969, 71, 174-208.
- Nowakowski, F.: Vom Schuld- zum Maßnahmerecht?
Kriminologische Gegenwartsfragen, H. 10,
Stuttgart 1972, 1-10.
- Ofshe, Lynne a. Ofshe, R.: Utility and choice in social interaction.
Englewood Cliffs: Prentice-Hall 1970.
- Orlik, P., Fisch, R. u. Saterdag, H.: Fragen der sozialen Orientierung von Studienanfängern des Faches Psychologie.
Psychol. Rdsch., 1971, 22, 17-37.
- Ostermeyer, H.: Die juristische Zeitbombe.
München: Goldmann 1973.
- Ostermeyer, H.: Die bestrafte Gesellschaft. Ursachen und Folgen eines falschen Rechts.
München, Wien: Hanser 1975.
- Parsons, T.: The Law and Social Control.
In: Evan, W.M. (Ed.), Law and Sociology.
New York: Free Pr. of Glencoe, 1962, S. 56-72.

Patzig, G.: Logistik.

In: Diemer, A. u. Frenzel, I. (Hg.), 1973,
S. 144-156.

Pawlik, K.: Zur Lage der Psychologie.

Psychol. Rdsch., 1975, 26, 81-111.

Peters, K.: Die prozeßrechtliche Stellung des psychologischen Sachverständigen.

In: Undeutsch, U. (Hg.), 1967, S. 768-800.

Peters, K.: Der Strafprozeß in der Fortentwicklung.

Karlsruhe: C.F. Müller 1970.

Plack, A.: Plädoyer für die Abschaffung des Strafrechts.

München: List 1974.

Plaut, P.: Zur Zeugenaussage Erwachsener.

Z.f.angew.Psychol., 1929, 32, 321-342.

Pongratz, L.: Psychologie menschlicher Konflikte. Phänomenologie und Theorie.

Göttingen: Hogrefe 1961.

Pongratz, L.J.: Lehrbuch der Klinischen Psychologie.

Göttingen: Hogrefe 1973.

Ponsold, A. (Hg.): Lehrbuch der gerichtlichen Medizin.

Stuttgart: Thieme 1950, 1967³.

Rapoport, A.: Katathymische und strategische Konfliktmodelle.

In: Renck, A. de u. Knight, I (Hg.), 1970,
S. 247-274.

Rasch, W.: Schuldfähigkeit.

In: Ponsold, A. (Hg.), 1967, S. 55-89.

Rauch, H.J.: Auswahl und Leitung des Sachverständigen im Strafprozeß.

NJW, 1968, 21, 1173-1175.

Reik, Th.: Geständniszwang und Strafbedürfnis. Probleme der Psychoanalyse und der Kriminologie.

Leipzig: 1925. Neu herausg. v. T. Moser
Frankfurt: Suhrkamp 1974.

- Reiwald, P.: Die Gesellschaft und ihre Verbrecher.
Zürich: Pan-Verlag 1948.
- Reuck, A. de u. Knight, Julie (Hg.): Weil wir überleben wollen.
München, Wien, Basel: Desch 1970.
- Röhl, W.: Rückzug der kritischen Psychologie?
In: Brocke et al., 1973, S. 8-82.
- Rogers, C.R.: Client-Centered Therapy.
Boston: Houghton-Mifflin 1951.
- Rogers, C.R.: Strittige Fragen zur Kontrolle menschlichen Verhaltens: Ein Symposium.
In: Rost, D. et al. (Hg.), 1975, S. 23-52.
- Rogers, C.R. a. Dymond, R. (Ed.): Psychotherapy and Personality Change.
Chicago: Univ. of Chicago Press 1954.
- Rogge, K.E. (Hg.): Steckbrief der Psychologie.
Heidelberg: Quelle u. Meyer 1971, 1974².
- Rohr, Christina: Einleitung: Verhaltensänderung.
In: Rohr, Christina (Hg.), 1972, S. 7-58.
- Rohr, Christina (Hg.): Verhaltensänderung. Psychologische Theorien der Veränderung menschlichen Verhaltens.
München: Nymphenburger Verlagshandlung 1972.
- Rombach, H.: Substanz, System, Struktur. Bd. II.
Freiburg, München: Alber 1966.
- Rombach, H.: Wissenschaft und Wissenschaftstheorie.
In: Rombach, H. (Hg.), 1974, S. 9-12.
- Rombach, H.: Wissenschaftstheorie und Philosophie.
In: Rombach, H. (Hg.), 1974, S. 12-19.
- Rombach, H.: Die Rolle des Methodenstreits in den Wissenschaften.
In: Rombach, H. (Hg.), 1974, S. 20-26.
- Rombach, H. (Hg.): Wissenschaftstheorie I.
Freiburg, Basel, Wien: Herder 1974.

- Rost, D., Grunow, P. u. Oechsler, Doris (Hg.): Pädagogische Verhaltensmodifikation.
Weinheim, Basel: Beltz 1975.
- Roth, E.: Persönlichkeitspsychologie.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1974⁴.
- Roth, H.: Pädagogische Anthropologie.
Bd. I: Bildsamkeit und Bestimmung.
Hannover: Schroedel 1966.
- Roth, L. (Hg.): Methoden erziehungswissenschaftlicher Forschung.
Stuttgart: Kohlhammer 1978.
- Rothacker, E.: Die Schichten der Persönlichkeit.
Leipzig: Barth 1938, 1941².
- Rudolph, K.: Das Zusammenwirken des Richters und des Sachverständigen.
Die Justiz, 1969, 18, 24-32 u. 49-53.
Die Justiz. Amtsblatt des Justizministeriums
Baden-Württemberg.
- Ryffel, H.: Rechtssoziologie. Eine systematische Orientierung.
Neuwied, Berlin: Luchterhand 1974.
- Sarstedt, W.: Auswahl und Leistung des Sachverständigen im Strafprozeß.
NJW, 1968, 21, 177-182.
- Schellworth, W.: Zum Krankheitsbegriff in medizinischer und juristischer Sicht.
Med. Sachvers., 1956, 52, 10-12.
- Schmid, R.: Das Unbehagen an der Justiz.
München: C.H. Beck 1975.
- Schneewind, K.A.: Zum Verhältnis von Psychologie und Wissenschaftstheorie.
In: Schneewind, K.A. (Hg.), 1977, S. 11-25.

- Schneewind, K.A. (Hg.): Wissenschaftstheoretische Grundlagen der Psychologie.
München, Basel: Reinhardt 1977
- Schneider, E.: Der Sachverständige im Zivilprozeß.
In: Wellmann, C.R. (Hg.), 1974⁴, S. 35-73.
- Schneider, H.-J.: Psychologie des Verbrechens.
In: Sieverts, R. u. Schneider, H.-J. (Hg.), 1971, S. 415-457.
- Schoeck, H.: Kleines soziologisches Wörterbuch.
Freiburg, Basel, Wien: Herder 1969.
- Schott, F.: Eigengesteuerte Verhaltensmodifikation.
In: Belschner, W. et al. (Hg.), 1973, S. 151-179.
- Sohraml, W.J.: Psychoanalyse.
In: Bergold, J.B. (Hg.), 1973, S. 23-41.
- Sohraml, W.J. (Hg.): Klinische Psychologie.
Bern, Stuttgart, Wien: Huber 1970.
- Schulze, Christa: Lernprinzipien.
In: Belschner, W. et al. (Hg.), 1973, S. 84-108.
- Schwidetzky, Ilse: Kulturanthropologie.
In: Heberer et al. (Hg.), 1975, S. 109-127.
- Seiffert, H.: Einführung in die Wissenschaftstheorie. Bd. 1.
München: Beck 1969.
- Senghaas, D.: Vorwort zur deutschen Ausgabe.
In: Renck, A. de u. Knight, J. (Hg.), 1970, S. 7-13.
- Shubik, M.: Spieltheorie und Sozialwissenschaften.
Frankfurt: Fischer 1965.
- Siegel, S., Siegel, Alberta a. Andrews, J.M.: Choice, strategy, and utility.
New York: McGraw Hill 1964.
- Sieverts, R. u. Schneider, H.-J. (Hg.): Handwörterbuch der Kriminologie.
Berlin, New York: de Gruyter 1971.

- Skinner, B.F.: Freedom and the control of man.
In: Ulrich, R. et al. (Ed.), 1966, S. 11-25.
- Skinner, B.F.: Strittige Fragen zur Kontrolle menschlichen Verhaltens: Ein Symposium.
In: Rost, D. et al. (Hg.), 1975, S. 23-52.
- Sperlich, P.W.: Conflict and harmony in human affairs.
New York: Rand McNally 1971.
- Stegmüller, W.: Wissenschaftstheorie.
In: Diemer, A. u. Frenzel, I. (Hg.), 1973, S. 334-360.
- Stern, W. (Hg.): Beiträge zur Psychologie der Aussage.
Leipzig: Barth 1904.
- Stern, W.: Jugendliche Zeugen in Sittlichkeitsprozessen.
Leipzig: Quelle & Meyer 1926.
- Struck, G.: Rechtswissenschaft und Soziologie.
In: Grimm, D. (Hg.), 1973, S. 13-34.
- Tausch, R. u. Tausch, Anne-Marie: Erziehungspsychologie.
Göttingen: Hogrefe 1965, 1970⁵.
- Tent, L.: Psychologische Tatbestandsdiagnostik (Spuren-symptomatologie, Lügendetektion).
In: Undeutsch, U. (Hg.), 1967, S. 185-259.
- Tharp, R. u. Wetzell, R.: Verhaltensänderungen im gegebenen Sozialfeld.
München, Berlin, Wien: Urban u. Schwarzenberg 1975.
- Thibaut, J.W. a. Kelley, H.H.: Performance Interdependence.
In: Bruce, B. a. Thomas, E.J. (Ed.), 1966, S. 220-230.
- Thiel, M. (Hg.): Enzyklopädie der geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden. Methoden der Psychologie und Pädagogik.
München, Wien: Oldenbourg 1969.
- Thiel, M. (Hg.): Enzyklopädie der geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden. Methoden der Rechtswissenschaft I.
München, Wien: Oldenbourg 1972.

Thiele, R.: Person und Charakter.

Leipzig: Barth 1940.

Thomae, H.: Persönlichkeit.

Bonn: Bouvier 1955.

Thomae, H. (Hg.): Allgemeine Psychologie II. Motivation.

Hdb. d. Psychol., Bd. 2.

Göttingen: Hogrefe 1965.

Thomae, H.: Prinzipien und Formen der Gestaltung psychologischer Gutachten.

In: Undeutsch, U. (Hg.), 1967, S. 743-767.

Thomae, H.: Psychologie als Wissenschaft - Ein Definitionsversuch.

In: Thomae, H. u. Feger, H. (Hg.), 1970, S. 1-4.

Thomae, H.: Konflikt, Entscheidung, Verantwortung.

Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1974.

Thomae, H. u. Feger, H. (Hg.): Einführung in die Psychologie. Hauptströmungen der neueren Psychologie.

Bern, Stuttgart: Huber 1969, 1970².

Thomae, H. u. Schmidt, H.D.: Psychologische Aspekte der Schuldfähigkeit (im Sinne des § 51 StGB bzw. 24/25 E1962).

In: Undeutsch, U. (Hg.), 1967, S. 326-396.

Tinbergen, N.: Instinktlehre.

Berlin, Hamburg: Parey 1964.

Tomann, W.: Identifikation.

In: Arnold, W. et al. (Hg.), 1976, S. 158-159.

Trankell, A.: Der Realitätsgehalt von Zeugenaussagen.

Methodik der Aussagepsychologie.

Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1971.

Ulrich, R.: Verhaltenskontrolle und öffentliches Unbehagen.

In: Rost, D. et al. (Hg.), 1975, S. 53-58.

- Ulrich, R., Stachnik, T., a. Marby, I. (Ed.): Control of human behavior.
Chicago: Scott, Foresman, 1966.
- Undeutsch, U.: Aussagepsychologie.
In: Ponsold, A. (Hg.), 1957², S. 191-219.
- Undeutsch, U.: Beurteilung der Glaubhaftigkeit von Zeugen-
aussagen.
In: Undeutsch, U. (Hg.), 1967, S. 26-181.
- Undeutsch, U. (Hg.): Forensische Psychologie. Hdb.d.Psychol.,
Bd. 11.
Göttingen: Hogrefe 1967.
- Venzlaff, F.: Über die Schlüsselstellung des Rechtsgefühls
bei der Gesetzesanwendung.
Frankfurt: Athenäum 1973.
- Wagner, G.: Psychologie im Strafvollzug.
München: Goldmann 1972.
- Waller, M.: Pragmatismus - oder theoretische Abstinenz als
Ausdruck des Selbstverständnisses von "Gehilfen"?
Diagnostica, 1970, 16, 42-50.
- Wassermann, R.: Justiz im sozialen Rechtsstaat.
Darmstadt, Neuwied: Luchterhand 1974.
- Watson, D. u. Tharp, R.: Einübung in Selbstkontrolle.
Grundlagen und Methoden der Verhaltensänderung.
München: Pfeiffer 1975.
- Weber, M.: Methodologische Schriften. Die "Objektivität"
sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer
Erkenntnis (1904).
Frankfurt: Fischer 1968.
- Weinberger, O.: Rechtslogik. Versuch einer Anwendung mo-
derner Logik auf das juristische Denken.
Wien, New York: Springer 1970.
- Weiner, B.: Theories of motivation. From mechanism to
cognition.
Chicago: Markham 1972.

- Weingartner, P.: Wissenschaftstheorie I. Einführung in die Hauptprobleme.
Stuttgart: Frommann-Holzboog 1971.
- Weizsäcker, C.F.v.: Die Einheit der Natur.
München: Hauser 1971.
- Wellmann, C.R. (Hg.): Der Sachverständige in der Praxis.
Düsseldorf: Werner-Verlag 1965, 1974³.
- Welzel, H.: Die Frage nach der Rechtsgeltung.
Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag 1966.
- Welzel, H.: Das Deutsche Strafrecht.
Berlin: de Gruyter 1969¹¹.
- Werner, F.: Recht und Gericht in unserer Zeit. Über Tendenzen der Entwicklung von Recht und Gericht in unserer Zeit. (S. 139-155).
Köln, Berlin, Bonn, München: Heymanns 1971.
- Wertheimer, M. u. Klein, J.: Psychologische Tatbestandsdiagnostik.
Arch.Kriminalanthr.Kriminalistik., 1904, 15, 72-113.
- Wiesen, H.: Der Sachverständige im Strafprozeß.
In: Wellmann, C.R. (Hg.), 1974, S. 74-101.
- Wiethölfer, R.: Rechtswissenschaft.
Frankfurt: Fischer 1968, 1973⁴.
- Witter, H.: Grundriß der gerichtlichen Psychologie und Psychiatrie.
Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1970.
- Wohlgenannt, R.: Was ist Wissenschaft?
Braunschweig: Vieweg 1969.
- Wuermeling, H.-B.: Juristisches und ärztlich-naturwissenschaftliches Denken.
In: Ponsold, A. (Hg.), 1967³, S. 610-623.

Würtenberger, T.: Zur Problematik der strafrechtlichen Zu-
rechnungsfähigkeit.

JZ, 1954, 209-213.

Wüst, H.: Richter und psychologischer Sachverständiger im
Strafprozeß.

München: Jur.Diss.1968.

Wyss, D.: Die tiefenpsychologischen Schulen von den
Anfängen bis zur Gegenwart.

Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen 1961, 1970³.

Ziegert, K.A.: Zur Effektivität der Rechtssoziologie: die
Rekonstruktion der Gesellschaft durch Recht.

Stuttgart: Enke 1975.

Lebenslauf

Ich wurde als Sohn des Prof. Dr. Rafael v. Uslar und seiner Ehefrau Gerda v. Uslar, geb. Engelmann am 28.3.1940 in Bonn geboren. Ich besitze die deutsche Staatsbürgerschaft.

Am Staatlichen Gutenberg-Gymnasium in Mainz legte ich 1964 das Abitur ab. Im SS 1964 studierte ich in Mainz Geschichte und Germanistik. Im WS 1964/65 nahm ich in Freiburg das Psychologiestudium auf. Im SS 1967 studierte ich in Wien, anschließend wieder in Freiburg. Im Herbst 1966 absolvierte ich die Diplom-Vorprüfung, im Herbst 1969 die Diplom-Hauptprüfung für Psychologen.

Am 1.10.1969 wurde ich Mitarbeiter am Institut der Gesellschaft für Ursachenforschung bei Verkehrsunfällen (GUVU) in Freiburg. Vom 1.10.1970 bis 30.4.1974 war ich am Psychologischen Institut der Universität Freiburg, Abteilung für Angewandte Psychologie als Wissenschaftliche Hilfskraft bzw. als Wissenschaftlicher Angestellter tätig; u.a. war ich hier mit Lehrveranstaltungen auf dem Gebiet der experimentellen, der Arbeits- und Wirtschaftspsychologie und vor allem der forensischen Psychologie befaßt. Seit dem 1.1.1973 bin ich Mitglied und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Personalführung im öffentlichen Dienst am Lehrstuhl für Angewandte Psychologie der Universität Freiburg. Vom 15.5.1976 bis 31.12.1977 war ich im Rehabilitationszentrum-Rudolf-Sophien-Stift g.GmbH in Stuttgart im Klinischen Bereich als beratender Psychologe tätig. Seit dem 1.1.1978 gehöre ich der neugegründeten Rehabilitations-Technikum g.GmbH in Gerlingen bei Stuttgart an; meine Aufgabe ist hier, für einen Teilbereich der Rehabilitation einen neuen beruflichen Ausbildungsgang zu konzipieren und zu organisieren.

